



Plenarprotokoll (neu)

60. Sitzung

Mittwoch, 18. Juni 2014

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Peter Wellmann.....

4859

Gemeinsame Beratung

a) Entlastung des Landes durch Bafög-Übernahme des Bundes für Qualitätsoffensive Bildung und Wissenschaft nutzen

4860

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1960 (neu)

b) Bildung und Wissenschaft stärken

4860

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1970

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2017

c) Zukunft der Schulbegleitung in Schleswig-Holstein

4860

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1971

d) Umsetzung der Beschlüsse der Bundesregierung zur Bildungsfinanzierung

4860

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1990

e) Neue Lösungswege zur Inklusion in Schulen	4860	Peter Eichstädt [SPD].....	4892
Antrag der Fraktion der FDP		Burkhard Peters [BÜNDNIS	
Drucksache 18/1996		90/DIE GRÜNEN].....	4896
Johannes Callsen [CDU].....	4860	Wolfgang Kubicki [FDP].....	4897
Christopher Vogt [FDP].....	4863	Uli König [PIRATEN].....	4899
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4864	Lars Harms [SSW].....	4901
Eka von Kalben [BÜNDNIS		Beschluss: Ablehnung.....	4903
90/DIE GRÜNEN].....	4868	Zweite Lesung des Entwurfs eines	
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	4870	Gesetzes zur Änderung des Schles-	
Lars Harms [SSW].....	4872	wig-Holsteinischen Gesetzes zum	
Anita Klahn [FDP].....	4875	Schutz personenbezogener Infor-	
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/		mationen	4903
DIE GRÜNEN].....	4877	Gesetzentwurf der Fraktionen von	
Martin Habersaat [SPD].....	4878	SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Rasmus Andresen [BÜNDNIS		und der Abgeordneten des SSW	
90/DIE GRÜNEN].....	4879	Drucksache 18/1558 (neu)	
Heike Franzen [CDU].....	4880	Bericht und Beschlussempfehlung	
Torge Schmidt [PIRATEN].....	4881	des Innen- und Rechtsausschusses	
Uli König [PIRATEN].....	4883	Drucksache 18/1984	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4884	Beschluss: Verabschiedung.....	4904
Tobias Koch [CDU].....	4885, 4890	Gemeinsame Beratung	
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	4886	a) Zweite Lesung des Entwurfs ei-	
Dr. Waltraud Wende, Ministerin		nes Gesetzes zur Änderung des	
für Bildung und Wissenschaft..	4887	Kommunalabgabengesetzes	
Monika Heinold, Finanzministerin	4890	(KAG) und der Gemeindeord-	
Beschluss: 1. Berichtsanhträge Druck-		nung (GO)	4904
sachen 18/1971 und 18/1990		Gesetzentwurf der Landesregie-	
durch die Berichterstattung der		rung	
Landesregierung erledigt		Drucksache 18/1136	
2. Überweisung der An-		Bericht und Beschlussempfehlung	
träge Drucksachen 18/1960 (neu),		des Innen- und Rechtsausschusses	
18/1970 und 18/1996 sowie des		Drucksache 18/1977	
Änderungsantrags Drucksache		b) Tourismusstrategie für Schles-	
18/2017 an den Bildungsaus-		wig-Holstein: In zehn Jahren	
schuss.....	4890	unter die Top 3 in Deutschland .	4904
Zweite Lesung des Entwurfs eines		Antrag der Fraktionen von SPD,	
Gesetzes zur Neuregelung der		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und	
Wahl der oder des Landesbeauf-		der Abgeordneten des SSW	
tragten für Datenschutz	4890	Drucksache 18/1868	
Gesetzentwurf der Fraktion der PI-		Änderungsantrag der Fraktion der	
RATEN		FDP	
Drucksache 18/1472		Drucksache 18/2034	
Bericht und Beschlussempfehlung		Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-	
des Innen- und Rechtsausschusses		erstatte... ..	4904
Drucksache 18/1877			
Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-			
erstatte... ..	4891		
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	4891		

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4904, 4918	Beschluss: 1. Überweisung der Ant- wort auf die Große Anfrage Drucksache 18/1806 an den Wirt- schaftsausschuss zur abschließen- den Beratung	
Regina Poersch [SPD].....	4905, 4916	2. Überweisung des An- trags Drucksache 18/1975 (neu) an den Wirtschaftsausschuss.....	4928
Hartmut Hamerich [CDU].....	4907		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4908		
Oliver Kumbartzky [FDP].....	4910, 4913, 4917		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4914		
Lars Harms [SSW].....	4915		
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4917		
Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/ 1136			
2. Überweisung des An- trags Drucksache 18/1868 und des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/2034 an den Wirtschaftsausschuss.....	4918		
Gemeinsame Beratung			
a) Fahrradverkehr in Schleswig- Holstein	4918	a) Prüfung von befristeten Aus- nahmen vom Sonntagsfahrver- bot im Rahmen des A-7-Aus- baus	4928
Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 18/1298		Antrag der Fraktion CDU Drucksache 18/1925	
Antwort der Landesregierung Drucksache 18/1806		b) Bericht über Maßnahmen zur Stausituation im Rahmen des A- 7-Ausbaus	4928
b) Schleswig-Holstein fahrrad- freundlicher gestalten	4918	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1962	
Antrag der Fraktion der PIRA- TEN Drucksache 18/1975 (neu)		c) Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke	4929
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4919	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1725	
Kai Vogel [SPD].....	4920	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1847	
Hartmut Hamerich [CDU].....	4921	d) Auch in Zukunft sicher über den Nord-Ostsee-Kanal	4929
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4922	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1730	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4923	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1849	
Christopher Vogt [FDP].....	4924	Christopher Vogt [FDP], Bericht- erstatter.....	4929
Flemming Meyer [SSW].....	4926	Hans-Jörn Arp [CDU].....	4929
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4927	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4931
		Kai Vogel [SPD].....	4932

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4933
Christopher Vogt [FDP].....	4936, 4937
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4938
Flemming Meyer [SSW].....	4939

* * * *

Regierungsbank:

Beschluss: 1. Berichts Antrag Druck- sache 18/1962 mit der Berichter- stattung der Landesregierung erle- digt	
2. Überweisung des An- trags Drucksache 18/1925 an den Wirtschaftsausschuss	
3. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1725	
4. Annahme des Antrags Drucksache 18/1730.....	4941

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des MinisterpräsidentenAnke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
MinisterpräsidentenDr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung
und Wissenschaft

Ausweitung des Regelungsberei- ches der Erschwerniszulagenver- ordnung auf Berufsfeuerwehrbe- amtinnen und -beamte	4941
---	-------------

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 18/1940 (neu)	
--	--

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

Beschluss: Überweisung an den Fi- nanzausschuss.....	4941
---	------

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Familie und Gleichstellung

Ausweitung des Regelungsberei- ches der Erschwerniszulagenver- ordnung auf Berufsfeuerwehrbe- amtinnen und -beamte	4942
---	-------------

* * * *

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 18/1940 (neu)	
--	--

Petra Nicolaisen [CDU].....	4942
Beate Raudies [SPD].....	4942
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4943
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4944
Lars Harms [SSW].....	4945
Monika Heinold, Finanzministerin	4946

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 22. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Auch zu Beginn dieser Plenartagung habe ich die traurige Pflicht, an einen ehemaligen Landtagsabgeordneten zu erinnern. Peter Wellmann ist am 29. Mai 2014 im Alter von 70 Jahren verstorben.

Der gebürtige Perleberger, der in Uetersen aufwuchs, arbeitete nach seiner Lehre zunächst als Kaufmännischer Leiter von Großbaustellen in ganz Norddeutschland. Dem berufsbegleitenden Studium an einer Ingenieurschule folgte das Vollzeitstudium der Volkswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, das er mit dem Diplom abschloss. Danach war Peter Wellmann einige Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesvorstand der IG Bau-Steine-Erden und als persönlicher Referent des Bundesvorsitzenden tätig. 1978 zog es ihn jedoch wieder zurück in seine Heimat, nach Schleswig-Holstein. Peter Wellmann wurde hier Kreisvorsitzender und hauptamtlicher Geschäftsführer des DGB in Nordfriesland. Ab 1992 arbeitete er als freiberuflicher Wirtschafts- und Unternehmensberater.

Bereits diese knappen biographischen Angaben zeigen, dass Peter Wellmann eine ebenso leistungsstarke wie hochpolitische Persönlichkeit war, die zeitlebens und voller Leidenschaft für die Rechte Benachteiligter kämpfte; als Gewerkschafter, als Kommunal- und später auch als Landespolitiker.

Seit 1969 Mitglied der SPD übernahm er rasch Vorstandsaufgaben. Er war von 1982 bis 1988 und dann wieder von 1998 bis 2003 Mitglied des Nordfriesischen Kreistags. Von der 11. bis zum Ende der 13. Wahlperiode - zwischen 1987 und 1995 - gehörte er als direkt gewählter Abgeordneter dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an. Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses setzte er sich hier mit aller Kraft, mit Leidenschaft und großer Sachkenntnis für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen ein.

Dabei machte Peter Wellmann, der auch mehrere Jahre lang Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes war, immer wieder deutlich, dass der Auf- und

Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur unseres Landes unerlässlich sind für Wohlstand und Fortschritt. Nicht minder deutlich forderte er aber auch ein, dass Wirtschaft und Politik ihrer daraus erwachsenden Verantwortung für ein sozial gerechtes Miteinander in unserer Gesellschaft gerecht werden.

Die politischen Zielsetzungen Peter Wellmanns waren nicht nur zeitlos, sondern er war durchaus auch ein visionärer Politiker. So gehörte er zu den Mitbegründern der Husumer Wirtschaftsgesellschaft. Als deren Generalbevollmächtigter hat er sich sowohl um den Bau der Husumer Messehalle als auch um die Etablierung der Windmesse in Husum verdient gemacht. Das ist eine starke Marke für Schleswig-Holstein, auf die andere voller Neid schauen.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seines früheren Abgeordneten Peter Wellmann in Dankbarkeit. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen. Ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an unseren verstorbenen Kollegen innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren Peter Wellmanns von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 7, 11, 13, 16, 17, 18, 21, 28, 37, 41, 44, 50 sowie 54 bis 58 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 15, 23, 24, 39, 49, 59 und 63.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 3 und 12, Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der Gemeindeordnung sowie Antrag zur Tourismusstrategie, 9 und 35, Große Anfrage und Antrag zum Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein, 14, 22, 51 und 52, Anträge und Bericht zur Stausituation im Zuge des Ausbaus der Autobahn A7 und zur Rader Hochbrücke, 20, 30, 31, 40 und 45, Anträge zur Bildungs- und Wissenschaftsfinanzierung im Rahmen der beschlossenen BAföG-Übernahme des Bundes, 32, 38 und 61, Verfassungsschutzbericht 2013 und Anträge zum Haushalt des Verfassungsschutzes sowie zum Extremismus, und die Tagesordnungspunkte 36, 46 und 47, Anträge zu Qualitätsstandards im Handwerk und der freien Berufe.

(Präsident Klaus Schlie)

Anträge zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 22. Tagung. Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler der Immanuel-Kant-Schule Neumünster. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wie unschwer zu erkennen ist, hat Frau Abgeordnete Waldinger-Thiering heute Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall - Ein Saaldiener überreicht Frau Waldinger-Thiering einen Blumenstrauß)

Sie merken, Frau Kollegin, es wird nicht immer gesungen.

(Heiterkeit - Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Herzlichen Dank für die Blumen!)

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte 20, 30, 31, 40 und 45 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Entlastung des Landes durch BAföG-Übernahme des Bundes für Qualitätsoffensive Bildung und Wissenschaft nutzen**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1960 (neu)

b) Bildung und Wissenschaft stärken

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1970

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2017

c) Zukunft der Schulbegleitung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1971

d) Umsetzung der Beschlüsse der Bundesregierung zur Bildungsfinanzierung

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1990

e) Neue Lösungswege zur Inklusion in Schulen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1996

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Mit den Anträgen Drucksache 18/1971 und 18/1990 wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen und Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Nach der Vereinbarung im Ältestenrat wird zunächst die Sachdebatte geführt, an die sich die Berichterstattung der Landesregierung anschließen wird. Vor diesem Hintergrund schlage ich folgende Reihenfolge vor: zunächst die Fraktion der CDU mit dem ältesten Antrag zu a), danach die Fraktion der FDP mit den Anträgen zu b), c) und e), dann die Fraktionen nach Stärke sowie anschließend die Landesregierung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzende der CDU, der Herr Abgeordnete Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was haben Sie, was hat diese Regierungskoalition den Menschen in diesem Land nicht alles versprochen: Sie wollten die Unterrichtsqualität verbessern, den Schulen mehr Planungssicherheit geben und für eine bessere Unterrichtsversorgung sorgen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Heute wissen wir: Die **Bilanz Ihrer Regierungsarbeit** ist katastrophal. Sie ist verheerend.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN] - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

(Johannes Callsen)

Der Bildungsbericht von der vergangenen Woche, Herr Kollege Habersaat, hat es doch gezeigt: Schleswig-Holstein ist auf dem letzten Platz, und daran werden leider auch die Bildungsmillionen der Bundesregierung nichts ändern.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während nämlich andere Bundesländer damit Verbesserungen erreichen, müssen Sie mit diesem Geld die von Ihnen selbst gerissenen Löcher stopfen. Schleswig-Holstein wird dadurch im Ländervergleich weiter abgehängt.

Es ist eine traurige Tatsache: Nur zwei Jahre haben für die Bildungsministerin ausgereicht, um für völlig Chaos im kompletten Bildungssystem zu sorgen.

(Beifall CDU)

Das beginnt bei den Grundschulen und reicht bis hin zu den Universitäten in diesem Land. Die Landesregierung hat sämtliche von den Experten in den Anhörungen gegebenen Warnungen in den Wind geschlagen. Kein Wunder also, dass die Enttäuschung und der Protest an den Schulen enorm sind. Anstatt mit den **vorhandenen Bildungsressourcen** verantwortungsvoll umzugehen, schafft die Ministerin ständig neue Bedarfe. Anstatt den Status quo zu belassen, richtet sie unnötigerweise zusätzliche gymnasiale Minioberstufen an Gemeinschaftsschulen ein, und das aus rein ideologischen Gründen. Das Ergebnis für die Unterrichtsversorgung ist fatal: Diese neuen Zwergenoberstufen schlagen mit 200 zusätzlich benötigten Lehrkräften zu Buche.

Weitere 250 Lehrerstellen benötigt die Ministerin für ihre Zwangsumwandlung der Regional- in Gemeinschaftsschulen. Was für eine Ressourcenverschwendung in der Bildungspolitik! Damit fehlen an dieser und an anderer Stelle in der Bildungspolitik in den Schulen satte 450 Lehrerstellen. Im Klartext bedeutet dies mehr Unterrichtsausfall und weniger Bildung für unsere Kinder. Das, meine Damen und Herren, ist das traurige Ergebnis der Bildungsreformen von SPD, Grünen und SSW.

(Beifall CDU und FDP)

Die Landesregierung hat selbst einen riesigen Krater in der **Unterrichtsversorgung** geschaffen, der nun mit den zusätzlichen BAföG-Mitteln aus Berlin gefüllt werden muss. Zur Wahrheit gehört: Kein einziger Schüler in diesem Land erhält mit diesen Mitteln im kommenden Schuljahr auch nur eine einzige Stunde mehr Unterricht im Vergleich zu den Vorjahren.

(Beifall CDU - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Dank der Bundesmittel wird das **Versorgungsloch**, das die Landesregierung selbst geschaffen hat, lediglich verkleinert, nicht mehr und nicht weniger.

Eine spürbare Verbesserung der Unterrichtsversorgung und damit der Bildung - wie es der Bund mit diesen Mitteln ja eigentlich vorgesehen hat - wird es in Schleswig-Holstein mit SPD, Grünen und SSW nicht geben.

(Beifall CDU)

Aber mit Zahlen nimmt es die Ministerin ja eh nicht so genau. Das wissen wir, und das zeigen auch ihre ständig neuen Berechnungen für die Reform der Lehrerausbildung eindrucksvoll.

Noch immer hat die Ministerin die vollständigen Zahlen nicht vorgelegt. Und schlimmer noch: Seit letzter Woche wissen wir, dass das Bildungsministerium beim **Ausbau der Uni Flensburg** der Öffentlichkeit falsche Zahlen aufgetischt hat. Das geschah absichtlich und das schon seit Monaten, nur weil Frau Wende ihr eigenes Prestigeprojekt durchpauken wollte. Man kann das auch Politik mit der Brechstange nennen.

(Beifall CDU)

Es ist doch, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, bezeichnend, dass die Koalitionsfraktionen mit der Deckelung der Investitionskosten Frau Wende jetzt allein den Schwarzen Peter für diese Finanzierung, für diese Berechnungen für den Uni-Ausbau in Flensburg zuschieben. Nicht einmal SPD, Grüne und SSW trauen Ihnen, Frau Wende, noch über den Weg, Eltern, Schüler und Lehrer schon lange nicht mehr.

(Beifall CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Eines steht auch fest: Die **Reform der Lehrerausbildung** wird weitere Millionen verschlingen. Auch hier gibt es eine unnötige Ressourcenverschwendung. Noch immer ist unklar, woher die Ministerin die nötigen Bildungsmillionen nehmen will.

Die drängendste Frage bei der Reform der Lehrerausbildung haben SPD, Grüne und SSW auch in den letzten Tagen erneut nicht beantwortet: Was ist mit der Besoldung der neuen Lehrer, und wer trägt die Kosten dafür, und über welche Mehrkosten reden wir überhaupt? Sie reißen damit ein weiteres Loch in die Bildungsfinanzierung in Schleswig-Holstein.

(Johannes Callsen)

Es bewahrheitet sich immer wieder: Diese Koalition betreibt Bildungspolitik im Blindflug. Kein Wunder also, dass die Kritik an der Bildungspolitik dieser Landesregierung nicht mehr zu überhören ist. Ich hoffe nur, Frau Wende, dass auch Sie es endlich begreifen: Es ist Ihre Bildungspolitik, die die Menschen in Schleswig-Holstein auf die Straße treibt. Nur der Druck von Eltern, Schülern, Lehrern und der Opposition in diesem Hause hat endlich für ein bisschen Bewegung bei der Koalition geführt.

(Beifall CDU und FDP - Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht nur bei der Unterrichtsversorgung, auch bei der Frage der **Inklusion** ist der Unmut an den Schulen groß. Und was macht die Bildungsministerin? Sie verschiebt zum wiederholten Male die Vorstellung ihres Inklusionskonzepts. Erst sollte es im Frühjahr dieses Jahres vorgestellt werden, dann hieß es im Juni. Mit Bekanntwerden der neuen finanziellen Möglichkeiten durch die zusätzlichen Bafög-Mittel wurde das Ganze dann erneut bis in den Herbst hinein verschoben.

Da stellt man sich doch wirklich die Frage, ob es von Ihnen überhaupt noch ein Konzept geben wird, Frau Ministerin, oder ob Sie mit Ihren Aufgaben schlichtweg überfordert sind. Dabei ist es doch diese Landesregierung, die sich das Thema „Inklusion“ auf die Fahnen geschrieben hat. Ich erinnere an Frau Strehlau, die in der März-Tagung sagte - ich zitiere -:

„Es wird allerhöchste Eisenbahn, dass wir ein Konzept bekommen.“

Und was ist seitdem passiert? Nichts! Nicht einmal die zusätzlichen Mittel aus Berlin helfen dieser Ministerin, ein Konzept dazu vorzulegen.

Die Ministerin hat mit ihrer Ankündigung Erwartungen und Hoffnungen geweckt, die sie wieder einmal selbst zunichte gemacht hat. Schon jetzt leidet darunter die Akzeptanz für die Inklusion, und dafür tragen Sie, Frau Wende, in diesem Land die Verantwortung.

(Beifall CDU - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Herr Kollege Habersaat, meine Damen und Herren, die Vorstellungen der CDU - und das ist die Antwort - sind dagegen eindeutig. Für uns gilt der Grundsatz: so viel **inklusive Beschulung** wie möglich und so viel **sonderpädagogische Förderung** wie nötig.

(Beifall CDU)

Wir wollen zunächst feststellen lassen, welche Förderbedarfe vorliegen. Daran muss sich die weitere Beschulung orientieren. Denn so vielfältig unsere Kinder sind, so vielfältig müssen auch ihre Fördermöglichkeiten sein. So stand es auch in unserem Antrag, den wir hier in der März-Tagung diskutiert hatten. Der Antrag hat viele positive Reaktionen ausgelöst. All das interessiert die Regierungsfractionen offenbar überhaupt nicht. Anders ist jedenfalls die Ablehnung unseres Antrags im Ausschuss nicht zu verstehen.

(Beifall CDU und FDP)

Stattdessen sollen jetzt ohne konzeptionelle Grundlagen schulische Assistenzstellen geschaffen werden. Frau Ministerin Wende, außer heißer Luft haben Sie noch überhaupt nichts produziert.

Meine Damen und Herren, Bildung braucht Ressourcen. Darum wollen wir die jetzt frei gewordenen Bafög-Mittel dort einsetzen, wo sie dringend benötigt werden, nämlich für Lehrerstellen und für unsere Hochschulen.

Mindestens 300 **Lehrerstellen** wollen wir mit diesen Mitteln schaffen, konservativ gerechnet. Wir haben einen Nachtragshaushalt gefordert, damit wir ab August diese geforderten Lehrerstellen in den Schulen verfügbar haben. Ihre 228 Stellen reichen bei den zusätzlichen Bedarfen hinten und vorne nicht aus, das haben Ihnen gestern auch noch einmal die Elternverbände eindeutig ins Stammbuch geschrieben. Und statt von Visionen bis 2017 zu träumen, sollten SPD, Grüne und SSW wirklich erst einmal die Probleme der Gegenwart in diesem Land lösen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir werden außerdem einen Vorschlag unterbreiten, wie wir durch Bürokratieabbau mindestens weitere 50 Lehrerstellen schaffen können.

Sie wissen, rund 4 Millionen € kosten das Tariftreue- und Vergabegesetz, das schleswig-holsteinische Mindestlohngesetz, das nach der Vereinbarung in der Großen Koalition auf Bundesebene überflüssig wird, Herr Dr. Stegner,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das hätten Sie wohl gerne!)

und das Antikorruptionsregister dem Land zusammen. 4 Millionen €, das ist der Betrag, den das Land den Kommunen jährlich an Konnexitätsmitteln überweist. 4 Millionen € für ein unnötiges Bürokratiemonster, das nebenbei auch noch das Ehrenamt in diesem Land belastet.

(Johannes Callsen)

(Beifall CDU und FDP)

Dieses Geld - das ist unsere Überzeugung - ist an den Schulen wahrlich besser investiert. Wir wollen weniger Bürokratie, wir wollen mehr Unterricht.

Meine Damen und Herren, neben den Schulen wollen wir auch den **Universitäten** unter die Arme greifen. Denn diese gehen in Ihrer Planung komplett leer aus. Weil wir wissen, wie es um die Hochschulen in unserem Land bestellt ist, sollen die restlichen Bundesmittel jährlich den Universitäten im Land zugutekommen. Damit helfen wir, die strukturelle Unterfinanzierung zumindest ein Stück weit zu verringern.

Die Millionen aus den BAföG-Mitteln können nur einem Zweck dienen: der Schadensabwehr Ihrer verkorksten Bildungspolitik in Schleswig-Holstein

(Beifall CDU und FDP)

sowohl an den Schulen wie auch an den Universitäten. Auch wenn Sie auf Kritik erfahrungsgemäß wenig reagieren, sage ich es Ihnen in aller Deutlichkeit: Hören Sie auf, ständig neue Bedarfe im Bildungswesen zu schaffen, die Sie nicht finanzieren können! Hören Sie auf, die Schulen und Hochschulen in immer größere Bedrängnis zu bringen! Diese Regierung in Schleswig-Holstein löst keine Probleme der Bildungspolitik. Diese Regierung ist das Problem der Bildungspolitik in Schleswig-Holstein. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann wirklich neidisch werden: Diese Landesregierung wird in der Finanzpolitik bisher in kaum vorstellbarer Weise vom Glück verfolgt.

(Beifall FDP - Zuruf SPD: Oh!)

Herr Dr. Stegner, es handelt sich leider nicht um das sprichwörtliche „Glück des Tüchtigen“. Es gibt auch noch andere Sprichwörter. Das mit den Bauern und den Kartoffeln lasse ich jetzt einmal, denn ich bin ja kein polemischer Mensch. Die Äußerungen wären sicherlich auch nicht parlamentarisch. - Herr Kollege Eichstädt, es handelt sich um **externe Effekte**, die durch strukturelle Einsparungen durch die schwarz-gelbe Vorgängerregierung, stark stei-

gende Steuereinnahmen, historisch niedrige Zinsen, Sondereffekte wie die Zensus-Millionen und jetzt auch noch durch die umfangreichen Entlastungen durch den Bund bei den BAföG-Kosten entstanden sind.

Wie dem auch sei: Entscheidend ist letztlich, dass die **finanziellen Spielräume** möglichst sinnvoll genutzt werden, um unser Bundesland zukunftsfähig zu machen. Es ist erfreulich und sinnvoll, dass die Finanzierung der BAföG-Kosten zukünftig aus einer Hand kommt und der ewige Streit über notwendige BAföG-Erhöhen zwischen den klammen Ländern und dem Bund der Vergangenheit angehören wird.

Es besteht jetzt die große Chance, die **Bildungs- und Wissenschaftslandschaft** in Schleswig-Holstein kurzfristig stärken zu können, da mit dem Bund vereinbart wurde, dass die finanzielle Entlastung in den Bildungsbereich fließen soll. Die Einigung zur kompletten Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund ist letztlich nur eine Art Krücke, um das unsinnige Kooperationsverbot zwischen dem Bund und den Ländern zu umgehen.

(Beifall FDP und CDU)

Deshalb macht uns die Einigung noch einmal deutlich, wie notwendig es ist, dass das Kooperationsverbot endlich abgeschafft wird. Ich hoffe, Herr Dr. Stegner, dass sich die Große Koalition endlich dazu durchringen wird. Wenn sie etwas für junge Menschen machen will, wäre das sicherlich ein sinnvoller Beitrag.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, für die FDP-Fraktion war in den letzten Jahren immer klar, dass das Land nach mehreren Jahrzehnten verfehlter Haushaltspolitik zu einer **generationengerechten Politik** zurückkehren muss. Aus diesem Grund haben wir uns fraktionsübergreifend in diesem Hause für eine sehr strikte Schuldenbremse in unserer Landesverfassung entschieden. Für die FDP-Fraktion war aber auch immer völlig klar, dass eine schwarze Null am Jahresende kein Selbstzweck sein kann. Die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen muss einhergehen mit dem Erhalt der öffentlichen Infrastruktur und besseren Bildungsangeboten. Wenn die finanzielle Situation also Spielräume lässt, müssen diese entsprechend intelligent genutzt werden. In einer solchen Situation befindet sich unser Land zurzeit.

Nicht nur bei der Infrastruktur gibt es großen Handlungsbedarf, auch bei der **Unterrichtsversorgung** und den Ausgaben für die **Hochschulen** pro Stu-

(Christopher Vogt)

dent gerechnet, ist Schleswig-Holstein bundesweites Schlusslicht. Der Bedarf ist also riesig groß, und entsprechend groß sind natürlich auch die Verteilungskämpfe.

Meine Fraktion hat vorgeschlagen, analog zur bisherigen Aufteilung des BAföG-Anteils etwa zwei Drittel der frei werdenden Mittel in den Hochschulbereich und etwa ein Drittel in den schulischen Bereich zu investieren. An den Schulen soll das Geld vor allem in die verbesserte Unterrichtsversorgung und in die Qualität der Inklusion investiert werden, bei den Hochschulen in die räumliche und personelle Ausstattung sowie in die soziale Infrastruktur, die leider manchmal unter den Tisch fällt. Vor allem die Schaffung bezahlbarer Wohnheimplätze soll hierdurch finanziert werden. Im bundesweiten Vergleich hängen wir sehr weit hinterher. Wir haben nur eine Quote von circa 6 %, die bundesweit bei 11 % liegt. Daran sieht man, dass es einen Bedarf gibt und dass auch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in der Nähe der Hochschulen vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, die **Hochschulen** erwarten 2016 den doppelten Abiturjahrgang und sind - das ist wohl keine neue Erkenntnis - chronisch unterfinanziert. Bereits vor zwei Jahren wurde die Unterfinanzierung auf rund 40 Millionen € pro Jahr geschätzt. So etwas bleibt natürlich nicht ohne Folgen.

Wenn man ehrlich ist, kann nur noch dank der eingeworbenen Drittmittel in Schleswig-Holsteinisch gute Lehre und Forschung ermöglicht werden. Ich möchte nicht nur auf die räumliche Situation der Hochschulen und den Bedarf beim Lehrpersonal, sondern auch auf den Mangel bei den Räumlichkeiten hinweisen. Die Fachhochschule Lübeck ist beispielsweise auf etwa 1.500 Studierende ausgelegt, mittlerweile studieren dort seit vielen Jahren über 4.000 junge Menschen. Gerade zu Semesterbeginn müssen Vorlesungen in angemietete Kinosäle verlegt werden. Dringend benötigte und seit fast zehn Jahren beantragte Gebäude lassen immer noch auf sich warten.

Meine Damen und Herren, nun habe ich den **Koalitionsbeschluss** zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich gilt: Jede **Lehrerstelle**, die solide finanziert und nicht abgebaut werden muss, ist gut für unser Land. Ich möchte gar nicht kritisieren, dass jede Fraktion ihre Schwerpunkte an dieser Stelle etwas anders setzt, bedaure es aber sehr, dass die Hochschulen nun de facto nicht nur leer ausgehen, sondern auch noch den Aufbau unnötiger Doppelstruk-

turen in Flensburg über den Bildungsetat mitfinanzieren sollen.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Die Hochschulen sind damit der große Verlierer Ihres Beschlusses. Sie haben zu Recht mehr erwartet und werden nun bitter enttäuscht. Es ist ja auch kein Zufall, dass morgen die Hochschulen und die Studentenvertreter eine Sonderpressekonferenz angekündigt haben. Die einmaligen 2 Millionen € für die soziale Infrastruktur und der Verweis auf den Hochschulpakt sind letztlich nur Kosmetik.

Meine Damen und Herren, wir kritisieren auch, dass sich die Koalition für Stellen feiern lässt, die der Bund finanziert und die zu einem großen Teil erst einmal die **Löcher in der Unterrichtsversorgung** stopfen müssen, die die Koalition mit ihrem Schulgesetz und vor allem den vielen neuen und aus unserer Sicht vermeidbaren kleinen Oberstufen selbst geschaffen hat.

Die Koalition hat aus einer grandiosen Vorlage des Bundes unter dem Strich erstaunlich wenig gemacht. Nicht nur Bedarfsanalysen fehlen, sondern jetzt sollen auch 314 schulische Assistenzstellen geschaffen werden, obwohl noch immer kein Inklusionskonzept vorliegt.

Es tut mir leid, das ist keine kluge Bildungspolitik, sondern das ist einfach nur kopflos. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand kann bestreiten, dass die Einigung auf Bundesebene, die vor wenigen Tagen erfolgt ist, ein großer Schritt in die richtige Richtung ist. Für **Bildung** werden bundesweit 6 Milliarden € mehr bereitgestellt; das wird in der Bilanz der Regierung ein ganz großer Pluspunkt sein.

Mir ist auch wichtig zu sagen, dass diese zusätzlichen Finanzmittel für die Länder nicht auf Glück beruhen, wie ich es in den vergangenen Tagen hören musste, sondern auf intensiven Verhandlungen, an denen einige von uns direkt beteiligt gewesen sind.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Keine Frage: Die **zusätzlichen Finanzmittel des Bundes** helfen, die Schwerpunktsetzung der Küstenkoalition noch einmal zu untermauern. Schon mit Übernahme der Regierungsverantwortung 2012 hat unsere Koalition der Bildung höchste Priorität eingeräumt. Bestmögliche Bildungschancen für alle und kein Kind zurücklassen - das bleiben die zentralen Ziele dieser Regierungskoalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

300 zusätzliche Stellen haben wir schon mit unserem ersten Haushalt ins Bildungssystem zurückgegeben. Auch wir müssen **Lehrerstellen** abbauen, um das Ziel zu erreichen, ab 2020 ohne zusätzliche Schulden auszukommen. Aber wir tun das in weit geringerem Ausmaß als die Vorgängerregierung. Ministerpräsident Carstensen sagte für seine Koalition aus CDU und FDP 2010 im Landtag - ich zitiere -:

„Wir werden die Zahl der Lehrerstellen in gleichem Umfang abbauen, wie die Schülerzahlen sinken. Angesichts der Haushaltslage sind wir nicht mehr in der Lage, eine Demografierendite an zusätzlichen Stellen in den Schulen zu lassen.“

Ministerpräsident Albig dagegen erklärte für unsere rot-grün-blaue Koalition 2012 in seiner Regierungserklärung - ich zitiere wieder -:

„Aufgrund des Schülerrückgangs werden rechnerisch - nach dem, was wir heute wissen - bis 2017 rund 1.400 Stellen frei. Die eine Hälfte der dadurch freigesetzten Mittel soll zur Verbesserung der Bildungsqualität dienen, die andere der Haushaltskonsolidierung.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir schaffen sogar deutlich mehr als die Hälfte. Das ist ein gewaltiger Unterschied für die Schulen in diesem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Durch die **Maßnahmen von Schwarz-Gelb** hatte sich die **Unterrichtsversorgung** verschlechtert. Ich denke etwa an die Reduzierung von Differenzierungsstunden, die zulasten von Gemeinschaftsschulen ging. Wir haben das rückgängig gemacht und die Schikanen gegen diese Schulart beendet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben die Möglichkeit eröffnet, dass mehr Kinder in Schleswig-Holstein ein Abitur machen können. Und wenn Sie noch so sehr gegen die **Oberstufen an Gemeinschaftsschulen** wettern, sind wir doch überzeugt, dass die Stellen auch dort berechtigt sind. Wir wollen nämlich, dass mehr Kinder Abitur machen können. Das ist unser Ziel. Das kostet auch etwas.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP]: Das geht auch anders!)

Am billigsten wäre natürlich die achtjährige Volksschule, die manche aus der Opposition wohl noch im Kopf haben.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn Sie uns also kritisieren, sagen Sie wenigstens auch ehrlich, dass Sie eben nicht mehr Kindern das Abitur ermöglichen wollen.

Die Zeiten des dreigliedrigen Schulsystems sind endgültig vorbei. Auch das ist ein Stück Politikwechsel in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Darüber hinaus möchte ich Sie an Folgendes erinnern: Nicht das Land verordnet den Schulen eine Oberstufe, sondern die Einrichtung erfolgt aufgrund von Anträgen der kommunalen Schulträger. Sie werden nur genehmigt, wenn entsprechende Schülerzahlen und ein Konzept vorliegen.

Erzählen Sie doch nicht, dass CDU-Amtsvorsteher ideologische SPD-Politik propagieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Na ja!)

Nein: Die Menschen vor Ort wollen diese Oberstufen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben das Verhältnis von Schüler- und Lehrerzahlen verbessert, und wir werden das schrittweise auch weiterhin tun. In Zahlen ausgedrückt heißt das: Nach heutigem Stand werden wir 2017 rund 31.000 Schülerinnen und Schüler weniger in allgemeinbildenden Schulen haben. Das sind 10,6 % weniger als 2012. Bei den Lehrkräften werden es nach unseren Planungen allerdings lediglich 2,9 % weniger sein. Also: 19,6 % weniger Schüler und 2,9 % weniger Lehrer. Das ist eine deutliche Verbesse-

(Dr. Ralf Stegner)

rung der **Schüler-Lehrer-Relation** von 17 auf 16,37.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum Vergleich: Schwarz-Gelb wollte im gleichen Zeitraum 9,4 % der Lehrerstellen abbauen. Da sind dreimal so viele.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir planen, 644 Lehrerstellen abzubauen; Sie wollten 2.125 Lehrerstellen streichen. Das ist ein Unterschied von sage und schreibe 1.481 Vollzeitstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun heißt es zwar bei Mephisto in Goethes Faust:

„Denn ein vollkomm'ner Widerspruch bleibt gleich geheimnisvoll für Kluge wie für Toren.“

Dennoch, bei solchen Zahlen, Herr Oppositionsführer, und beim Vergleich Ihrer und unserer Taten ist die Schneidigkeit, mit der Sie hier auftreten und Forderungen nach mehr Mitteln stellen, schon ein besonderes Rätsel. Entweder wollen Sie die Menschen verkohlen, indem Sie auf deren kollektive Amnesie setzen, oder aber Union und FDP haben sich mit der Rolle der Fundamentalopposition abgefunden, der es schlicht an Regierungsfähigkeit mangelt.

(Lachen Johannes Callsen [CDU] - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich glaube: Für Letzteres spricht Ihr albernes Zahlenspiel um die Kosten von Lehrerstellen und die - sagen wir mal - „kreative“ Pressearbeit von Frau Franzen und Herrn Günther nach dem Motto: Zwei plus zwei ist fünf. - Angesichts der WM kann ich nur sagen: Das ist ein fettes Eigentor, das Sie da schießen. Bei uns ist das anders.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bund hat sich bereit erklärt, ab 2015 die Länder von der **Kofinanzierung des BAföG** dauerhaft zu entlasten. Den Studierenden ist es herzlich egal, ob ihr Geld vom Bund oder vom Land kommt. Die BAföG-Novelle wird es 2016 geben. Früher wäre besser gewesen. Wichtig ist, dass die Sätze jetzt bedarfsgerecht steigen.

Klar ist: Diese Küstenkoalition setzt den gesamten Betrag von rund 37 Millionen € im Bildungsbereich

ein. Damit unterscheiden wir uns von anderen. Wir setzen Schwerpunkte bei **Unterrichtsversorgung** und **Inklusion**.

Klar ist auch: Alles, was wir tun, sichert im Einklang mit dem Stabilitätsrat die 80 Millionen € Konsolidierungshilfe. All das sind gute Nachrichten - nicht für die Koalition, sondern in erster Linie für die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern in Schleswig-Holstein.

Erstens. In vier Schritten verbessern wir die **Unterrichtsversorgung** an unseren Schulen um insgesamt 728 Stellen. Um einen ersten Schritt umgehend zu erreichen, bitte ich schon jetzt um Unterstützung für unseren Nachtragshaushalt, den wir im Juli beschließen wollen. Allein daran hängen 228 Stellen ab dem 1. August 2014.

Zweitens. Die **Inklusion** gehört zu den großen Herausforderungen der Bildungspolitik. Von 300.000 Kindern an Regelschulen haben circa 16.000 ein Handicap. Um die Schulen zu entlasten, wollen wir zusätzliche Schulassistenten finanzieren. Vorgesehen ist, schon ab dem 1. Januar 2015 314 schulische Assistenzstellen bei den kommunalen Schulträgern einzurichten.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

Drittens. Die zusätzlichen 2015 bis 2017 übrig bleibenden Mittel werden wir zur Aufstockung des **Vertretungsfonds** verwenden. Auch das verbessert die Unterrichtsversorgung an den Schulen.

(Zurufe CDU)

Dabei ergänzen sich Lehrerstellen und Vertretungsfonds. Die zusätzlichen Stellen werden in erster Linie in der Sekundarstufe I eingesetzt; die Schulasstistenzen kommen den Grundschulen zugute. Die zusätzlichen Mittel für Vertretungen werden gerade für besondere Bereiche der beruflichen Bildung benötigt.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Schmidt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte sehr.

(Präsident Klaus Schlie)

Torge Schmidt [PIRATEN]: Danke schön. - Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Stegner, bei den ganzen tollen Zahlen, die Sie gerade genannt haben, frage ich Sie: Wann haben wir in diesem Land 100 % Unterrichtsversorgung?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das werden wir vermutlich so schnell nicht erreichen, weil wir eine Schuldenbremse haben, Herr Kollege Schmidt. Ich habe Sie von der Kritik ausdrücklich ausgenommen. Ich komme gleich noch einmal auf die Schuldenbremse zu sprechen, aber ich will darauf hinweisen, dass wir unter den Bedingungen der Schuldenbremse, der wir in diesem Hause zugestimmt haben, deutlich andere Planungen vornehmen als Schwarz-Gelb.

Das heißt: Das Defizit wird deutlich geringer. Diesen Schuh müssen Sie sich nicht anziehen. Wir würden lieber keine Lehrerstellen streichen. Wir haben aber eine **Schuldenbremse**, und wir streichen deutlich weniger, als es Schwarz-Gelb vorgehabt hat.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie haben auch deutlich mehr Geld!)

- Seien Sie doch nicht so aufgeregt, wenn man Ihnen Ihre Taten vorhält. Das ärgert Sie eben. Aber die Leute in Schleswig-Holstein merken das. Sie lassen sich von Ihnen nicht verkohlen.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Sie haben 2 Milliarden € mehr, Herr Dr. Stegner! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Herr Kollege Schmidt, wir müssen die Schuldenbremse einhalten, weil wir den nachfolgenden Generationen Perspektiven übrig lassen wollen.

Eines muss man sagen, Herr Schmidt: Ihr Nachbar, der TKK der Opposition, der Tobias Kassandra Koch, hat immer wieder gesagt, wir könnten die Schuldenbremse nicht einhalten; das könnten wir nur, wenn wir die ungerechten sozialen Kürzungen beibehielten, wenn wir die Minderheiten schlecht behandelten und wenn wir mehr Lehrerstellen strichen. All das hat er uns prognostiziert.

Das Gegenteil ist der Fall. Insofern lautet meine Antwort: Wir tun eine ganze Menge im Rahmen der Vorgaben der Schuldenbremse.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage beziehungsweise Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Wiegard?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte sehr.

Rainer Wiegard [CDU]: Herr Kollege Stegner, können Sie zur Untermauerung Ihrer eben gemachten Ausführungen dem Hause ganz kurz erläutern, wie hoch die Steuermehreinnahmen in den zwei Jahren Ihrer Regierungszeit waren und wie viel davon Sie mehr für Lehrer ausgegeben haben?

(Beifall CDU und FDP)

- Herr Kollege Wiegard, ich kann Ihnen sagen, dass es mich sehr befremdet zu lesen, dass ausgerechnet Sie in Ihrem Wahlkreis in Sachen Lehrerstellen Stimmung machen. Denn Sie haben zugestimmt und durchgesetzt, dass jede einzelne Lehrerstelle bei rechnerisch zurückgehenden Zahlen gestrichen wird. Das, was Herr Carstensen gesagt hat, haben Sie durchgesetzt. Und Sie greifen uns an, wir würden nicht genug Lehrerstellen haben? - Das ist die Antwort auf Ihre Frage - nicht die Frage nach Steuereinnahmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU und FDP)

Verehrter Herr Kollege Wiegard, wenn Sie so freundlich sein wollen, noch einen Moment stehen zu bleiben, weil ich die Antwort noch zu Ende führen will.

(Zurufe CDU)

- Dann lasse ich das eben. Es ist auch nicht weiter wichtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das Gegenteil dessen getan, was die Vorgängerkoalition beschlossen hat, bei fraglos guter Konjunkturlage - das stimmt -, aber im Vergleich zu anderen Haushaltsnotlageländern haben wir uns verbessert, und zwar dank umsichtiger Finanzpolitik und eines Politikwechsels hin zu besserer Bildung und zu mehr Gerechtigkeit.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Es fällt mir zwar schwer, aber ich will heute gern darauf verzichten.

(Zurufe FDP: Oh!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Ende dieser Legislaturperiode werden wir die Versorgungslücke, die wir nach der Wahl auf circa 1.500 Stellen beziffert haben, faktisch sehr viel kleiner gemacht haben, erst recht im Vergleich zu Ihren schwarz-gelben Planungen.

Es ist auch eine gute Nachricht, dass wir die **Neustrukturierung der Lehrerbildung** annehmen und aufnehmen. Wer glaubt, besser ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zum Nulltarif zu bekommen, macht sich etwas vor. Wir haben schon im Mai erklärt, dass wir in Flensburg von Investitionen bis zu 1,5 Millionen € und von laufenden Mehrkosten von bis zu 2 Millionen € ausgehen.

Diese Mehrausgaben werden nicht in den Himmel wachsen. Das gilt übrigens auch für die Belastung der Studierenden, die künftig zwischen Hochschule und Praktikumsschule mobiler sein müssen. Hier wird es eine Lösung geben. Die Landesregierung wird eine Fahrtkostenbeteiligungsregelung für Studierende sicherstellen, die Praxissemester und Studierendenfahrten aufgrund von Kooperationen der Hochschulen berücksichtigt.

Und: Ja, wir tun auch etwas für die **Hochschulen**, auch wenn diese sich verständlicherweise mehr wünschen. Wenn Sie sagen, es sei Peanuts, dass wir schon jetzt jährlich 10 Millionen € Landesmittel einstellen, um Vorsorge zu treffen für die 3. Phase des Hochschulpakts 2020, dann ist das nicht unsere Vorstellung, sondern es ist bei steigenden Studierendenzahlen an den Hochschulen richtig und notwendig. Wir realisieren schon 2015 Qualitätsverbesserungen an unseren Kitas und kümmern uns um die soziale Infrastruktur an den Hochschulen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich all das zusammenfasse, dann kann ich da nur nennen, was Herbert Wehner einmal so genannt hat: „Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“

Das ist genau das, was wir tun. Wir legen Ihnen heute ein gutes Bildungspaket vor. Lassen Sie uns das gemeinsam erfolgreich umsetzen. - Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was gibt es Schöneres, als über mehr Geld für Bildung zu reden, vor allem, wenn es 36 Millionen € sind, die wir mehr zur Verfügung haben? Das ist bei aller politischen Auseinandersetzung erst einmal wirklich gut. Ich sage es ungern: Das hat die Große Koalition gut gemacht. Ich sage deutlich, wir werden das **Geld** auch gut ausgeben für **Unterrichtsvorsorgung** und **Inklusion** an unseren Schulen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir verbessern die Schule in Schleswig-Holstein. Zunächst haben wir die offenen Flanken in unserem Schulsystem geschlossen.

(Zuruf CDU)

Unser Dialogprozess war ein Erfolg. Der Schulfrieden kann kommen. In diesem Frühjahr haben wir unsere Schulreform, unser Bildungssystem zukunftsfest gemacht. Gleichzeitig investieren wir in Bildung, wie wir es versprochen haben. Wir zeigen Haushaltskonsolidierung und mehr Geld für Bildung, das geht zusammen. Wir setzen auf der einen Seite den notwendigen Stellenabbaupfad im Land fort, schützen jedoch anders als die Vorgängerregierung die Schulen in besonderem Maß.

Wir haben die Stellenkürzungen entschärft - auch schon ohne die BAföG-Millionen. Das ist ein vernünftiger Weg zwischen schwarzer Null und besserer Bildung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir alle wissen, es gibt Nachholbedarf. Ja, das stellt niemand infrage. Schleswig-Holstein gibt bundesweit fast am wenigsten pro Schüler und Schülerin aus. Aber die Zahlen, Herr Callsen, die Sie hier an die Wand malen, die Sie hier nennen, sind auch das Ergebnis Ihrer Politik. Der Bildungsbericht bezieht sich auf die Zahlen von 2012.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Genau!)

Da mögen Sie als Opposition noch so sehr lamentieren. Wer jetzt fordert, wir sollten mehr tun, der möge sich bitte die Haushaltspläne und Sparlisten der Vorgängerregierung ansehen.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Unterschied zwischen unserer und Ihrer Regierung macht durchschnittlich einen Schüler weniger pro Lehrer aus. Ginge es nach Schwarz-Gelb, müsste sich im Jahr 2017 jeder Lehrer um 17,7 Schülerinnen und Schüler kümmern. Durch unsere Politik werden es 16,2 sein. Das sind klar erkennbare Erfolge. Geht die Schülerzahl von 2013 bis 2017 um insgesamt 10,6 % zurück - also jeder zehnte Platz an der Schule bleibt frei -, reduziert sich die Lehrerzahl im gleichen Zeitraum durch unsere Reform um weniger als 3 %. Wir lassen also zwei Drittel der demografischen Rendite im System, versprochen hatten wir die Hälfte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Callsen, was ich überhaupt nicht verstehen kann, ist, dass Sie sagen: Von den Stellen, die wir jetzt zusätzlich beschließen, kommt keine Stunde bei Schülerinnen und Schülern an. Sollen die den Hof fegen? Die sitzen doch in den Klassenräumen und unterrichten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich weiß, dass es regionale Unterschiede gibt, dass es gefühlt und real an manchen Schulen besonders schwierig ist. Bei aller Statistik und allen durchschnittlichen Berechnungen muss man berücksichtigen, dass zum Teil auch Krankheitsfälle oder nicht zu besetzende Stellen zu **Unterrichtsausfall** führen können. Fakt ist aber, dass wir mit unserer Entscheidung, die 36 Millionen € ins Schulsystem zu geben, eine Verbesserung schaffen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, Sie fordern teilweise eine Aufteilung der Gelder für **Schule und Hochschule**. Auch bei uns war das Diskussion. Keine Frage, es brennt an verschiedenen Stellen in der Bildung. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass der Hochschulpakt III kommt und vom Land vorfinanziert wird.

(Zuruf CDU: Das ist doch wohl selbstverständlich! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Doch wir haben uns entschieden, die Schüler für das Leben fit zu machen.

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht können wir uns wieder darauf verständigen, dass hier vorn die Rednerin oder der Redner das Wort hat. Ich glaube, wir sollten uns auch nicht gegenseitig mit Begriffen wie „verlogen“ betiteln. Wir sollten es hier ein bisschen herunterschrauben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann muss man die Wahrheit sagen!)

Das Wort hat jetzt die Frau Abgeordnete von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Wahrheit ist auf jeden Fall, dass es an verschiedenen Stellen im **Bildungssystem** große **Defizite**, Probleme gibt. Das ist sowohl bei den Hochschulen als auch an den Schulen so. Im Übrigen: Für uns fängt die Bildung schon vor der Schule an, nämlich im Kindergarten und auch im Kita-Bereich.

(Christopher Vogt [FDP]: Bei uns auch!)

Trotzdem haben wir uns dafür entschieden zu sagen: Wir geben das Geld in **Schulen**, um gerade auch Schülerinnen und Schüler für die Hochschulen fit zu machen. Das ist eine **Schwerpunktsetzung**, die wir an dieser Stelle richtig finden.

Meine Damen und Herren, Sie halten uns vor, dass wir **Zusatzbedarfe** haben, zum Beispiel durch die Versorgung der **Gemeinschaftsschulen**, die Sie gebeutel haben. Ich sage Ihnen, dass wir aus unserer Sicht bestehende Bedarfe und nicht Zusatzbedarfe berücksichtigen.

Wir sind fest davon überzeugt, gemeinsames Lernen lohnt sich. Mit dieser Ansage sind wir im Übrigen auch gewählt worden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Mehr Kinder zu einem guten Schulabschluss zu bringen, ist keine linke Spielwiese, sie ist gesellschaftliche Notwendigkeit. Individuelle Förderung aller Kinder mag an der einen oder anderen Stelle teuer sein. Sicher. Aber Fachkräftemangel ist noch teurer, und Jugendarbeitslosigkeit ist auch noch teurer.

Bildungsgerechtigkeit und **Bildungserfolg** sind zwei Seiten einer Medaille. Mit unserem Schulsystem kann es uns nicht nur gelingen, gut gebildete junge Menschen hervorzubringen, sondern auch die soziale Stabilität von morgen zu fördern. Wir wollen kein System, das in seiner Logik Verlierer pro-

(Eka von Kalben)

duzieren muss. Wir wollen keine demotivierten Jugendlichen. Mit unserer Bildungsinstitution soll keiner Scheitern und Frustration verbinden, sondern Chancen und Erfolg.

Wir gehen deshalb den Weg des gemeinsamen Lernens und der Inklusion. Wir gehen ihn, weil wir ihn für richtig und gerecht halten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb setzen wir die Bildungsmillionen in den Schulen ein. Da haben sie die größte Wirkung, da haben wir den größten Bedarf. Wir kleckern nicht, wir klotzen an einer Stelle. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und sie tun es wieder. Ob in einem Anfall von Realitätssinn oder vielleicht doch durch die Opposition und Öffentlichkeit getrieben, die Regierung macht mal wieder irgendetwas.

(Beifall PIRATEN und Volker Dornquast [CDU])

Diesmal gibt sie die vereinfacht als Bafög-Millionen deklarierten **Bundesgelder** aus. Sie schafft einen Nachtragshaushalt, wie von allen außer ihnen selbst bisher gefordert, und verteilt das Geld, das ihnen in den Schoß gefallen ist.

An dieser Stelle sage ich ganz deutlich, dass wir PIRATEN uns darüber freuen, dass die Bundesregierung diese Gelder ermöglicht. Wir freuen uns für Schleswig-Holstein, da nun zusätzliche, dringend benötigte Investitionen möglich werden. Aber gerade weil das Geld nicht selbst erwirtschaftet wurde, sollte man damit besonders sorgfältig umgehen. Jeder von Ihnen ist sehr genau über die Protestlage hier im Land informiert. Vor ihrem Hintergrund war schnell klar, dass eines auf gar keinen Fall passieren darf, nämlich dass die **Mangelsituation** in der **Unterrichtsversorgung** weiter verschärft wird, dass das Schlimme noch schlimmer gemacht wird. Daher ist es Pflichtaufgabe, die zur Streichung stehenden Planstellen im System zu halten - mehr ganz und gar nicht. Das hat mit einer Kür noch nichts zu tun. Die eigentliche Arbeit beginnt jetzt.

Die politische Arbeit ist, das Geld bedarfsgerecht einzusetzen.

Verehrter Herr Dr. Stegner, die **Schüler-Lehrer-Relation** ist da eben nicht die entscheidende Kennzahl. Sie ist eine von vielen Kennzahlen, mit der Sie im Zuge des Berichts zur Unterrichtssituation ein bisschen herumspielen können.

(Beifall PIRATEN)

Die entscheidende Frage ist vielmehr, wie wir sicherstellen, was eine Selbstverständlichkeit sein sollte, in Schleswig-Holstein aber noch nicht ist: eine annähernd **hundertprozentige Unterrichtsversorgung**.

(Beifall PIRATEN)

Die Menschen sind doch nicht auf die Straße gegangen, um die Regierung zum Geldausgeben anzutreiben. Die Menschen fordern das, was in anderen Bundesländern obligatorisch und ein Grundanspruch ist: 100 % Unterrichtsversorgung für jedes Kind, an jeder Schule, mit jedem Anspruch. Denn tatsächlich sprechen wir hier nicht von statistischen Reden, wir reden hier über Lebensläufe.

(Beifall PIRATEN)

Darum möchte ich auf einen Brief aufmerksam machen, den ein elfjähriger Junge an einen berühmten Astrophysiker geschrieben hat. Ich habe mir das Einverständnis von Lorenz, das ist der Junge, eingeholt und zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: Ich finde das Thema so interessant, dass ich gern Astrophysiker werden möchte. Das geht aber nicht, weil in anderen Bundesländern Schüler mehr Bildung erhalten. Bei uns fallen auch jetzt schon viele Stunden aus. Dadurch kriegen wir weniger Bildung. Darum muss ich mir das selbst beibringen. Da ich aber kein Lehrer bin, kann ich es nicht. Ich bin nicht dümmer als andere, aber wenn ich nicht so viel lernen kann, kann ich auch nicht meinen Lieblingsberuf ausüben. Ich würde Sie gern darum bitten, dass Sie mir dabei helfen, dass ich Astrophysiker werden kann. Zitat Ende.

(Beifall PIRATEN)

Das sind klare Worte. Ein elfjähriges Kind hat kein Vertrauen in die Politik. Es weiß, dass es geringere **Bildungschancen** als andere hat, und sucht über die Landesgrenzen hinaus nach Hilfe, weil wir, dieser Landtag, ihm nicht vertrauenswürdig erscheinen. Lorenz nimmt die Bildungspolitik sehr persönlich und hat jetzt schon Angst um seine Zukunft.

Es ist schon erstaunlich, dass es so vielen öffentlichen und politischen Drucks bedurfte, bis diese

(Sven Krumbeck)

Landesregierung einsah, dass ihr Stellenstreichkonzert so nicht stattfinden darf. Bevor sich wieder einmal jemand empört: Nein, PIRATEN haben den Stellenabbaupfad nicht mitbeschlossen. Im Gegenteil, wir haben uns angesehen, was diese Regierung geliefert hat: die Schülerzahlenprognose, die Berechnung des strukturellen Defizits vor zwei Jahren und den Umdruck 18/620. Wenn man das alles zusammennimmt, wird klar, dass es so konzeptionell nicht weitergehen kann.

Die Bildungsministerin schreibt den Eltern, dass sich die Situation ab 2016 entspannen werde. Wir erkennen sehr bemerkenswert, dass das Warten auf geburtenschwache Jahrgänge als politisches Instrument genutzt wird. Ziemlich wenig, vor allem dann, wenn der Ministerin die damit brisantere Situation im nächsten Schuljahr nichts ausmacht.

(Beifall PIRATEN)

Normalerweise hätte ein **Stellenabbau** doch dann auch erst mit der **Entspannungssituation in den Schulen** stattfinden dürfen. Stattdessen wollte diese Regierung genau in der verschärften Situation 200 Planstellen mehr streichen, als die vorherige Regierung es getan hätte.

(Zuruf: Unerhört! - Zuruf Heike Franzen [CDU])

Das ist tatsächlich seltsam und muss dringend korrigiert werden. Das ist nach dem Stand der Dinge heute der Wille aller. Aber, wir haben - das zeigt sich in dieser Debatte sehr eindrucksvoll - unterschiedliche Auffassungen darüber, wie das gehen soll. Dazu haben wir Fragen. Unterrichtsausfall lässt sich nicht vermeiden. Darum begrüßen wir die Aufstockung des **Vertretungsfonds**.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Andresen?

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Gern.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für mich gehört zu guter Opposition auch immer, Alternativen vorzulegen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie haben sehr deutlich gemacht, dass die PIRATEN den Stellenabbaupfad der Koalition nicht teilen. Das ist Ihr gutes Recht. Ich frage

mich allerdings - weil ich schon öfter aus Ihrer Fraktion gehört habe, dass Sie grundsätzlich auch zur Schuldenbremse stehen -, wo denn Ihre Vorschläge für einen alternativen Stellenabbaupfad liegen, auch vor dem Hintergrund, dass Sie und Herr König berechtigterweise auch im Bildungsbereich immer gern mehr machen wollen, Herr Dudda aber in Reden zur Polizei immer bei der Polizei mehr machen will und andere Kollegen in anderen Bereichen mehr machen wollen. Wo ist also Ihr alternativer Stellenabbaupfad, und wie hängt das dann miteinander zusammen? Das ist mir noch nicht ganz klar geworden.

- Sehr geehrter Herr Andresen, es wird uns eine Freude sein, im Rahmen der Haushaltsberatungen ein paar Vorschläge vorzulegen, wo wir an der einen oder anderen Stelle noch Stellen herauskitzeln können.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD] - Unruhe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, dürften wir jetzt hier oben weitermachen? - Herr Abgeordneter Krumbeck, Herr Abgeordneter Andresen möchte eine zweite Bemerkung machen.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Gern.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Gerade auch als Mitglied des Finanzausschusses freut mich das. Wir hatten ja schon zwei Haushaltsberatungen, bei denen Sie Teil des Parlaments waren. Da ist mir bisher nicht deutlich geworden, dass es von Ihrer Seite im Bereich des Stellenabbaupfades Alternativvorschläge gab. Wenn sich das jetzt zu den dritten Haushaltsberatungen im Herbst ändert, freue ich mich darüber und werde Sie gegebenenfalls zu dem Zeitpunkt dann noch einmal daran erinnern.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Das nehme ich gern so zur Kenntnis.

Es darf angemerkt werden, dass es diese Landesregierung selbst war, die die Mittel an dieser Stelle halbiert hat und sich jetzt selber korrigieren muss. Mehr noch interessiert uns allerdings das **struktu-**

(Sven Krumbeck)

relle Defizit, das, was früher das Unterrichtsfehl war. Es war womöglich ein Fehler, vor Jahren auf die Kontingenzstundentafel zu verweisen und das Unterrichtsfehl aus den Augen zu verlieren. Auch wenn es aufwendig ist, wollen wir wissen, wie sich dieses Defizit auf die Unterrichtssituation auswirkt, und zwar in Prozent, weil an dieser Stelle alle Weichen gestellt werden. Wir groß sind die Lücken tatsächlich? Das wird die Regierung beantworten müssen. Denn erst in Addition mit dem prognostizierten Ausfall haben wir eine ungefähre Vorstellung von dem, was wirklich zu tun ist. Das ist der zweite und wichtige Punkt in unserem Antrag. Wir wollen genau wissen, was sich die Landesregierung vorstellt, und zwar nicht aus der kalten Hose, sondern seriös mit Daten unterlegt.

(Beifall PIRATEN und Heike Franzen [CDU])

Wir hätten diese Bedarfsanalyse gern zeitnah, damit der Landtag sie in konkrete Vorschläge umsetzen kann. In dem Zusammenhang würde ich gern auch den FDP-Antrag beraten.

Wir wollen wissen, wie es angehen kann, dass die Bildungsministerin nicht nur mit konkreten Zahlen zum **Inklusionskonzept** hantiert, während am letzten Donnerstag im Sozialausschuss dazu vonseiten der Regierung noch gar nichts gesagt werden konnte.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Heike Franzen [CDU])

Woher nimmt die Bildungsministerin ihre Annahmen, wenn sie selbst das von ihr für den Mai/Juni angekündigte Inklusionskonzept noch nicht einmal im Entwurf vorlegen kann? Wieso werden da Stellen für schulische Assistenzen eingerichtet, obwohl diese Regierung noch nicht einmal die Frage rund um die pädagogischen Hilfen an Förderzentren gelöst hat? Da stehen Menschen bereits Schlange, um endlich ihre Lebensleistung gewürdigt zu bekommen. Das sind die schlecht bezahlten, aber hoch geforderten Lückenbüsser dieser Regierung. Und weil man schon eine Baustelle hat, macht man schnell noch eine weitere auf.

Frau Wende, warum - und das begreife ich wirklich nicht - wurde über die Verwendung der Mittel nicht ein einziges Mal mit den Betroffenen gesprochen? Warum meiden Sie das jährliche Gespräch? Was sagen die Hochschulen und Studierenden? Wie sieht die Lage hinsichtlich der frühkindlichen Bildung an den Kitas aus?

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Sie müssen ja nicht einmal zu den Leuten hinfahren. Die kommen ja auch zu Ihnen. Gerade heute stehen sie wieder direkt vor der Tür. Wissen Sie, warum das so ist? - Weil sich die Menschen durch blinden und wenig belastbaren Aktionismus nicht mehr täuschen lassen.

(Beifall PIRATEN)

Weil sie auch ohne jährliche **Bestandsaufnahme** wissen, wie es wirklich an den **Schulen und Hochschulen** aussieht. Weil Sie genau wissen, dass die 228 Lehrerstellen, die jetzt nicht gestrichen werden, sofort in Oberstufen an kleinen Gesamtschulen oder die Umwandlung von Regional- und Gemeinschaftsschulen gehen. Weil am Ende vom gepimpten Lehrersegen nicht mehr übrig bleibt als ein Sommerregen und kein Sommermärchen wie bei der WM.

Noch eines: Es ist so ermüdend, immer wieder darüber zu streiten, wer in der Vergangenheit die schlechtere Bildungspolitik gemacht hat. Wir wissen, dass diese Regierung in der aktuellen Situation nicht vorausgeplant hat, sondern erst panisch im letzten Moment reagiert hat, dass die Regierung bisher keine belastbare und vorausschauende Finanzanalyse vorgelegt hat, dass sie wieder einmal auf Zuruf aus der kalten Hose reagiert, dass sich die Unterrichtsversorgung nicht nur in farbenfrohen Posen von Rot-Grün-Blau 100 % annähert und dass sich die Menschen nicht mehr für dumm verkaufen lassen, weil Bildung etwas sehr Persönliches ist. Wir sollten das alle sehr persönlich nehmen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde oft gesagt, und trotzdem scheint es noch lange nicht überall angekommen zu sein: **Investitionen in Bildung** sind konkrete Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Mir persönlich fällt kaum etwas Nachhaltigeres ein als die Finanzierung von Bildungsaufgaben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lars Harms)

So schaffen wir konkrete Chancen und eröffnen unserer jungen Generation bessere Zukunftsperspektiven.

Zur Erinnerung: Die rot-grün-blaue Koalition hat sich von Beginn an darauf verständigt, dass Bildung, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung die Hauptthemen der neuen Regierung sein werden. Egal ob Kita, Schule oder Hochschule - überall haben wir wichtige Dinge angestoßen. Wir haben schon vieles erreicht. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Wer sich zum Beispiel die Schulpolitik der vergangenen zwei Jahre etwas genauer anschaut, kommt um eine Tatsache kaum herum: Wir erhöhen die Zahl der von der alten Regierung geplanten Lehrerstellen spürbar. Denn wir wollen die Qualität der Bildung erhöhen. Die dahinterliegenden Ziele sind die Verringerung des Unterrichtsausfalls, die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung und die Qualitätssteigerung durch ungeteilten Unterricht.

Wie Sie wissen, beschränken wir unsere Bemühungen nicht nur auf die öffentlichen Schulen, nein, wir unterstützen auch die Schulen in freier Trägerschaft deutlich stärker als unsere schwarz-gelben Vorgänger. Denn bei uns gibt es nicht den leisesten Zweifel daran, dass wir als Land eine Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler tragen. Auch so erhöhen wir die Bildungschancen in unserem Land.

(Beifall SSW)

Dass Bildung für Rot-Grün-Blau oberste Priorität hat, ist also nicht besonders neu. Vergleichsweise neu ist aber die Tatsache, dass der Bund den Ländern bis 2017 rund 6 Milliarden € zusätzlich zur Verfügung stellt, um Bildung zu finanzieren. Hier gibt es keinerlei Einschränkung auf Teilbereiche. Die Mittel stehen damit grundsätzlich für **frühkindliche Bildung**, für **Schulen** und für **Hochschulen** zur Verfügung. Auf unser Land entfällt eine jährliche Summe von 36,4 Millionen €. Keine Frage: Dieses Geld kann Schleswig-Holstein sehr gut gebrauchen.

Dass wir hiermit sehr sorgfältig und verantwortungsvoll planen, dürfte nicht nur vor dem Hintergrund der Schuldenbremse selbstverständlich sein. Es ist aber auch klar, dass diese zusätzlichen Mittel nicht ausreichen werden, um zukünftig alles ausfinanzieren zu können.

Wir stehen nicht erst seit heute vor großen Herausforderungen im Bildungsbereich. So viel ist sicher. Gerade weil wir so viele Baustellen haben, ist in der aktuellen Situation eine **Prioritätensetzung** notwendig. Wie Sie wissen, hat sich die Koalition darauf verständigt, die BAföG-Mittel in erster Linie für die **Verbesserung der Unterrichtsversorgung** zu nutzen. Hier sehen wir akuten Bedarf - und das, obwohl wir im letzten Jahr bereits 300 Lehrerstellen mehr erhalten haben als von CDU und FDP geplant.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Das mag man kritisieren, Kollege Koch. Natürlich kann man hier andere Vorstellungen haben und eine andere Zielsetzung verfolgen. Aber mit Blick auf so manchen Vorschlag der Opposition muss ich doch zumindest grundsätzlich daran erinnern, dass wir dieses Geld nicht mehrfach ausgeben können. Wer andere Dinge vorzieht oder vorschlägt, muss zumindest so ehrlich sein und sagen, dass die Unterrichtsversorgung dann weiter leidet. Aber das verschweigt die Opposition. Man meckert lieber, wohl wissend, dass es die Koalition schon richten wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Frage: Wir stehen zu unserem Anspruch, unser Bildungssystem auf solide Füße zu stellen und insgesamt moderner zu gestalten. Natürlich haben wir allein für unsere Hochschullandschaft einen enormen Investitionsbedarf. Wer die Dinge aber auch nur halbwegs unvoreingenommen sieht, wird dieser Regierung doch nicht ernsthaft eine Vernachlässigung der **Hochschulen** vorwerfen wollen. Tatsache ist, dass wir unseren Unis mit dem **zweckgebundenen Sondervermögen** für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen überhaupt erst die nötige Luft zum Atmen geben. Ganz nebenbei bemerkt werden sie auch im Rahmen des Hochschulpakts III ab 2016 mit jährlich 10 Millionen € vonseiten des Landes unterstützt, die ursprünglich für die BAföG-Erhöhung eingeplant waren.

Doch kommen wir zurück zur primären Verwendung der Bundesmittel. Es ist allgemein bekannt, dass die Schulen im Gegensatz zu den Hochschulen vom Stellenabbaupfad unmittelbar betroffen sind. Es zeichnet sich leider immer deutlicher ab, dass die von uns vorgenommene Abmilderung der schwarz-gelben Einschnitte noch nicht ausreicht. Deshalb geht es uns auch über die 300 zusätzlichen Stellen im vergangenen Haushalt hinaus primär um die Verbesserung der Unterrichtsversorgung an unseren Schulen.

(Lars Harms)

Um in dieser Sache schnell voranzukommen, wollen wir über einen Nachtragshaushalt schon ab August 228 Stellen im Gegenwert von 4,75 Millionen € bereitstellen. Aus meiner Sicht wäre es daher wünschenswert, wenn auch die Opposition dieses Ansinnen mittragen könnte. Wir wollen die entsprechende Initiative in der Juli-Tagung am liebsten in erster und zweiter Lesung beraten. So ist sichergestellt, dass diese Maßnahme bereits zum kommenden Schuljahr greift. Genau das ist unser Ziel. Wir bitten darum, dass auch die Opposition diesem Ansinnen zustimmt. Denn es ist notwendig, schon zum 1. August zu handeln und nicht erst zum 1. Januar. Da trägt auch die Opposition eine Verantwortung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

SPD, Grünen und SSW ist natürlich gleichermaßen wichtig, dass es nicht bei dieser Sofortmaßnahme zum kommenden Schuljahr bleibt. Wir werden deshalb zum August 2015 weitere 200 Stellen schaffen, gefolgt von 100 Stellen im Jahr 2016 und schließlich wieder 200 Lehrerstellen im Jahr 2017. Wenn wir von einem Ansatz von 50.000 € pro Lehrerstelle ausgehen - wie im Übrigen auch Union und FDP zu Regierungszeiten, das scheint sich ja auch immer zu ändern -, dann macht das allein 728 Lehrerstellen zusätzlich. Man kann natürlich der Auffassung sein, dass auch dies vorn und hinten nicht reicht, aber wer fair ist, sollte zumindest eine Prioritätensetzung für Bildung erkennen können.

Doch wie Sie vielleicht wissen, haben wir neben dieser überdeutlichen Steigerung bei den Lehrerstellen noch eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen vereinbart. Zu den wichtigsten gehört für mich die **Stärkung der Schulassistenten**, insbesondere an Grundschulen. Wir wollen die zur Verfügung stehenden Mittel schon ab 2015 nutzen, um deutlich über 300 schulische Assistentenstellen zu schaffen. Hier wird das **Inklusionskonzept** der Bildungsministerin sicher sowohl den Bedarf vor Ort als auch das Antragsverfahren und weitere Details konkretisieren. Wichtig scheint mir, dass wir uns jetzt, in der Frühphase der Ausgestaltung, Gedanken darüber machen, ob nicht auch Schulen in freier Trägerschaft einen vergleichbaren Bedarf haben und wir auch diese Schulen entsprechend berücksichtigen können. Denn lernbehinderte Kinder gibt es schließlich überall im Schulsystem.

Der Kern ist, dass wir mit diesen 314 Stellen ein deutliches Zeichen setzen. Natürlich gibt es das Konzept noch nicht, aber es gibt schon jetzt die Gewissheit, dass, wenn ein Konzept kommt, dies durchfinanziert ist

(Lachen CDU und FDP)

und Menschen tatsächlich an die Schulen gehen. Das ist etwas anderes, als Schwarz-Gelb gemacht hat. Ihr habt immer nur von Inklusion geredet, es aber nie mit Geld und Stellen unterlegt. Wir machen das anders.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, last, but not least wollen wir die Unterrichtsversorgung durch die **Aufstockung des Vertretungsfonds** verbessern. Hier von werden nach unserer Erwartung vor allem die Berufsschulen profitieren. Gerade weil die Vielzahl der oben genannten zusätzlichen Lehrerstellen im Sek-I-Bereich angesiedelt sein wird, sind diese flankierenden Maßnahmen wichtig. Denn wir wollen alle Schulformen stärken. Gemeinsames Ziel ist ein Mehr an Inklusion und keine Mogelpackung.

Um Missverständnissen vorzubeugen, will ich noch einmal ganz klar sagen: Die erwähnten 314 Schulassistentenstellen werden zusätzlich geschaffen. Damit handelt es sich um eine weitere Entlastung und keine Belastung unserer Lehrkräfte, wie es die alte Regierung vorhatte.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Torge Schmidt?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich gern.

Torge Schmidt [PIRATEN]: Danke, Herr Kollege Harms. - Ich gebe Ihnen recht, dass es richtig ist, ein Inklusionskonzept mit finanziellen Mitteln zu hinterlegen. Es gibt allerdings auch Stimmen, die sagen, wir bräuchten zusätzlich bis zu 1.000 Stellen mehr für Inklusion im Land. Was machen Sie, wenn Ihr Inklusionskonzept zu dem Ergebnis kommt, dass 314 Stellen nicht ausreichen?

- Lieber Kollege, wir fangen auf jeden Fall an und setzen uns nicht hin und sagen: Oh, 1.000 Stellen, das ist aber so viel, dass wir es nicht leisten können. Wir fangen jetzt an und haben die politische Botschaft ausgesandt, dass wir dies tun wollen. Wenn Sie der Auffassung sind, wir bräuchten mehr Stellen, warte ich auf Ihre Haushaltsanträge und die

(Lars Harms)

Gegenfinanzierung. Dann kann man über alles reden, damit hat niemand Schwierigkeiten. Nur wir müssen jetzt einmal anfangen. Es langt nicht, über Inklusion immer nur zu reden, sondern es muss konkret gehandelt werden. Wir als Regierung sind die Ersten, die konkret handeln.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie als PIRATEN uns dabei unterstützen wollen, würden wir uns sehr darüber freuen, denn ich glaube, dass wir in dieser Frage nicht sehr weit voneinander entfernt sind.

Meine Damen und Herren, mal ganz ehrlich: Wer vor diesem Hintergrund noch immer stumpf behauptet, wir gingen Herausforderungen wie etwa die Inklusion nicht entschlossen genug an, der tut das doch aus schierer Verzweiflung. Fakt ist, dass wir im Vergleich zu den Plänen unserer Vorgänger erheblich mehr Lehrerstellen im Schulsystem belasten.

Wenn wir den von CDU und FDP anvisierten Abbaupfad fortschreiben und wenn wir die aktuelle demografische Entwicklung zugrunde legen, die damals vollständig zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden sollte - bisher ist auch noch keine andere Äußerung von CDU oder FDP gekommen -, dann kommen wir bis 2017 auf nicht einmal 20.400 Stellen, die CDU und FDP bereitstellen wollten. Demgegenüber stehen nach unserer Planung exakt 21.873 Lehrerstellen zur Verfügung. Das sind bei uns 1.481 Stellen mehr als bei der Vorgängerregierung.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Selbst wenn wir dann fairerweise noch die rund 300 Lehrerstellen berücksichtigen, die die CDU gerade vollmundig in ihrem fiktiven Nachtragshaushalt gefordert hat, sind wir gegenüber unseren Vorgängern immer noch mit 1.200 Stellen im Plus. Selbst wenn Sie das für sich in Anspruch nähmen, könnten Sie das, was wir leisten, nicht erreichen. Wer dann - wie der Kollege Callsen - behauptet, die Unterrichtsversorgung werde schlechter, der ist einerseits böswillig, und andererseits verschweigt er bewusst, dass CDU und FDP einen Kahlschlag in der Bildungspolitik geplant hatten. Das haben wir gestoppt, das ist gut für die Kinder und Jugendlichen im Land.

(Beifall SSW und SPD)

Ich denke, wir müssen uns hier ganz gewiss nicht verstecken. Unser Ziel ist, die **Bildungschancen** der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen spürbar zu verbessern. Wie Sie sehen, nutzen wir die vorhandenen Spielräume, um unseren Kindern und damit auch unserem Land die bestmöglichen Zukunftschancen zu sichern. Wir sehen unsere klare Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, und wir sehen das Recht des Einzelnen auf Bildung von möglichst hoher Qualität. Mit dem beschlossenen Bündel an Maßnahmen sind wir hier auf einem guten Weg und auch auf einem besseren Weg, als ihn CDU und FDP jemals vorhatten.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, wir arbeiten jetzt erst einmal die Restredezeiten ab, bevor wir dann zu den Dreiminutenbeiträgen kommen. Zuerst hat nach meiner Meldeliste Frau Abgeordnete Anita Klahn für die FDP-Fraktion das Wort.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD] - Weitere Zuru-
fe)

Anita Klahn [FDP]:

Herr Eichstädt, das klären wir nachher. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der unerwartete oder - wie Sie sagen - hart verhandelte **Geldsegen** sollte doch wirklich zielführend zum **Abbau des strukturellen Defizits** eingesetzt werden. Dafür wäre es tatsächlich nötig gewesen, dass uns die Bildungsministerin endlich eine Analyse vorlegt, was tatsächlich gebraucht wird, um eine gute Unterrichtsversorgung darstellen zu können,

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

und sich jetzt nicht einfach hinzustellen und sich dafür zu loben, dass man den Vertretungsfonds aufstockt. Sie haben den schließlich halbiert und dafür gesorgt, dass der **Vertretungsfonds** nicht von der ersten Stunde an gültig ist. Das hatten wir in der CDU-FDP-Regierungszeit jedenfalls gemacht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Vor allen Dingen Stellen gestrichen!)

Wenn eine Analyse vorgelegen hätte, hätte auch dazugehört, dass an den **Beruflichen Gymnasien** ohne bauliche Maßnahmen Kapazitäten für mindestens weitere 2.500 Schüler vorhanden sind und

(Anita Klahn)

diese die idealen Kooperationspartner an Gemeinschaftsschulen gewesen wären, die keine eigene Oberstufe haben. Da das Bildungsministerium aber Entscheidungen zu Oberstufen nicht ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten treffen will, sorgt die Regierung an dieser Stelle für einen künstlichen Mehrbedarf von Planstellen, der zulasten anderer geht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was ist Ihr heutiger Antrag, Frau Kollegin?)

Das bestätigt uns auch der Landesrechnungshof. Spannend ist, wenn man heute in die „KN“ schaut und sieht, wie Sie sich die Verteilung der Stellen vorstellen. Da liest man, dass Sie den Gemeinschaftsschulen 154 und den Gymnasien 74 Stellen geben wollen. Sie sagen, die Sek. I brauche besonders viele. Aber es ist dort auch nachzulesen, dass 40 Stellen an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen gehen sollen. Jetzt frage ich: Wollen Sie damit auch den Bedarf an Ihren neu eingerichteten Oberstufen decken? - Das ist unfair - das sage ich ganz deutlich - gegenüber all den Grundschulen,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die haben auch Sekundarstufen I!)

die darunter leiden, dass sie ganz knappe Ressourcen wegen zurückgehender Schülerzahlen haben. Wir sind uns doch einig darüber, dass gelten sollte: „Kurze Beine, kurze Wege“. Es wären ein politischer Wille und ein politisches Signal gewesen, an die Grundschulen Lehrstellen zu geben, damit die kleinen Grundschulstandorte bestehen bleiben können.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU - Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP], Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Frau Erdmann, kürzen hin und her. Jeder hat da offensichtlich seine eigene Wahrnehmung. Dr. Klug hat in unserer Regierungszeit

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Viel Unsinn angeordnet!)

dafür gesorgt, dass es möglich ist, diese Stellen zu schaffen. - Herr Dr. Stegner, wie blödsinnig etwas ist, können Sie selbst beurteilen; ich habe auch meine Einschätzung dazu, wie Sie argumentieren.

13 Millionen € für Schulassistenten!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wer für 1,7 Milliarden € Haushaltsloch verantwortlich ist!)

Gestern habe ich mit Erstaunen gehört, dass Ihr Kollege Habersaat eine andere Vorstellung hat, was die **Schulassistenten** machen soll. Sie sagen, die 13 Millionen € seien für die Schulbegleitung in den Kommunen, und die Kommunen würden dann jetzt hoffentlich in dem Streit zufrieden sein. Komisch ist an der Stelle, dass uns die Sozialministerin im Ausschuss noch gar nichts dazu sagen konnte, denn die wartet auf das Ergebnis der Expertenkommission 2015, um zu sagen: Muss das Land überhaupt etwas für die Schulbegleitung zahlen?

(Zuruf Martin Habersaat [SPD] - Lars Harms [SSW]: Das ist Bildung, nicht Soziales!)

On top oder nicht on top? - Ich würde mich freuen, wenn wir das aufklären können. Ich würde mich auch freuen, wenn wir aufklären könnten, warum die Ministerin uns heute nicht den Bericht zur **Inklusion** an Schulen vorlegt. Er ist zugesagt worden. Es gibt auch einen Beschluss, dass es heute einen Bericht geben sollte.

(Christopher Vogt [FDP]: Einen Beschluss des Landtags!)

- Einen Beschluss des Landtags. Danke, Kollege Vogt. Die Ministerin ignoriert das einfach. Sie schreibt einen Brief an den Landtagspräsidenten: Liegt nicht vor, wird nicht vorgelegt, punktum, aus, Ende.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Sie als Koalitionspartner stimmen dem auch noch zu. Sie ignorieren, dass der **Landtag** einen **Beschluss** gefasst hat. Sie hätten uns eigentlich einbeziehen müssen. Wir hätten uns hiermit befassen und darüber beschließen müssen, dass das anders gehandhabt wird.

(Vereinzelter Beifall FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist die Dialogkultur!)

Aber Sie jammern ja ständig, dass wir verzweifelt seien, deswegen dagegen seien und keine Alternativen aufzeigten. Wir haben eine Alternative aufgezeigt. Wir haben Ihnen ein Inklusionskonzept vorgelegt. Wir würden uns freuen, wenn wir darüber jetzt endlich die Diskussion führen, die notwendig ist. Wir wissen, dass die Umsetzung Geld für Personal sowie für räumliche und sachliche Ausstattung kostet. Das ist auch nicht neu, denn im Schulgesetz findet sich ein entsprechender Ressourcenvorbehalt. Der steht dort nicht ohne Grund. Wenn jetzt - ach, oh weh - von den regierungstragenden Fraktionen erklärt wird, das habe man vorher nicht gewusst, frage ich mich: Was - bitte schön - haben Sie in der Vergangenheit hier gemacht?

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Klahn, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen.

Anita Klahn [FDP]:

Ja. - Ich hätte Ihnen eigentlich ganz gern noch unser Konzept nähergebracht, aber ich hoffe, dass wir das im Bildungsausschuss beraten, und freue mich auf eine ausführliche Debatte. Ich bin der Meinung, wir haben unsere Hausaufgaben erledigt. Wenn Sie hier anmahnen, dass alle anderen nur jammern, dann haben Sie ein merkwürdiges Verständnis von Dialog.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann. Sie haben noch 3 Minuten 30 Sekunden zur Verfügung. Wir können die Zeitanzeige nicht anders einstellen, aber wir werden großzügig sein, Frau Abgeordnete.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ach super, das ist schön. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Apropos großzügig: Ja, wir geben alles in die Schulen, anders als CDU und FDP das wollen. Wir geben 36 Millionen € in die **Schulen**. Das sind mehr als 700 Stellen. Warum machen wir das? Es ist die einmalige Chance, den Personalabbaupfad von Herrn Wiegard, der gerade die Schulen hart in die Pflicht genommen hat, unter dem die Schulen ächzen und den wir heute in großen Teilen immer noch umsetzen müssen, zu lockern. Das ist eine einmalige Chance. Deswegen geben wir diese ganzen Gelder in die Schulen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nicht Geld ist momentan das Problem, oft sind es die Stellen, die wir nicht schaffen können. Wir haben den KITAS bis 2017 80 Millionen € zugesichert. Es gibt ein **Sanierungspaket** in großer Millionenhöhe für die **Universitäten**. Wir wissen, dass das alles nicht reicht, aber in dem Bereich haben wir viel mehr gemacht, als Sie überhaupt - ich sage jetzt nur: Konnexitätsklage - bereit waren zu tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich muss hier echt sagen: Man hat teilweise den Eindruck, man sei im falschen Film. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wäre das die Stellensituation zu diesem Schuljahr gewesen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Jetzt machen Sie sich nicht ins Hemd, wollte ich gerade sagen, aber das wäre unparlamentarisch.

(Christopher Vogt [FDP]: Bitte was?)

22.050 Stellen,

(Die Rednerin hält ein Schriftstück in die Höhe)

das war Ihre Planung. Ohne BAföG-Mittel wären es 22.320 Stellen

(Die Rednerin hält ein Schriftstück in die Höhe)

geworden, und jetzt kommen die BAföG-Mittel. Sie hätten die auch an den Schulen eingesetzt, das ist schon klar.

Dann lassen Sie uns uns doch gemeinsam freuen, dass wir umgerechnet 500 **Stellen** mehr zum kommenden Schuljahr in den **Schulen** haben. Ich verstehe das Gequake überhaupt nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Anita Klahn [FDP])

Das muss ich auch noch einmal sagen, Herr Wiegard: Sie waren als Finanzminister der Sheriff von Nottingham, und Sie sind nicht Robin Hood für die Schulen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sven Krumbeck, ich kann den Punkt verstehen: Für 100 % fehlen uns 1.500 Pädagogen in den Schulen; nicht erst seit heute, auch wenn das diese Ministerin als Erste überhaupt zugegeben hat. Die 700 Stellen, die jetzt zusätzlich dazukommen, sind nicht sofort weg, sondern helfen auch bei dem **Abbau des strukturellen Defizits**.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Das haben Sie noch nicht einmal konstatiert. Als wir gefragt haben, sagten Sie, in den Schulen sei im Großen und Ganzen alles in Ordnung.

Ich freue mich über den Antrag der FDP zur Inklusion. Wir teilen nicht alles, was darin steht; er ist aber sehr viel differenzierter als das, was die CDU vorgelegt hat.

(Anke Erdmann)

(Christopher Vogt [FDP]: Ihr Lob ist uns wichtig!)

- Das freut mich, Herr Vogt. Unser Ziel beim Thema **Schulbegleitung** kann es nicht sein - und das ist mir sehr wichtig -, dass am Ende das Land und die Kommunen zufrieden sind, sondern mir ist es wichtig, dass unterm Strich mehr für Inklusion in den Schulen ankommt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deswegen von dieser Stelle der dringende Appell an die Kreise: die Schulbegleitungen müssen schnell bewilligt werden. Die Eltern, die Schulen und die Schulbegleiter brauchen ganz dringend Planungssicherheit.

Am Ende wird es sicherlich so sein: Wir reden über Schulbegleitung und **Schulassistenz**. Wenn ich mir etwas wünschen könnte, wäre es dies: Das Land gibt etwas mehr in den Topf - mehr als jetzt -, die Kommunen geben auch ihren fairen Anteil zum Thema Inklusion in den Topf, und am Ende kommt mehr bei den Schulen an. Dann bekommen wir eine gute Pool-Lösung hin, Schulbegleitung und Schulassistenz. Das ist ein guter Tag für Schleswig-Holstein. Unterm Strich muss man sagen: Sie fordern mehr Geld für Kommunen, Sie fordern mehr Geld für Straßen, und Sie fordern mehr Geld für Feuerwehren. Wir geben jetzt an dieser Stelle richtig viel mehr Geld für Schulen. Das ist ein guter Tag.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Erdmann, es ist bisher gute Praxis hier im Hause, dass wir die Argumentation vorne am Rednerpult mit Worten umsetzen. Wir sollten das in der Zukunft wieder berücksichtigen.

Ich komme zu den Dreiminutenbeiträgen. Den ersten Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da schafft es der Oppositionsführer in einer einzigen Rede, uns vorzuwerfen, bei keinem einzigen Schüler komme der Unterricht an, und gleichzeitig zu sagen, wir schafften neue Bedarfe an den Regionalschulen. Ja, an den **Regionalschulen** kommen

durch die Umwandlung in Gemeinschaftsschulen mehr **Differenzierungsstunden** an. Da werden Schülerinnen und Schüler mehr Unterricht als bisher bekommen. Ich stelle also fest: Für die CDU waren die Regionalschulen ein Sparmodell, und die CDU möchte keine zusätzlichen Differenzierungsstunden für diese Schülerinnen und Schüler.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da behauptet der Oppositionsführer, bei keinem einzigen Schüler komme mehr Unterricht an, und wirft uns gleichzeitig vor, an neuen **kleinen Oberstufen** säßen nun Schülerinnen und Schüler, die bisher nicht da gesessen hätten. Jawohl, so ist es. Da sitzen neue Schülerinnen und Schüler. Die Lehrerbedarfe entstehen übrigens nicht dadurch, dass wir neue Oberstufen schaffen, sondern dadurch, dass da Schülerinnen und Schüler sind.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Herr Koch, ich rechne Ihnen einmal etwas vor. Sie sind Finanzer.

Wissen Sie, wie viele Lehrer an einer Oberstufe mit null Schülern sind? - Null. Genau. Wenn da Schülerinnen und Schüler sind, dann sind da auch Lehrerinnen und Lehrer. Ich stelle fest, die CDU möchte keine zusätzlichen Abiturienten und möchte die Schülerinnen und Schüler an Regionalschulen und an Gemeinschaftsschulen dumm halten.

(Zurufe Anita Klahn [FDP] und Tobias Koch [CDU] - Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann verstehe ich auch Ihr ständiges Argumentieren gegen unser Mindestlohngesetz, weil Sie diese Schülerinnen und Schüler hinterher auch noch schlecht bezahlen wollen. Pfui!

(Zurufe CDU und FDP - Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir haben im Bildungsausschuss ausgiebig gemeinsam erörtert, warum das **Inklusionskonzept** der Landesregierung leider erst nach den Sommerferien vorliegen wird. Wir haben erstens Verhandlungen mit den Kommunen zum Thema Schulbegleitung - das klang hier mehrfach an -, und wir haben zweitens erst relativ spät den Haushalt der Bundesregierung vorliegen gehabt. Erst dann wussten wir, dass es diese BAföG-Mittel geben wird.

Im Bildungsausschuss wurde das erklärt. Im Bildungsausschuss wurden die schulpolitischen Sprecher aller Fraktionen zu einem Gespräch im Bil-

(Martin Habersaat)

dungsministerium eingeladen. Nun stellen Sie sich hier doch nicht hin und behaupten, dies alles komme überraschend und ohne Erklärung.

(Zuruf Anita Klahn [FDP]: Sie sagen, das sei überraschend!)

Das ist definitiv nicht so. Man kann natürlich schnell vorab zwei Seiten vorlegen und behaupten, das sei ein Konzept, und sich dann beschweren, dass die anderen nicht in die Hufe kommen. Aber das ist nicht das, was wir unter konstruktiver Arbeit verstehen.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Die CDU hat leider in letzter Zeit den Pfad verlassen, den wir hier bisher gegangen sind, nämlich Inklusion gemeinsam zu bearbeiten. Sie schüren momentan Angst bei den Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf, Sie schüren Angst bei den allgemeinbildenden Schulen, und Sie zündeln an einem Thema, das es überhaupt nicht verdient hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Bildungsministerin war 2012 in Schleswig-Holstein die erste, die sich getraut hat, in einer ehrlichen Eröffnungsbilanz einzuräumen: Ja, es fehlen Stellen an den Schulen. Da war die Bilanz, liebe Kolleginnen und Kollegen von den PIRATEN. Jetzt schließen wir die Lücke Stück für Stück, und die Opposition ist trotzdem dagegen. Opa Habersaat hätte dazu gesagt, es gibt Leute, denen könne man Zucker in den Hintern pusten, und sie beschwerten sich dann über die Körnung. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern aus der Immanuel-Kant-Schule aus Neumünster. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich dem Aus-

spruch „guter Tag für Schleswig-Holstein“ anschließen.

Ich glaube aber, man muss noch einmal ein paar Sachen zu der Abwägung sagen, die wir als Koalition treffen mussten. Ein paar Kollegen der Koalition haben das vorhin schon getan. Die **Mängel im Bildungsbereich** von der Kita bis zur Hochschule sind seit Jahrzehnten - so behaupte ich - so groß, dass man mit den Geldern, die jetzt dankenswerterweise aus Berlin kommen, nicht sofort alle Lücken schließen kann. Zu dieser Wahrheit gehört auch, dass es Bildungsbereiche gibt, die an diesem Tag mit Entscheidungen der Koalition vielleicht nicht ganz so glücklich sind wie andere. Dazu gehören auf jeden Fall die Hochschulen.

Es ist absolut in Ordnung, berechtigt, verständlich und richtig, dass sich diese **Hochschulen** stärker artikulieren und beispielsweise heute für ihre Interessen auf die Straße gehen und das morgen durch Pressekonferenzen noch deutlicher machen werden. Trotzdem muss man sagen, dass es auch im Bereich der Hochschulpolitik in den letzten Jahren eine Menge Sachen gab, die besser geworden sind. Man hört jetzt durch Zurufe, dass es selbstverständlich sei, dass wir unsere Pflichten erfüllten und weitere Studienplätze schafften. Der Sitzplatznachbar von Herrn Günther, der jetzt gerade nicht anwesend ist, Herr Wiegard, war derjenige, der diese Selbstverständlichkeit infrage gestellt hat und Studienplätze an andere Länder verschachern wollte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das wollen wir nicht. Wir werden weitere **Studienplätze** schaffen. Das ist gut und richtig. Das führt allerdings auch dazu - das sage ich auch als Signal an die Hochschulen -, dass die Hochschulen entlastet werden, weil der Hochschulpakt auf Kante genäht ist. Das ist etwas, was in Berlin verabredet wurde und übrigens auch noch aus schwarz-gelben Zeiten stammt. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass wir diese Studienplätze schaffen.

Es ist auch wichtig und richtig, dass wir - im Vergleich zur schwarz-gelben Vorgängerkoalition - bei den Grundhaushalten schon eine **Verbesserung für die Hochschulen** geschaffen haben. Ich sage nicht, dass das alles ausreicht. Ich sage aber: Wir haben eine Verbesserung zu dem, was die Vorgängerkoalition gemacht hat, schon durch die Haushalte, die wir verabschiedet haben, erreicht.

Es ist auch richtig, dass unsere Finanzministerin mit dem Programm PROFI zum ersten Mal ernsthaft energetische Sanierungsprogramme für die

(Rasmus Andresen)

Hochschulen aufgelegt hat. Bis jetzt sind über 60 Millionen € drin. Es soll und wird weiter ansteigen. Das ist richtig und wichtig. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es ist auch wichtig, dass wir im Bereich der sozialen Infrastruktur zumindest fortfahren. Ich finde, wir tun das mit einem guten Betrag. Damit gehen wir dieses Thema weiter an. Das Gleiche gilt für die Forderung der Studierenden nach einer Fahrtkostenerstattung für das Praxissemester im Rahmen der zukünftigen Lehramtsstruktur. Auch in diesem Bereich werden von der Koalition gute Sachen gemacht. Das ist ebenfalls wichtig für unsere Hochschulpolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Als Hochschulpolitiker sage ich nichtsdestotrotz ganz ehrlich: Hier kann man nicht völlig zufrieden sein. Wir werden im Rahmen des Haushalts die **Grundsatzbeschlüsse** zu diesem **Bildungspaket** treffen. Gestern ist der Haushalt durch das Kabinett gegangen. Wir werden im Rahmen der Haushaltsberatungen gemeinsam mit den Hochschulen weiter darüber diskutieren, wie wir für diesen wichtigen Bereich unserer Bildungspolitik weitere Entlastungen schaffen können.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist mein letzter Satz, vielen Dank. - Ich bin optimistisch, dass wir das gemeinsam gut hinbekommen, damit wir in der Hochschulpolitik weiter kommen, als wir es schon heute sind. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

- Ich wollte ja gehen, aber der Kollege meldet sich.

Präsident Klaus Schlie:

Ich frage Sie, ob Sie die Zwischenfrage oder die Bemerkung zulassen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Von Herrn Vogt? - Immer.

Christopher Vogt [FDP]: Ich wollte Sie noch nicht gehen lassen. - Sie haben eben angesprochen, dass Sie sich auch über die Kostenerstattung von Fahrten von Studenten im Praxissemester geeinigt haben. Gilt diese nur für Fahrten mit Bus und Bahn oder auch für Pkw-Fahrten? - Viele müssen den Pkw nutzen, um zu ihren Schulen zu kommen.

- Für uns ist es wichtig, dass die Kostenerstattung vollständig stattfindet. Ich selbst habe kein Auto und fahre immer mit Bussen und Zügen zu Terminen. Ich weiß, wie schwer das sein kann. Daher habe ich großes Verständnis dafür, wenn man zum Beispiel von Flensburg aus mit dem Pkw nach Heide oder Brunsbüttel fährt. Dort haben wir Grüne in letzter Zeit viele Erfahrungen gemacht. Ich habe Verständnis dafür, wenn man dorthin nicht mit Bus und Bahn reist, wie das unser Umweltminister getan hat, sondern diese Wege mit dem Auto zurücklegt. Ich finde daher, dass dies ebenfalls berücksichtigt werden muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Proteste, die wir in den letzten Wochen und Monaten hier erlebt haben, sind die Proteste, die Ihnen von der Koalition auf die Füße gefallen sind. Es sind die Proteste, die bereits bei der Anhörung zum Schulgesetz angesagt waren. Die Verbände und insbesondere die GEW haben deutlich gemacht, dass die **Umsetzung dieses Schulgesetzes** mehr **Lehrerstellen** bedarf und dass diese notwendigen Lehrerstellen nicht gedeckt sind. Das ist eine Tatsache, die Sie an dieser Stelle zur Kenntnis nehmen müssen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Das, was Sie jetzt beschlossen und verkündet haben, scheint nicht nur die Hochschulen nicht zufriedenzustellen. Die Proteste gehen heute weiter. Wir werden heute Nachmittag eine Demonstration vor dem Landeshaus haben. In meinem Wahlkreis in

(Heike Franzen)

Tarp wird ebenfalls weiter demonstriert, und zwar von Eltern, Schülern und Lehrkräften gegen eine Situation, die Sie in diesem Land geschaffen haben.

Öffnen wir einmal - ausgehend von dem, was Sie tatsächlich machen - die Wundertüte, die Sie prophezeien. Schauen wir uns an, was das tatsächlich heißt: Die 728 **Planstellen** sind durch den **Bund** finanziert. Sie werden nicht aus eigener Kraft finanziert, das ist keine eigene Anstrengung dieses Landes. Das sind Planstellen, die vom Bund finanziert werden. Wir legen den Bedarf auf ungefähr 450 Planstellen fest, die wir brauchen, um das Schulgesetz zu finanzieren. Diese Planstellen brauchen wir nicht, um das zu finanzieren, was der Abbaupfad beschreibt. Diese Stellen brauchen wir, um den Mehrbedarf zu erfüllen, den Sie durch das Schulgesetz geschaffen haben. Das heißt, diesen werden Sie frühestens 2016 abdecken können. Bis dahin wird die **Unterrichtsversorgung** hier in Schleswig-Holstein schlechter sein als in den letzten Jahren.

(Beifall CDU)

Das treibt mich wirklich auf die Zinne: Sie stellen sich hier hin und halten in der heutigen Diskussion die **Inklusion** hoch wie eine Monstranz. Ich frage Sie nun etwas, und darauf hätte ich gern eine Antwort. Wir haben heute in den „Kieler Nachrichten“ gelesen, wie die 228 Planstellen verteilt werden. Sie gehen an die Gymnasien und an die Gemeinschaftsschulen, und 40 Stellen gehen an die Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe. Keine einzige Stelle geht an die Grundschulen, und keine Stelle geht an die Berufsschulen. Nicht eine einzige Stelle geht an die Förderzentren, die die Inklusion in diesem Land leisten sollen. Ich frage mich allen Ernstes, wie Sie das begründen wollen.

(Beifall CDU und FDP)

In der letzten Sitzung des Bildungsausschusses waren Vertreter einer kleinen Außenstelle aus Petersdorf da. 40 weitere Stellen gehen an die Oberstufen. Wir bräuchten eine Handvoll Stellen, um unsere Grundschulstandorte zu sichern. Wir bräuchten eine Handvoll Planstellen für die 16 Förderzentren in diesem Land. Sie sind nicht bereit, diese zu finanzieren.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir haben Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, um mehr als die 228 Planstellen zu finanzieren. Wir würden Ihnen an dieser Stelle weiterhelfen. Wir haben einen Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie wollen nicht. Sie müssen den Eltern in diesem Land sagen, wie es ist. Sie könnten mehr finanzieren, aber Sie wollen das nicht. Das geht zulasten der Grundschulen, der Förderzentren und der beruflichen Schulen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete? - Die Frage hat sich damit erledigt. Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

(Zurufe Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

- Wir wollen uns weiterhin darauf verständigen, dass die Wortbeiträge an dem Mikrofon hier vorn stattfinden. - Jetzt hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Bildung ändert alles“, so lautet der Slogan einer international agierenden Wohlfahrtsorganisation. Im Gegenzug bedeutet dies: Keine oder zu wenig Bildung ändert auch alles. Wir reden schon lange nicht mehr über die **grundsätzliche Bildungsqualität** in diesem Land. Wir reden über die Bildungsqualität in diesem Land im Vergleich zu anderen Bundesländern. An dieser Stelle fühlen sich die verantwortlichen Eltern und ihre Kinder abgehängt, verraten und verkauft. In einem Offenen Brief schreiben die Landeselternbeiräte an die Regierung, nämlich an Herrn Albig, Frau Wende und Frau Heinold persönlich: Aufgrund der Schuldenbremse eine ganze Generation von Schülerinnen und Schülern aufzugeben, ist schlichtweg Unrecht.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Herr Dr. Stegner, Sie haben es eben ehrlich so betitelt, dass Sie die **Schuldenbremse** einhalten wollten, dass die Schuldenbremse wichtig sei und dass Sie hier Zwänge hätten. Die Schuldenbremse und die **Generationsgerechtigkeit** sind jedoch kein gutes Argument für die Generation, die jetzt in den Schulen ist. Diese Generation fühlt sich dadurch veräppelt.

Präsident Klaus Schlie:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr verehrter Herr Kollege Schmidt, bei der Schuldenbremse

(Präsident Klaus Schlie)

geht es nicht darum, ob wir sie einhalten wollen. Sie gilt. Wir werden sie also einhalten. Ich hatte bisher immer verstanden, dass Ihre Fraktion dies auch will. Die gegenwärtige Generation profitiert davon, dass wir die Kürzungen, die von der schwarz-gelben Vorgängerregierung vorgesehen waren, deutlich reduzieren. Wir schaffen sogar mehr, als wir selbst angekündigt haben. Herr Schmidt, wenn dies Ihre Position ist, dann frage ich mich: Wo sind Ihre Haushaltsanträge, die im Rahmen der Schuldenbremse für die Schulen noch mehr schaffen? Frau Eka von Kalben hat es vorhin dargestellt, also statt drei Vierteln 100 %. Gleichzeitig fordern Sie mehr Polizisten und andere Stellen. Ich frage Sie: Wo sind Ihre Haushaltsanträge? Mit entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlägen folgen wir gern klugen Vorschlägen der Piratenfraktion.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Dr. Stegner, fangen wir vorn an. Erstens. Ich möchte deutlich machen, dass die Schuldenbremse als Argument für die jetzige Generation nicht wirklich befriedigend ist. Diese Generation sitzt in den Schulen und hat das Problem, dass sie für ihre Bildung keine ausreichende Unterrichtsversorgung hat. Der Verfassungsauftrag, den wir haben, ist richtig und wichtig. Das hilft aber den elfjährigen Schülern in der Schule derzeit nicht. Wir müssen den Menschen vor Ort helfen.

Zu den **Haushaltsanträgen**: Wir könnten natürlich 1.500 Stellen in die Haushaltsberatungen einbringen. Als Oppositionsfraktion müssten wir diese natürlich richtig finanzieren. Ich sage Ihnen aber ganz ehrlich: Wir sind nicht in der Opposition, um eine Schattenregierung zu bilden. Wir sind dazu da, um die Regierung zu kontrollieren.

(Beifall PIRATEN - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Ideen zu haben!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Schmidt, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Schmidt, ich finde es prima, dass Sie die Regierung kontrollieren. Ich muss aber ganz ehrlich sagen: Von der Opposition erwarten wir schon, dass sie Gegenvorschläge macht. Wenn Sie darauf verzichten wollen, dann ist das Ihre Selbsteinschätzung. Ich dachte eigentlich, Sie wollten eine bessere Opposition als Schwarz-Gelb sein. Wenn Sie aber keine Gegenvorschläge machen, dann werden Sie das nicht schaffen, Herr Schmidt.

- Herr Dr. Stegner, ich empfehle Ihnen, einfach unsere Anträge zu lesen.

(Beifall PIRATEN)

Wir haben den Vorwurf der Landeselternbeiräte ernst genommen und die Mehrheitsfraktionen aufgefordert, einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Ich bin, wie gesagt, gewählt worden, um diese Regierung zu kontrollieren. In diesem Falle ist das anscheinend bitter nötig. Wir brauchen einen Nachtragshaushalt, um einen ersten Schritt in Richtung hundertprozentige **Unterrichtsversorgung** zu gehen.

Die Regierungskoalition will 228 Stellen weniger streichen, als dies ursprünglich vorgesehen war. Das ist besser als nichts und weniger als das, was wir wollten, aber immerhin. Anstatt dann aber seriös zu arbeiten, machen Sie das, was wir schon kennen: Sie regieren völlig im freien Fall, performen irgendwie, und das alles kommentiert der SPD-Chef dann wortreich, aber faktenarm.

Wie regeln Sie die Frage der **sozialpädagogischen Hilfe** an den Förderzentren? Indem Sie schulische Assistentenstellen schaffen, zu denen Sie in der PK keine Nachfragen beantworten? Wie sieht der Bedarf nach dem **Inklusionskonzept** aus? Auch dazu gibt es keine Angaben. Wie sieht es an den **Kitas** aus? Auch hier gibt es keinerlei Analyse der Bedarfe. Warum rechnet die Regierung mal mit rund 70.000 € für eine Lehrerplanstelle und in der PK mit 50.000 €?

Wir hatten in der vergangenen Woche eine entsprechende formlose Anfrage an die Bildungsministerin gestellt, haben aber bis heute leider keine Antwort bekommen. Deshalb fehlt uns ein bisschen die Orientierung darüber, mit welchen Zahlen Sie hier rechnen.

Ich könnte die Liste fortführen, und mir scheint, dass die Regierungsfaktionen an dieser Stelle einen großen Fehler machen. Sie glauben, die Ankündigung, weniger Lehrerstellen zu streichen als

(Torge Schmidt)

ursprünglich geplant, besänftige die Massen. Das Gegenteil wird der Fall sein, weil nicht sichtbar ist, wie Sie zu einer befriedigenden Unterrichtsversorgung kommen wollen, weil das, was Sie machen, nicht transparent und nachvollziehbar ist, weil Sie zum Beispiel das Gespräch mit den Hochschulen verweigert haben. Politik muss verstanden und vermittelt werden. Darauf aber warten bis jetzt alle.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete König.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als hochschulpolitischer Sprecher hätte ich es besser gefunden, wenn die Regierungskoalition, bevor sie jetzt die Millionen verteilt, erst einmal mit den Hochschulen gesprochen hätte, die **Bedarfe** geklärt hätte und am Ende auch noch ein fühlbarer Teil der BAföG-Millionen bei den Hochschulen geblieben wäre. Das ist leider nicht der Fall, und das finde ich schade.

Die Koalition hat stattdessen die **Mittel** gefühlt vergeben, und ich war zunächst der Meinung, dass dies möglicherweise richtig war. Aber sie hat nicht auf die Fakten gewartet und in aller Ruhe geprüft, wo das Geld sinnvoll eingesetzt werden kann und wie dies im Einzelnen bewerkstelligt werden könnte.

Gut finde ich jedoch, dass sie ganz klar gesagt hat, dass die Gelder nicht in die Lehrerbildung gehen. Dies lobe ich an dieser Stelle ausdrücklich.

Besorgniserregend jedoch finde ich, dass die **Stellen**, die jetzt weniger gestrichen werden sollen, durch die **Maßnahmen**, die nun im **Schulgesetz** genannt sind, sofort wieder aufgefressen werden, sodass am Ende kein Plus herauskommt.

Wir PIRATEN stehen für Gemeinschaftsschulen. Wir finden Gemeinschaftsschulen gut, und wir finden auch Oberstufen an Gemeinschaftsschulen gut.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Eka von Kalben, darauf werde ich gleich noch zu sprechen kommen.

Erst 100 % Unterrichtsversorgung und dann die Extras! Wir müssen erst einmal das Fundament sanieren und wasserdicht machen, bevor wir das Haus

mit Extras ausstatten können. Anderenfalls funktioniert das doch gar nicht.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie jetzt weniger Stellen streichen als geplant, dann zeigt das doch nur, dass Sie nicht seriös geplant haben. Wenn Sie seriös geplant hätten, dann hätten Sie sich die Zahlen vorher angeschaut und hätten in ordentlicher Weise geprüft, an welche Stellen welche Mittel fließen müssen. Das haben Sie nicht solide geplant. Besorgen Sie bitte die Zahlen, und machen Sie ordentliche Analysen darüber, wie man wohin Geld geben kann, wo Lehrerstellen benötigt werden und wie viel Geld an die Universitäten gehen muss. Erst dann sollten Sie handeln, nicht andersherum.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter König, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Uli König [PIRATEN]:

Ja.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe mehrere Teile Ihrer Rede nicht verstanden.

Zunächst haben wir eine Eingangsbilanz gemacht, in der wir feststellen, dass es an Schulen einen Bedarf gibt. Würden Sie sagen, dass das Fakten sind oder dass das keine Fakten sind?

Die zweite Frage ist diese: Sie sagen, Sie seien für Gemeinschaftsschulen, sprechen sich aber dagegen aus, dass wir dort zum Beispiel die fehlenden Differenzierungsstunden zurückgeben. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie sagen: Gemeinschaftsschulen ohne mehr Stellen?

- Ich finde es wichtig, dass wir zunächst die Zahlen für die verschiedenen **Bedarfe** ermitteln sollten, um zu wissen, wo wir welche Lehrer mehr brauchen. Darüber habe ich von Ihnen noch keine Zahlen gesehen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, wir haben sie vorgelegt!)

- Das, was ich von Ihnen dazu gesehen habe, war nicht stichhaltig.

(Uli König)

(Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Thema **Gemeinschaftsschulen**. Wir müssen zunächst 100 % Unterrichtsversorgung an allen Schulen schaffen. Dann erst können wir die Kür machen. Das ist meine Antwort. Ich bin sehr dafür, dass wir Differenzierungsstunden machen und dass wir Oberstufen machen, da bin ich sofort bei Ihnen.

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns darauf verständigen, dass nur der Abgeordnete, der gefragt worden ist, antwortet, danach geht es dann weiter, Frau von Kalben. Sie haben noch immer das Wort zur Antwort, Herr Abgeordneter König.

Uli König [PIRATEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Das ist meine Antwort. Also erst das Fundament und dann die Extras.

Präsident Klaus Schlie:

Nun gibt es das Bedürfnis von Frau von Kalben, eine weitere Frage zu stellen.

Uli König [PIRATEN]:

Ja, bitte.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke. - Habe ich Sie jetzt so richtig verstanden, dass Sie sagen, man könne an Gemeinschaftsschulen auch ohne Differenzierungsstunden unterrichten und damit eine hundertprozentige Versorgung für gemeinsames Lernen gewährleisten?

- Nein.

Ansonsten bin ich am Ende meiner Rede.

Präsident Klaus Schlie:

Dann danken wir Ihnen, Herr Abgeordneter.

Uli König [PIRATEN]:

Sehen Sie zu, dass auch die **Hochschulen** etwas von den **BAföG-Millionen** bekommen. Und vor allem: Hören Sie den Hochschulen zu. Ich denke, das werden wir dann auch morgen in der Pressekonferenz hören. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Nunmehr hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit mehr als 20 Jahren erlebe ich in diesem Landtag, dass bildungspolitische Debatten von einer besonderen Leidenschaft geprägt sind. Deshalb möchte ich zunächst feststellen, dass diese Leidenschaft die sachliche Erörterung nicht komplett ausblenden darf. Wir müssen mit der Sprachregelung aufhören, die mittlerweile eingetreten ist; denn, Herr Kollege Dr. Stegner und liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, Sie schaffen nicht mehr Stellen im Bildungsbereich, sondern Sie belassen nur mehr Stellen im System. Sie kürzen also weniger.

(Beifall FDP und CDU)

Also ist das Weniger weniger, aber trotzdem noch nicht mehr.

Ich akzeptiere und bin auch froh darüber, dass die 37 Millionen vollständig im **Bildungsbereich** verbleiben. Trotzdem kann man sich darüber unterhalten, ob die **Verteilung dieser Mittel** sinnvoll ist. Ob mit den im System verbleibenden Stellen tatsächlich eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung erreicht werden kann, werden wir erst dann feststellen, wenn diese Stellen sozusagen angekommen sind; denn es gibt eine ungleiche Verteilung. Prozentuale Regelungen helfen uns hier nicht weiter.

Herr Kollege Dr. Stegner, von den 26 Jahren Bildungspolitik seit 1988 haben die Sozialdemokraten 24 Jahre zu verantworten. Alles, worüber wir jetzt diskutieren, hat etwas damit zu tun, dass Ihre Bildungsministerin das eine oder andere nicht geschafft hat. Das betrifft insbesondere die Frage der **Abschlüsse** in Schleswig-Holstein und die Frage der **sozialen Differenzierung**. In keinem anderen Bundesland hängt das so sehr vom **Einkommen der Eltern** ab wie in Schleswig-Holstein. Das ist das Ergebnis von 24 Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Herr Kollege Dr. Stegner, Ihre Vergleiche mit der schwarz-gelben Vorgängerregierung sind genauso sinnvoll wie mein Vergleich, den ich jetzt anstellen werde. Wenn wir Sie in diesem Land nicht als Finanzminister gehabt hätten, der den größten Schuldenberg aller Zeiten zu verantworten hat, dann hätten wir alleine durch die ersparten Zinsen deutlich

(Wolfgang Kubicki)

mehr Geld als diese 37 Millionen € pro Jahr an Haushaltsmitteln zur Verfügung.

(Beifall FDP und CDU)

Ich sage ausdrücklich, dieser Vergleich ist genauso unsinnig wie der Vergleich mit der Vorgängerregierung; denn das, was wir in den Jahren 2010 und 2011 auf den Weg gebracht haben, war im Prozess. Es war immer klar und ist in diesem Landtag auch so gesagt worden, dass wir immer dann, wenn wir mehr Luft haben, auch mehr im Bildungsbereich und in anderen Bereichen tun werden, weil wir zunächst den **Pfad** beschreiten müssen, um den **Abbau** hinzubekommen, von dem die Grünen in der Diskussion ja noch gesagt haben, der könne bis 2020 gar nicht gelingen. Das war die Lernaufgabe. Dieser haben wir uns gestellt. Auch wir hätten wahrscheinlich diese 37 Millionen € für mehr Bildung ausgegeben, auch wenn der Kollege Koch, wie ich vermute, dafür gekämpft hätte, dass diese Mittel zur Schuldentilgung verwendet werden. Aber er hätte sich in dieser Frage mit Sicherheit nicht durchgesetzt.

Wenn Sie nun behaupten, dass Sie mehr für Bildung tun, dann müssten Sie jetzt erklären, dass Sie bei den 2 Milliarden Steuermehreinnahmen von 2010 bis heute mehr als 30 % der Steuereinnahmen des Jahres 2010 - heute mehr als damals - für Bildung ausgegeben hätten. Dann hätten sich die Relationen verändert. Das aber haben Sie in der Tat nicht getan. Somit haben Sie nicht mehr für Bildung ausgegeben, sondern Sie haben in Relation sogar **weniger für Bildung** ausgegeben. Das ist die Wahrheit, mit der man operieren muss, obwohl ich akzeptiere und konzidiere und auch gut finde, dass die Mittel, die der Bund uns zusätzlich gegeben hat, tatsächlich auch im Bildungsbereich verwendet werden.

Die Diskussion darüber, Herr Dr. Stegner, werden wir sehr sachlich und sehr emotionslos mit den betroffenen Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie den Hochschullehrern und Professoren führen. Darauf können Sie sich verlassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Verdacht, dass der Koaliti-

onsausschuss extra am Montag vor dem Deutschlandspiel platziert wurde, damit dieses doch enttäuschende Ergebnis möglichst im Fußballtaumel untergeht. Das muss man sich einmal vorstellen: Da fordert die CDU 300 zusätzliche **Lehrerstellen** und rechnet dafür, ganz konservativ auf Basis der Zahlen des Finanzministeriums, mit 70.000 € pro A-13-Stelle. Dann kommen die Regierungsfraktionen und sagen, wir rechnen nur mit 50.000 €, weil wir Beihilfe- und Pensionsverpflichtungen in der Zukunft außen vor lassen. Und es reicht trotzdem nur für 228 Stellen. Wenn wir so gerechnet hätten wie Sie, hätten wir ab August auch 400 Stellen schaffen können.

(Beifall CDU und FDP)

Das Einzige, was Ihnen den ganzen Vormittag über zur Verteidigung einfällt, ist, dass Sie uns eine fünf Jahre alte **Planung** vorhalten, die aus den **Hochzeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise** stammt, und so tun, als hätten wir nichts daran geändert, wenn wir, so wie Sie es im Augenblick tun, aus dem Vollen hätten schöpfen können.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Kollege Kubicki, ich hätte nicht gegen Sie gekämpft, weil ich auch dafür gewesen wäre, geschaffene Spielräume, die wir uns selber geschaffen haben, die uns der Bund einräumt, für mehr Bildung, für mehr Hochschulen in unserem Land einzusetzen. Dann hätten wir uns an der Stelle gar nicht streiten müssen.

Aber Sie schaffen es ja noch nicht einmal in finanziell guten Zeiten, unter bestmöglichen finanziellen Voraussetzungen, gute Politik zu betreiben.

Was ist denn Ihr **Deckungsvorschlag** für die 228 Lehrerstellen ab August? - Sie kürzen im Baubudget 4,5 Millionen €. In wessen Baubudget? - Im Baubudget der Hochschulen! Sie haben sich vor einem halben Jahr dafür feiern lassen, dass Sie den Hochschulen mehr Geld für Investitionen zur Verfügung stellen. Was ist damit bis heute passiert? - Nichts, überhaupt nichts.

(Beifall CDU und FDP)

Jetzt geben Sie das Geld ein zweites Mal aus und lassen sich dafür wieder feiern, und es wird trotzdem nicht besser. Die Menschen werden merken, dass Sie hier potemkinsche Dörfer aufbauen, dass Sie eine Fata Morgana an die Wand malen und die Realitäten aber anders aussehen. Deswegen gehen die Menschen weiterhin auf die Straßen und werden gegen Ihre Bildungspolitik demonstrieren. Die

(Tobias Koch)

Menschen lassen sich von Ihnen nicht hinter die Fichte führen.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat nun die Abgeordnete Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein großartiger Tag für Schleswig-Holstein!

(Zuruf FDP: Weil du heute Geburtstag hast!)

- Das ist das beste Geburtstagsgeschenk, das ich mir wünschen konnte: bessere Unterrichtsversorgung für Schleswig-Holstein.

(Beifall SSW und SPD)

Auch ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal betonen, dass wir vor großen Herausforderungen im Bildungsbereich stehen. Die Koalition hat sich bekanntermaßen darauf verständigt, die Bafög-Millionen in erster Linie für die **Verbesserung der Unterrichtsversorgung** zu nutzen. Durch viele Gespräche mit den Menschen an den Schulstandorten im Land habe ich den Eindruck, dass wir damit das absolut Richtige tun. Und wenn man sich heute die „KN“ ansieht - sie ist ja heute schon ganz viel zitiert worden -, liest man es auch dort: Wir werden in diesem Vorhaben auch durch die Elternvertretung und die Lehrgewerkschaft gestärkt - und das sind unsere Anstrengungen, um die von Schwarz-Gelb geschaffene Situation zu entschärfen.

Es ist ja kein Geheimnis: Wir wollen unser **Bildungssystem** auf solide Füße stellen und insgesamt moderner gestalten. Unser Ziel ist es, möglichst vielen jungen Menschen einen höherwertigen Abschluss zu ermöglichen und ihnen dadurch bessere Chancen für die Zukunft zu geben.

Diese Koalition ist der Auffassung, dass Kinder in Deutschland bis heute noch zu sehr separiert und ausgegrenzt werden. Viel zu häufig entscheidet die soziale Herkunft über den Bildungserfolg. Und hier muss endlich noch etwas geändert werden.

(Beifall SSW und SPD)

Wir wollen hier im Land ein wirklich **inklusives Schulsystem** schaffen. Unser Ziel ist die inklusive Schule, die echte individuelle Förderung ermöglicht und wirklich alle mitnimmt. Wir stehen zum

Grundsatz des längeren gemeinsamen Lernens. Es ist erwiesen, dass dieser Ansatz zu mehr Chancengerechtigkeit führt.

Die Antwort auf diese Fragen und Herausforderungen sehen wir insbesondere in der **Stärkung der Gemeinschaftsschulen** im Land. Wer hier immer weiter von Minioberschulen, Einheitslehrern und Gleichmacherei spricht, verkennt gesellschaftliche Realitäten und missachtet konkrete Wünsche der Menschen vor Ort.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch kleine Oberstufen haben ihre absolute Berechtigung. Die genehmigten Oberstufen sind von kommunaler Seite ausdrücklich gewünscht und unser gemeinsames politisches Ziel. Und einen wichtigen Punkt scheint vor allem die CDU immer weiter aus den Augen zu verlieren: Diese strukturellen Veränderungen führen zur Stärkung des ländlichen Raumes.

(Beifall SSW und SPD)

Zum Redebeitrag des Abgeordneten Koch habe ich noch eine Anmerkung: Herr Koch, Sie sind ja der ausgewiesene Finanzexperte der Opposition hier im Raum. Ich bin „nur“ die bildungs- und hochschulpolitische Sprecherin, muss jedoch betonen, dass ich den Vorschlag unserer Finanzministerin, Geld aus dem laufenden Haushalt zu nehmen, das noch nicht verbaut ist, viel besser finde, als für das jetzt benötigte Geld, um die 228 Stellen zu finanzieren, einen weiteren Kredit aufzunehmen und Geld für weitere Zinsen auszugeben, auch wenn die Zinsen derzeit auf einem ganz niedrigen Niveau sind.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, trotz Geburtstagsbonus: Ihre Redezeit ist lange vorbei.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat nun die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professor Dr. Waltraud Wende.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle kämpfen für Bildung, und das ist gut so. Allerdings unterscheiden sich ganz offensichtlich unsere Wege. Wie ist der Weg der Küstenkoalition? - Wir nehmen die **BAföG-Millionen** in die Hand, um **Zukunft zu gestalten**. Dabei geht es uns um mehr und um bessere Bildung für alle.

Die Vorgängerregierung wollte dem Schülerrückgang einen Eins-zu-eins-Stellenabbau folgen lassen. Daraus entnehme ich, dass die Vorgängerregierung in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung ein Defizit in der Unterrichtsversorgung ganz offensichtlich nicht gesehen hat. Denn sonst hätten Sie in der aktuellen Legislaturperiode bei einem Schülerrückgang von 31.000 Schülerinnen und Schülern nicht vorgehabt, 2.125 Planstellen abzubauen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Küstenkoalition wird nicht 2.125 Stellen abbauen, sondern lediglich 644. Damit lassen wir - das wiederhole ich gern, obwohl es bereits mehrfach gesagt wurde - 1.481 **Planstellen** mehr im System, als es unter schwarz-gelber Planung der Fall gewesen wäre.

(Zuruf SPD: Sehr gut! - Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Oder mit anderen Worten: Wir bauen nicht, wie Schwarz-Gelb geplant hatte, 9,4 %, sondern lediglich 2,9 % der Gesamtstellen ab.

Die Vorgängerregierung hätte im gleichen Zeitraum damit mehr als dreimal so viele Stellen abgebaut, wie wir es jetzt planen. Und Sie, und eben nicht wir, hätten damit die Qualität der Unterrichtsversorgung an unseren Schulen unverantwortlich reduziert.

(Zuruf SPD: So ist das! - Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hinzu kommt: Unsere Vorgängerregierung hat Inklusion kostenneutral gedacht. Mit anderen Worten: Inklusion ja - Ressourcen nein.

Funktionieren kann das natürlich nicht. Die Baustelle, die uns hierdurch hinterlassen wurde, ist riesig. Riesig ist die Baustelle nicht etwa, weil die Küstenkoalition die **Inklusion** vorangetrieben hätte. Bei Regierungsübernahme hatten wir bereits eine Inklusionsquote von über 60 %. Riesig ist die Baustelle einzig und allein, weil die schwarz-gelbe Re-

gierung keinerlei zusätzliche **Ressourcen** für inklusiven Unterricht bereitgestellt hat.

Meine Damen und Herren, wir gehen einen anderen Weg. Die Küstenkoalition wird mit den 36,4 Millionen € aus der BAföG-Entlastung und weiteren 13 Millionen € aus dem bereits im vergangenen Jahr verabredeten Posten „Geld statt Stellen“ die Schulen in Schleswig-Holstein stärken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei wird sich nicht nur die Unterrichtsversorgung, sondern auch die Inklusion qualitativ verbessern. Ab 2015 erhalten die Schulen 300 Stellen für **Schulassistenzen**. Das wird vorrangig bei den Grundschulen der Fall sein, denn dort ist die Herausforderung der Inklusion und des Themas „Heterogenität“ am größten. Zusätzliche Schulassistenten sollen die Lehrkräfte bei der Vorbereitung und Durchführung ihres Unterrichts, vor allem aber bei der Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf unterstützen.

In erster Linie aber werden wir die zusätzlichen Mittel, die dem Landeshaushalt durch die komplette Übernahme der BAföG-Ausgaben durch den Bund zur Verfügung stehen, in die **Unterrichtsversorgung** der Sekundarbereiche I investieren, und zwar an den Gymnasien genauso wie an den Gemeinschaftsschulen mit und ohne eigene Oberstufe. Mit dieser Weichenstellung können wir nicht nur viel, sondern viele erreichen.

(Beifall SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir setzen das Geld dort ein, wo es am nötigsten benötigt wird, nämlich für die Unterrichtsversorgung der Sekundarschülerinnen und der Sekundarschüler sowie für die Verbesserung der Qualität der inklusiven Bildung.

Hinzu kommen **Lehrerstellen**, die wir nicht abbauen, und Schulassistenzen, die wir aufbauen. Als Ergebnis daraus wird sich die Unterrichtsversorgung während unserer Regierungsverantwortung Jahr für Jahr schrittweise verbessern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gestatten Sie mir eine kurze Fußnote zu den Ausführungen von Herrn Dr. Koch.

(Tobias Koch [CDU]: Ich habe keinen Dokortitel!)

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

- Vielleicht kommt das noch, Herr Koch. - Wir haben dem Stabilitätsrat gemeldet, wenn wir Stellen abbauen, im Gegenwert von 50.000 € pro Stelle. Diese Rechnungsgröße melden wir dem Stabilitätsrat.

Aus diesem Grund gehen wir davon aus, dass wir, wenn wir jetzt mit dem Stabilitätsrat darüber reden, weniger Stellen abzubauen, wieder mit der gleichen Zahlengröße operieren. Diese Größe benötigen wir tatsächlich, wenn wir Lehrerinnen und Lehrer ins System geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Ja.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. - Ich möchte fragen, ob Sie es für klug halten, bei der Schaffung von neuen Stellen zukünftige Pensionsverpflichtungen außen vor zu lassen.

(Lachen SPD)

- Wir haben die zukünftigen Pensionsverpflichtungen nicht außen vor gelassen. Wenn wir die Stellen jetzt ins System geben, kosten sie uns aktuell erst einmal diese 50.000 € pro Stelle.

(Lachen CDU und PIRATEN - Zuruf SPD: Das besprechen wir heute Abend, Herr Kollege!)

Kommen wir zu weiteren Zahlen. Als Soforthilfe - auch das haben wir bereits gehört - werden wir in einem **Nachtragshaushalt** für das Jahr 2014 für August bis Dezember 4,75 Millionen € bereitstellen. Das entspricht 228 Stellen. Suchen Sie im Haushaltsentwurf nicht nach diesen Stellen, und suchen Sie vor allen Dingen auch nicht nach den Stellen, die wir 2015 bereitstellen! Denn im neuen Haushaltsentwurf für 2015 werden Sie diese 200 Stellen, die wir 2015 bereitstellen, noch nicht finden, sondern sie werden erst mit der Nachschiebeliste eingereicht. Das machen wir deshalb, weil wir uns die Zeit nehmen wollen, die wir brauchen, um diese Stellen bedarfsgerecht zu verteilen.

2016 kommen weitere 100 Stellen hinzu, und 2017 sind es dann noch einmal 200. In Summe macht das - auch das haben wir bereits gehört - 728 Lehrerinnen- und Lehrerstellen, die die Qualität unserer Unterrichtsversorgung nachhaltig verbessern werden.

Hinzu kommt: Die in den Jahren 2015 bis 2017 nicht aufgebrauchten Mittel, insgesamt 12,6 Millionen €, werden wir in die Aufstockung des **Vertretungsfonds** investieren. Dadurch wird sich die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen mit Schwerpunkt auf den berufsbildenden Schulen noch einmal verbessern.

Meine Damen und Herren, dass Chancengerechtigkeit nach wie vor eine große Aufgabe in unserem Bildungswesen ist, hat erst in der vorigen Woche der Bildungsbericht der Bundesregierung deutlich gemacht. Er beschreibt zwar einen Trend zu mehr Bildung, belegt aber auch, dass dieser Trend nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen erreicht. Kinder aus erwerbslosen, armutsgefährdeten oder bildungsfernen Familien profitieren vom generellen Trend zu mehr Bildung relativ wenig. **Bildungsgerechtigkeit** sieht anders aus. Hier gibt es noch viel zu tun, zum Beispiel durch ein Schulsystem, das allen eine faire Chance auf einen bestmöglichen Schulabschluss gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Hierfür braucht man Gemeinschaftsschulen mit eigener und ohne eigene Oberstufe. Dass wir im vergangenen Jahr 15 **Gemeinschaftsschulen** eine eigene **Oberstufe** bewilligt haben, ist mit Blick auf die Chancengerechtigkeit in unseren Landen konsequent.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für diese 15 Oberstufen werden wir 158 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer benötigen, wenn sie zweizügig völlig aufgebaut sind. Uns sind diese Stellen für Lehrerinnen und Lehrer wichtig, und uns sind auch diese Oberstufen wichtig, weil Kinder aus eher bildungsfernen Familien hierdurch eine größere Chance haben, einen hohen Schulabschluss zu erwerben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, zusätzliche Oberstufen an unseren Gemeinschaftsschulen sind alles andere als ein Angriff auf das Gymnasium. Gymnasien wird es auch in Zukunft geben.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

(Christopher Vogt [FDP]: Die heißen nur noch so!)

Zusätzliche Oberstufen sind allein deshalb wichtig, weil so die Wahrscheinlichkeit wächst, dass auch Kinder aus Nichtakademikerfamilien den sozialen Aufstieg durch Bildung schaffen.

(Beifall SPD und SSW)

Genau das sind uns die 128 Stellen, die wir in zusätzliche Oberstufen investieren, wert. Alle, wirklich alle Menschen haben unabhängig von ihrer Herkunft oder ihren Begabungen die bestmögliche Förderung verdient. Alle, wirklich alle Menschen haben ein Recht auf Bildung und Förderung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Johannes Callsen [CDU])

Deshalb arbeitet das MBW an einem **Inklusionskonzept**.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP]: Wie lange?)

Wir haben, wie Sie wissen, die Vorlage unseres Inklusionskonzepts auf den Herbst dieses Jahres verschoben, weil wir die Möglichkeiten, die sich durch die frei gewordenen BAföG-Millionen ergeben, bestmöglich nutzen wollen. Hierfür müssen erneut Gespräche geführt werden.

Eine Expertenkommission unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände und des Sozialministeriums befasst sich derzeit mit der Abgrenzung zwischen sozialrechtlichen und schulischen Leistungen.

Zudem muss der Beschluss des Landessozialgerichts berücksichtigt werden, der die Zuständigkeit für die **Schulbegleitung** von Kindern mit Behinderung in größeren Teilen als bisher in der Verantwortung des Landes und der Schulträger sieht - nicht nur bei den Kreisen und kreisfreien Städten als den Trägern der Eingliederungshilfe.

Vielleicht gestatten Sie mir auch da eine Nebenbemerkung. Die 314 Stellen, die wir in den Bereich Schulassistenten geben wollen, sehen wir keineswegs so, dass wir damit das Konzept sozusagen gelöst haben, sondern - Frau Erdmann hat es bereits angedeutet - das ist ein Element eines Stellenpools. Wir erwarten umgekehrt, dass auch die Kommunen in diesen Stellenpool noch weitere Stellen hineingeben. Und wir müssen darüber diskutieren, ob das Land dann vielleicht noch weitere Finanzmittel bereitstellt.

Meine Damen und Herren, auch wenn in erster Linie die Schulen von der BAföG-Entlastung durch

den Bund profitieren, gehen die **Hochschulen** durchaus nicht leer aus. 10 Millionen €, die das Land als Risikopuffer für den eigenen BAföG-Anteil im Haushalt bereitgestellt hat, werden an die Hochschulen gehen. Allerdings erscheint mir mit Blick auf die Hochschulen etwas anderes zurzeit sehr viel wichtiger, nämlich die Aufhebung des Kooperationsverbots.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Aufhebung des Kooperationsverbots wurde von allen hier im Landtag einstimmig gefordert, und sie wird in dieser Legislaturperiode Wirklichkeit werden.

Die Bundesregierung hat im Übrigen gerade heute den Gesetzentwurf zur Aufhebung des Kooperationsverbots veröffentlicht. Genau das, nämlich die Aufhebung des Kooperationsverbots, haben sich alle unsere Hochschulen gewünscht. Denn alle Hochschulen werden davon profitieren, wenn sich der **Bund** zukünftig auch strukturell an der **Finanzierung** unserer Hochschulen beteiligen kann. 3 Milliarden €, die die Bundesministerin zur Verfügung hat, werden auf die Länder verteilt. Dann gehe ich davon aus, dass auch die eine oder andere Million nach Schleswig-Holstein kommt. Andererseits kann ich verstehen, dass sich die Hochschulen aktuell mehr gewünscht hätten. Das kann ich natürlich vor allen Dingen mit meinem Herzen als Wissenschaftsministerin verstehen.

Doch lassen Sie mich abschließend den Blick auf das richten, was wir bereits jetzt, unabhängig von der Aufhebung des Kooperationsverbots in der Lage sind zu ermöglichen. Mit den 10 Millionen € aus der BAföG-Vorsorge werden wir die dritte Phase des Hochschulpakts auf den Weg bringen. Bis vor wenigen Tagen war noch gar nicht klar, ob es diesen **Hochschulpakt III** überhaupt geben wird, der für die Hochschulen von enormer Bedeutung ist. Jetzt ist klar, der Hochschulpakt III kommt, und das ist ein gutes Signal für unsere Hochschulen.

Darüber hinaus werden wir im Jahr 2015 2 Millionen € für Investitionen in die soziale Infrastruktur unserer Hochschulen bereitstellen. Das ist vor allen Dingen ein Signal für die Studierenden. Wir haben herausragende Hochschulen, und wir bekennen uns zu diesen Hochschulen. Dieses Bekenntnis zeigt sich nicht nur darin, dass wir - was es in Schleswig-Holstein noch nie gab - ein Sondervermögen Hochschulsanierung aufgelegt haben, dass wir den Fachhochschulen das Promovieren ermöglichen wollen, dass wir eine Verbesserung des Grundhaushalts

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

durch volle Tarifübernahme bewerkstelligt haben, sondern dieses Bekenntnis zeigt sich last not least darin, dass wir auf Bundesebene für eine Fortsetzung der Exzellenzinitiative kämpfen. Jeder Euro, der in Schule oder Hochschule angelegt wird, ist ein gut angelegter Euro.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber auch jeder Euro, der in frühkindlicher Förderung angelegt ist, ist ein gut angelegter Euro. Deshalb werden wir 2015 5 Millionen € für Maßnahmen zur Qualitätssicherung, für Fortbildung, für Elterngespräche und für gesunde Ernährung an die Kitas geben.

Ich danke allen regierungstragenden Fraktionen, den Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung und auch der Opposition für die verantwortungsvolle Zusammenarbeit und Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bisher hat die Landesregierung die verabredete Redezeit um 6 Minuten 43 Sekunden überzogen. Als Nächstes hat weiterhin die Landesregierung das Wort, nämlich Frau Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Sehr geehrte Kollegen! Meine Damen und Herren! Nur eine Klarstellung, damit es nicht falsch im Raum stehen bleibt. Der Abgeordnete Koch und ich sind uns einig, die Gegenfinanzierungen für die Lehrerinnen und Lehrer im Nachtrag in diesem Jahr erfolgen nicht durch Baumittel von den Hochschulen, sondern aus dem Kapitel für Hochbau.

Dort heißt es: Es geht um Sanierung Verwaltungsgebäude Kiel. Es geht um das Finanzamt Dithmarschen. Es geht also um Maßnahmen im Hochbau, die wir in diesem Jahr nicht realisieren, im nächsten Jahr realisieren, neu veranschlagen.

Mir war es wichtig, dass nicht im Raum stehen bleibt, dass die Hochschulen dieses zahlen müssen, dass wir Lehrerinnen und Lehrer vorher einstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat um 7 Minuten 30 Sekunden überzogen. Das steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung. - Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muss auch zu den Fehlern stehen, die man in einer Debatte begeht. In der Tat habe ich Hochbau und Hochschule vorhin verwechselt. Ich bitte darum, das nachzusehen. Die Korrektur ist angebracht. Ich erlaube mir gleichwohl den Hinweis, es sind trotzdem Investitionen, die Sie kürzen.

(Ministerin Monika Heinold: Das ist richtig!)

Ich möchte fragen, ob das zufälligerweise die Haushaltsstelle ist, die wir mit unseren Haushaltsanträgen im Dezember kürzen wollten.

(Heiterkeit Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich würde vermuten, ja. Aber den „Hochschulbereich“ nehme ich zurück.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich jetzt die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass die Berichtsansätze zu c) und d), Drucksachen 18/1971 und 18/1990, durch die Berichterstattung der Landesregierung ihre Erledigung gefunden haben. Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 18/1960 (neu), 18/1970 und 18/1996 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/2017 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. - Danke schön.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1472

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/1877

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Ich erteile zunächst der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier, das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank für den umfassenden Bericht. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Axel Bernstein von der CDU-Fraktion.

(Zuruf Dr. Axel Bernstein [CDU])

- Die CDU als stärkste Fraktion, da die erste Lesung des Gesetzentwurfs mit Aussprache erfolgte, ist jetzt dran. So ist die Regel.

Es ist so, dass bei der ersten Lesung die PIRATEN als Antragsteller zuerst das Wort hatten. In der zweiten Lesung geht es nach der Stärke.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gern auch in dieser Reihenfolge. Wenn mich meine Erinnerung nicht ganz täuscht, haben wir in erster Lesung über die Gesetzesinitiative der regierungstragenden Fraktionen gesprochen und nicht über den Gesetzentwurf der PIRATEN. Doch beide stehen in einem engen inhaltlichen Zusammenhang und werden deshalb nicht wirklich in der Debatte voneinander trennbar sein.

Wir haben im Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme der PIRATEN deren Vorschlag zu einer Ausschreibung bei der Stelle des Landesbeauftragten für Datenschutz abgelehnt. In der Tat steigen bei mir persönlich inzwischen die Zweifel, ob das die richtige Entscheidung gewesen ist, denn kurz vor Ende der zweiten und nach geltender, bewährter Gesetzeslage letzten Amtsperiode des Leiters des ULD präsentierten uns SPD, Grüne und SSW die etwas anrühige Idee, das **Landesdatenschutzgesetz** zugunsten einer unbegrenzten Wiederwahl Thilo Weicherts zu ändern. Nahezu komödiantisch muteten in der letzten Landtagssagung die Versuche der versammelten rot-grün-blauen Netzwerke an, jeden Bezug zum grünen Ex-Landtagsabgeordneten und Parteifreund Weichert wegzureden.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Klar ist, es bleibt an dieser Stelle eine **Lex Weichert**, genau wie beim letzten Mal.

Die Ergebnisse der schriftlichen Anhörung zu diesem Punkt wurden dann auch zu einem peinlichen Spießrutenlauf für die Parteibuchnetzwerker. Die deutsche Vereinigung für Datenschutz sprach sich für den Antrag der PIRATEN auf öffentliche Ausschreibung aus. Transparency International lehnt den Vorschlag von SPD, Grünen und SSW strikt ab. Die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hüllt sich in beredtes Schweigen. Ausgerechnet Professor Becker wird am Ende zum stärksten Verteidiger der Lex-Weichert-Freunde und stellt fest, dass sie immerhin nicht gegen Europarecht verstoßen.

(Beifall und Heiterkeit CDU und PIRATEN)

Dafür liest ihnen Ex-Minister Hans Peter Bull gehörig die Leviten. Neben seinen guten inhaltlichen Argumenten, die wir bei der ersten Lesung des anderen Antrags bereits alle hören konnten, führt er aus:

„Organisationsentscheidungen sollen grundsätzlich nicht ad personam getroffen werden. Das bedeutet, dass die Entscheidung über die Ausgestaltung der Aufgabe und über die Bedingungen, unter denen sie von einem künftigen Amtsträger auszuführen ist, nicht mit dem Ziel oder unter dem Aspekt getroffen werden soll, eine bestimmte Person für eine Aufgabe auszuwählen oder von dieser auszuschließen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anscheinend hat die 18. Wahlperiode Sozialdemokraten dieser Krugweite in Amt und Würden nicht zu bieten.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Trotz vernichtender Anhörungsergebnisse liegt der Gesetzentwurf zur Lex Weichert in unveränderter Form zur zweiten Lesung heute auf dem Tisch des Hauses.

Dieser von jedem Anstandsgefühl ungetrübte Umgang mit Macht in der Stegner-von-Kalben-Harms-Koalition mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit hat inzwischen traurige Routine.

(Beifall CDU und PIRATEN - Johannes Callsen [CDU]: So ist es!)

September 2013: Herr Albig versucht, einem TOP-Beamten durch eine Gesetzesänderung höhere Pensionsansprüche zu verschaffen. Februar 2014: Die Koalitionäre bringen die Lex Weichert ein. März 2014: Die Koalitionäre schlagen in einem einmali-

(Dr. Axel Bernstein)

gen Verfahren ohne Beteiligung der Oppositionsfraktionen die Bürgerbeauftragte vor. Ebenfalls März 2014: Die Koalitionäre wollen Heiko Vosgerau als Leiter der Landeszentrale für politische Bildung verhindern. Eine Ausschreibung passte nicht zu den geforderten roten oder grünen Parteibüchern.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Wie man das alles nennt: Filz, rot-grüner Filz, den Sie hier hemmungslos mit Ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit durchdrücken.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Als Segeberger sei mir dieses Bild erlaubt: Die roten Häuptlinge sprechen mit gespaltener Zunge. Beispiele gefällig? - Zitat:

„Immer war und ist es die durchgängige Strategie sozialdemokratischer Politik, das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts zu ersetzen.“

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr gut!)

So der Kollege Stegner in seinem linksgebürsteten Diskussionspapier „Friedenspolitik heute“. Innenpolitisch lautet die Devise offensichtlich: Nutzen wir die knappe Mehrheit für uns und die unsrigen, solange sie hält.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Wie üblich, muss Herr Albig auf jede Vorlage des Kollegen Stegner noch eines draufsetzen. Im April 2014 - also die Lex Weichert und Lex Vosgerau lagen bereits auf dem Tisch - erklärt Herr Albig in der „Welt“:

„Konservative hingegen verstünden es besser, Karrierenetzwerke aufzubauen und sich ‚gegenseitig nach oben‘ zu ziehen. Sozialdemokraten glaubten, ‚das gehöre sich nicht‘. Konservative sind leider die besseren Machtpolitiker.“

(Beifall und Lachen CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Bernstein, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Auf die letzten fünf Sekunden gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege, ich muss ehrlich sagen, ich war intellektuell ein wenig überfordert, Ihnen zu folgen.

(Heiterkeit CDU und FDP)

Den Abbau von Atomsprengköpfen in Europa und mehr Restriktionen bei Rüstungsexporten und für Entspannung und Friedenspolitik in Europa in einen Zusammenhang mit dem Vorwurf zu bringen, dass wir nicht ausschließlich Menschen in Funktionen wählten, die ein CDU- und FDP-Parteibuch haben, verstehe ich nicht.

(Lachen Peter Lehnert [CDU])

Können Sie den Zusammenhang erläutern? Das überfordert mich intellektuell komplett, aber vielleicht können Sie es ja erklären.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- Lieber Kollege Stegner, politikberatend bin ich lediglich für bürgerliche Parteien zuständig, und über meine Stundensätze können wir nach der Sitzung gern reden.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Wenn es denn für den rot-grünen-blauen Politikstil nicht so bezeichnend wäre, wäre es fast lustig, insbesondere das Zitat des Ministerpräsidenten. Deswegen abschließend ganz im Ernst: Beenden Sie dieses peinliche Schauspiel, ziehen Sie die Lex Weichert zurück! Sonst müssen wir in der Tat über die Frage, die die PIRATEN mit den Ausschreibungen aufwerfen, noch einmal neu nachdenken. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bernstein, dass Sie Herrn Weichert nicht wirklich lieb haben, haben wir nun schon in mehreren Debatten gemerkt.

(Volker Dornquast [CDU]: Damit hat das doch gar nichts zu tun!)

Ich hätte mir gewünscht, dass die vorangegangene Bildungsdebatte bei Ihnen so viel bewirkt hätte, dass Sie nicht komplett das Thema verfehlen.

(Peter Eichstädt)

(Johannes Callsen [CDU]: Darum geht es doch! Das ist doch der Kern der Diskussion!
- Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie haben zu dem Tagesordnungspunkt, der hier heute anstand, so gut wie kein Wort gesagt. Abgesehen davon, dass Sie ihn zu einer ziemlich albernen Drohung verwendet haben, dass Sie das eine tun, wenn wir das andere nicht lassen. Wir machen Politik, wie wir es für richtig und für erforderlich halten.

(Lachen CDU - Johannes Callsen [CDU]:
Genau das ist der Punkt! - Volker Dornquast [CDU]: Machtgesetz!)

Dieses Gesetz, von dem sie jetzt gesprochen haben, als Lex Weichert zu bezeichnen, geht wirklich an der Sache vorbei. Beteiligen Sie sich doch mit inhaltlichen Argumenten an der Entscheidung über den zukünftigen Beauftragten für Datenschutz! Bringen Sie Argumente! Aber diese billige Polemik, die Sie hier heute abgeliefert haben, anstatt die Kraft der Argumente wirken zu lassen, kann ich wirklich überhaupt nicht verstehen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Der Innen- und Rechtsausschuss hat mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen, der FDP und der CDU - auch wenn sie es jetzt bedauert - den Gesetzentwurf der PIRATEN zur Ablehnung empfohlen. Ich rede jetzt von dem Gesetzentwurf, der hier auf der Tagesordnung steht. Meine Fraktion sieht vor allem aus grundsätzlichen systematischen Erwägungen keine Sinnhaftigkeit geschweige denn eine Notwendigkeit darin, die **Wahl des Landesbeauftragten** in der von den PIRATEN gewünschten Weise vorzunehmen. Das liegt sicher auch daran, dass wir eine andere Wahrnehmung von der repräsentativen Demokratie haben als die PIRATEN.

Ich weise darauf hin, das gerade wir in Schleswig-Holstein in den letzten Monaten angesichts der Diskussion um unseren amtierenden **Datenschutzbeauftragten** - Herr Bernstein hat das ja eben noch einmal eindrucksvoll unterstrichen - gezeigt haben, dass es sich hierbei durchaus nicht unwesentlich um ein politisch geprägtes Amt handelt. Das bestreiten wir nicht. Es ist von der Rolle des Mahners und Initiators im Bereich des Datenschutzes gekennzeichnet. Diese Art der Wahrnehmung des Amtes ist von uns gewollt und passt nicht zu einer formalen öffentlichen Ausschreibung mit entsprechendem öffentlichen Bewerbungsverfahren, das natürlich auch die Heranziehung objektiver Kriterien für die

Auswahl beinhaltet. Diejenigen, die schon einmal an einem Richterwahlausschuss teilgenommen haben, Herr Breyer, die wissen, was ich meine.

Ein Verfahren, wie von den PIRATEN vorgeschlagen, würde im Ergebnis zu einer Auslese führen, die eben nicht die Argumentationskraft, die Persönlichkeit und Überzeugungsstärke eines Bewerbers oder einer Bewerberin, wie das bisherige, angemessen berücksichtigen kann.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Eichstädt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Bernstein?

Peter Eichstädt [SPD]:

Ja, gern.

Dr. Axel Bernstein [CDU]: Geschätzter Kollege Eichstädt, Ihre Position nehme ich zur Kenntnis. Man kann das in der Tat ja so oder so sehen. Könnten Sie uns darüber aufklären, wie Ihre Argumentation, dass zu einem solchen Amt ein Ausschreibungsverfahren gerade nicht passt, zu dem Vorschlag Ihrer Fraktion passt, den Leiter der Landeszentrale für politische Bildung künftig nicht mehr durch eine Ausschreibung ins Amt zu bringen?

- Ja, das passt ganz gut, Herr Bernstein, weil ich das in meiner Rede durchaus berücksichtigt habe. Ich nehme das aber jetzt zunächst einmal als Beantwortung Ihrer Frage. Das hilft mir bei der bisher verbrauchten Redezeit. Wenn Sie vielleicht noch einen Augenblick stehen bleiben, dann spare ich die Minuten.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt in Schleswig-Holstein Kandidatinnen und Kandidaten, die aus unserer Sicht hervorragend geeignet sind, ein solches Amt auszufüllen, Menschen, die genau deswegen auch zurzeit bereits herausragende Positionen einnehmen. Das ist sehr wohl der Grund, Herr Bernstein, auch wenn Sie das nicht auf Ihre Zwischenfrage zur Kenntnis nehmen wollen, was ich zumindest unparlamentarisch finde, aber das mögen Sie mit Ihrem selbst gefundenen Stil vereinbaren. Wenn diese sich dann zum Beispiel für die Position des Datenschutzbeauftragten bewerben, müssen Sie sich wegen ihrer herausragenden Stellung auf die Vertraulichkeit des Verfahrens verlassen können. Das ist meine Antwort dar-

(Peter Eichstädt)

auf. Das wäre in dem von den PIRATEN gewünschten Verfahren nicht der Fall.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

Dadurch würden manche exzellente Kandidaten darauf verzichten, sich an diesem öffentlich wahrgenommenen Verfahren zu beteiligen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben noch einmal eine Chance. Herr Abgeordneter Dr. Breyer hat eine Frage.

Peter Eichstädt [SPD]:

Ich möchte kurz meinen Gedanken zu Ende bringen, weil das noch zur Antwort gehört. - Selbstverständlich hat jede Fraktion die Möglichkeit, eigene Vorschläge zu machen und für diese Vorschläge zu werben. Sie haben auch die Möglichkeit, Kandidaten zu befragen und Präferenzen zu formulieren. Bei öffentlichen Anhörungen würden allerdings kaum die Informationen fließen, die wir für eine qualifizierte Entscheidung benötigen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Herr Breyer, jetzt gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie können jetzt fragen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Eichstädt, wenn das von uns vorgeschlagene Verfahren einer öffentlichen Ausschreibung und Anhörung der Bewerber so katastrophal ist, wie erklären Sie sich dann, dass der offensichtlich von Ihnen auserkorene Kandidat Thilo Weichert selbst dafür eintritt?

Peter Eichstädt [SPD]:

Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass Herr Weichert und ich in vielen Punkten unterschiedlicher Auffassung sind. Das kann auch in diesem Fall so sein. Ich habe seine Stellungnahme natürlich gelesen. Das verpflichtet mich allerdings in keiner Weise, sie richtig zu finden. Außerdem hat er an einigen Stellen durchaus Einschränkungen und Korrekturvorschläge gemacht.

- Die haben wir auch aufgegriffen.

Sie finden die gut. Aber - wie gesagt - im Grundsatz bin ich da anderer Meinung als Herr Dr. Weichert. Das finde ich auch nicht verwerflich.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Breyer?

(Unruhe)

Peter Eichstädt [SPD]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Erhalten Sie Ihre Einschätzung aufrecht, dass dieses Verfahren abschreckend auf Bewerber wirke, wenn der Bewerber, den Sie offensichtlich wieder wählen wollen, selbst sagt, er würde an diesem Verfahren gern teilnehmen?

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Kollege Breyer, jetzt machen auch Sie das, was schon Herr Bernstein versucht hat. Es geht in dieser Debatte nicht in erster Linie darum, eine auf Herrn Weichert zugeschnittene Regelung zu schaffen. Es mag sein, dass wir, wenn wir das zu diesem Zeitpunkt machen, Herrn Weichert als bundesweit anerkannte Persönlichkeit im Bereich des Datenschutzes die Möglichkeit eröffnen, sich in dieses Verfahren einzubringen, und auch dem Parlament die Möglichkeit geben, eine solche Entscheidung zu treffen. Es kann aber auch eine andere Entscheidung treffen.

Ich finde es nicht fair und langsam fast beschädigend für die Person, wenn Sie ständig den Eindruck erwecken, als ob es das ganze Bestreben von Herrn Weichert und von uns ist, durch ein neues Gesetz ausschließlich die Möglichkeit zu schaffen, Herrn Weichert in das Amt zu heben.

(Zurufe CDU, FDP und PIRATEN: Das ist doch so!)

- Das ist nicht so.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Er ist der Einzige, der davon profitiert! - Johannes Callsen [CDU]: Das liegt doch völlig auf der Hand! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Callsen, Ihr Zwischenruf entlarvt Sie. Er ist der Einzige, der davon profitiert!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war mein Zwischenruf!)

Wenn das so wäre, hätten Sie recht. Wir sind der Meinung - - Das haben Sie gesagt.

(Johannes Callsen [CDU]: Nein!)

- Herr Kubicki, die Bemerkung, die Sie eben gemacht haben, ist für Sie entlarvend.

(Heiterkeit SPD - Zurufe)

Wenn er wirklich der Einzige wäre, der davon profitiert, dann dürften wir ihn nicht wählen. Da gebe ich Ihnen recht. Das ist aber nicht so. Wenn wir tatsächlich zu dem Ergebnis kommen, dass Herr Weichert in der Vergangenheit für das Land gute Arbeit geleistet hat, weit anerkannt über die Grenzen des Landes Schleswig-Holstein hinaus, dann wählen wir ihn, weil das gut für das Land Schleswig-Holstein und die Bürgerinnen und Bürger ist, für die er sich einsetzt und für die er dafür sorgt, dass der Datenschutz das entsprechende Gewicht hat. Darum geht es.

(Beifall SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Eichstädt, wenn Sie wollen, dass ich die Uhr anhalte, müssen Sie jetzt Herrn Abgeordneten Kubicki die Chance geben, eine Frage zu stellen.

Peter Eichstädt [SPD]:

Wenn Herr Kollege Kubicki eine Chance braucht, will ich ihm die gern geben.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Eichstädt, ich rede ja auch noch. - Weil Sie es entlarvend fanden, was ich dazwischengerufen habe, möchte ich Sie fragen, ob Herr Weichert überhaupt kandidieren könnte, wenn Sie das Gesetz nicht ändern würden.

- Nein, das ist richtig.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Herr Koch, nun tun Sie doch nicht so, als ob das etwas Neues wäre! Lesen Sie meine Rede nach, lesen Sie die Rede der anderen Kollegen nach! Das haben wir doch nie bestritten!

(Tobias Koch [CDU]: Er ist der Einzige, der davon profitiert!)

Natürlich wird das die Folge haben, dass Herr Weichert, der das Amt jetzt inne hat, die Möglichkeit hat, wieder zu kandidieren. Das kann man doch nicht bestreiten, das wäre doch affig!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb profitiert er davon! - Unruhe)

War das Ihre Frage? Das war ja eine wirkliche Chance, Herr Kubicki!

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, im Übrigen weise ich darauf hin, dass das von den PIRATEN vorgeschlagene Änderungsgesetz ein Verfahren etablieren würde, das im Vergleich zum Bund und zu anderen Bundesländern absolut unüblich ist. Dies allein ist sicher kein Grund, es unverändert zu lassen - da gebe ich Ihnen recht - ,

(Beifall PIRATEN)

aber gibt den Hinweis, dass andere Länder offensichtlich nicht die Notwendigkeit sehen, eine solche Änderung vorzunehmen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Peter Eichstädt [SPD]:

Meine Damen und Herren, wir halten das bisherige Verfahren für geeignet, gute und starke Persönlichkeiten für dieses Amt zu finden. Es hat sich bewährt. Deshalb halten wir daran fest.

Es hat zwar nicht viel Zweck, trotzdem schließe ich noch einmal mit der Feststellung, dass es das ist, was uns unterscheidet - das sage ich in Richtung PIRATEN, auch wenn sich die CDU hier in ähnlicher Weise eingelassen hat.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Ende kommen.

Peter Eichstädt [SPD]:

Während wir als überzeugte Parlamentarier ein Grundvertrauen in die repräsentative Demokratie

(Peter Eichstädt)

und ihr Funktionieren haben, ist es bei Ihnen umgekehrt: Sie haben ein grundsätzliches Misstrauen. Das unterscheidet uns. Vielleicht wird sich das einmal ändern, und wir finden zueinander.

Wir werden Ihren Gesetzentwurf so, wie es der Ausschuss vorgeschlagen hat, ablehnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir Gäste der Frau Abgeordneten Midyatli: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzamts Eckernförde bei einer Fachbereichsbereisung. Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich werde ausschließlich zum Gesetzentwurf der PIRATEN sprechen. Mit ihrem Gesetzentwurf zur Neuregelung der **Wahl** der oder des **Landesbeauftragten für Datenschutz** sind die PIRATEN wohl einem Regelungsreflex aufgesessen. Aus mehreren Gründen ist der Gesetzentwurf handwerklich lückenhaft und überdies systemwidrig. Er findet daher keine Zustimmung der Koalition.

Es ist nicht anders zu erklären als ein Reflex auf die unschöne Situation der Nachfolge von Peter Schaar als Bundesbeauftragter für Datenschutz im letzten Herbst im Anschluss an die Neuwahlen zum Bundestag. Bis eine - vorsichtig formuliert - überraschende Nachfolgerin in Andrea Voßhoff gefunden wurde, drohte das Amt für unbestimmte Zeit trotz des größten Datenschutzskandals aller Zeiten unbesetzt zu bleiben, weil sich die Bundesregierung weigerte, wenigstens eine kommissarische Fortführung der Amtsgeschäfte zu gewährleisten.

Anders als auf Bundesebene, wo es keine Regelung zur Amtsfortführung gibt, sieht § 35 Landesdatenschutzgesetz in Schleswig-Holstein die Fortführung des Amtes durch den amtierenden Landesbeauftragten vor, wenn eine Neuwahl nicht rechtzeitig vor Ablauf der Amtszeit der oder des Datenschutzbeauftragten zustande gekommen ist. Das Amt der oder des Datenschutzbeauftragten kann in Schles-

wig-Holstein also gar nicht unbesetzt bleiben. Die Anhörung hat überdies bestätigt, dass die Pflicht zur entsprechend fristgerechten Einleitung dieser Wahl ohnehin besteht.

Auch die im ersten Punkt des Gesetzentwurfs geforderte geheime Wahl ist über § 35 Absatz 1 Satz 1 Landesdatenschutzgesetz und über § 63 der Geschäftsordnung des Landtags in Verbindung mit Artikel 16 der Verfassung bereits jetzt ausreichend sichergestellt.

Besonders schwerwiegend allerdings sind die Bedenken in systematischer und praktikabler Hinsicht, soweit die Piratenfraktion Vorschläge für ein besseres Verfahren gemacht hat. Wie Professor Krause in der Anhörung im Ausschuss zu Recht dargestellt hat, würde das Anhörungsverfahren bereits weit im Vorgriff zum Ende der Amtszeit beginnen müssen, um rechtzeitig durchgeführt zu sein. Dies umso mehr, schlug man zusätzlich die von den PIRATEN vorgeschlagenen Fristen für die Neuwahl on top.

Nicht weniger unklar blieb im Vorschlag der PIRATEN und in den weiteren Beratungen im Ausschuss, in welchem Verhältnis das Vorschlagsrecht der Fraktionen im Verhältnis zu der Ausschussanhörung gegeben sein und wie die praktische Durchführung erfolgen soll, wenn eine Vielzahl von Bewerbungen eingeht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Peters, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Breyer?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Lieber Burkhard Peters, trifft es zu, dass die geheime Wahl schon heute so im Gesetz steht und von uns deswegen die Doppelung gestrichen wurde, bevor wir den Gesetzentwurf zur Abstimmung gestellt haben? Kann das sein?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das kann sein. Okay, dann hat sich dieser Punkt erledigt. Vielen Dank für den Hinweis.

(Burkhard Peters)

Anders als bei der Besetzung der Obergerichte ist keine Vorfilterung durch das Ministerium möglich, die den Anzuhörendenkreis handhabbar einschränkt. Andere Stellen sind dafür denkbar ungeeignet.

Der Vorschlag der PIRATEN widerspricht zu allem auch systematisch der bisherigen verfassungsrechtlichen Zuschneidung und Ausgestaltung des Amtes. Der oder die Datenschutzbeauftragte hat eine politische Aufgabe zu bewältigen, indem er datenschutzpolitisch seine Expertise in die Waagschale legen muss, die Daten der Bürgerinnen und Bürger wirksam zu schützen. Die Tätigkeit geht schon lange über eine nachvollziehende Kontrolle ordnungsgemäßer Datenverarbeitung hinaus.

Dieser Aspekt widerspricht der von den PIRATEN intendierten Bestenauslese, die bei einem **Besetzungsverfahren** für Beamtinnen- und Beamten- sowie Richterinnen- und Richterstellen natürlich Sinn ergibt. Der oder die **Datenschutzbeauftragte** hat gleichzeitig jedoch kein politisches Mandat im Sinne eines politischen Wahlamts inne. Dahin gehend soll das Amt nach unserer Vorstellung auch nicht umgestaltet werden. Der Vorschlag der Piratenfraktion geht aber in diese Richtung, dass sich die Kandidatinnen und Kandidaten in öffentlicher Anhörung quasi bewerben müssen.

Zum jetzigen Zeitpunkt bleiben zu viele Fragen zum Wie des Verfahrens offen. Daher lehnt die Küstenkoalition den Gesetzentwurf der Piratenfraktion heute ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag der PIRATEN zur **Änderung des Datenschutzgesetzes** basiert aus unserer Sicht auf grundsätzlichen Denkfehlern, denn in der Begründung unterstellen die Kollegen Dr. Breyer und Schmidt zum einen, dass das bisherige **Auswahlverfahren** dazu geführt habe, dass der oder die **Datenschutzbeauftragte** des Landes zu wenig öffentlichen Rückhalt habe. Im Hinblick auf das profilierte Wirken von Herrn Dr. Weichert möchte ich diese Schlussfolgerung grundsätzlich bezweifeln.

Zum anderen gehen die PIRATEN davon aus, dass die von ihnen geforderte Änderung des Verfahrens erst der besonderen Stellung und Unabhängigkeit des Amtes gerecht werde.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Das bedeutet schlicht: Nach Ihrer Auffassung gibt es offenbar jetzt grundlegende Legitimationsdefizite des Datenschutzbeauftragten, weil schon die Art und Weise seiner Wahl defizitär wäre. Auch das, Herr Kollege Dr. Breyer, bezweifle ich.

Aber ich gestehe Ihnen insgesamt zu: Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, was der Datenschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein genau tun soll und welche Stellung er deshalb im gesamten politischen Gefüge einzunehmen hat. Die PIRATEN sehen den Datenschutzbeauftragten offenbar als eine Art Volkstribun für Datenschutz, so wie es Professor Joachim Krause in seiner Stellungnahme beschrieben hat; denn mit der öffentlichen Ausschreibung sowie der öffentlichen Anhörung wäre automatisch eine höhere Erwartungshaltung an die Durchsetzungskraft des Datenschutzbeauftragten geknüpft, die derzeit aus gutem Grund gesetzlich in dieser Form nicht vorgesehen sei.

Würden wir den Piratenentwurf also heute beschließen, bekämen wir im Ergebnis - so verstehe ich Professor Krauses Einwand - eine legitimatorische Schiefelage, die die bisher klar geregelten politischen Verantwortlichkeiten unklarer werden lässt. Dieser Einwand Krauses ist so grundlegender Natur, dass sich der Gesetzentwurf der PIRATEN damit bereits von selbst erledigt haben müsste.

Hinzu kommen einige etwas weniger gewichtige, jedoch ebenfalls nennenswerte Punkte, die Professor Becker in seiner Stellungnahme ausgeführt hat. Dies betrifft einerseits die Gefahr, dass eine öffentliche Anhörung auch zur Überprofilierung der betreffenden Kandidaten einlädt. Wer aus der Menge der Bewerber herausragen will, muss in besonderer Weise auf sich aufmerksam machen. Für die Abgeordneten, die aus diesen Bewerbern dann wählen müssen, wird diese Wahl insofern schwieriger, als sie zwischen den besonderen Fähigkeiten dieser Bewerber einerseits - der Kollege Eichstädt hat darauf hingewiesen - sowie der besonderen Fähigkeit dieser Bewerber andererseits, diese besonderen Fähigkeiten öffentlich darzustellen, unterscheiden müssen. Das bedeutet: Wir stünden mit dem Piratenvorschlag in der Gefahr, eher den besseren Datenschutzbeauftragten-Darsteller zu wählen als den besseren Bewerber.

(Wolfgang Kubicki)

Der letzte Punkt wäre mit einer kleinen redaktionellen Änderung geheilt, deshalb will ich ihn nicht zu hochhängen: Eine Vorauswahl der Bewerber, wie es der Gesetzentwurf in seiner Neufassung von § 35 Absatz 2 vorsieht, ist nicht gestattet, wenn nicht klar ist, auf welcher Grundlage diese Vorauswahl getroffen werden soll, das heißt: entweder alle oder keiner. Ein faires Verfahren, wie es die Antragsteller fordern, wäre dann nur bei einer entsprechenden Gleichbehandlung möglich. Diese Gleichbehandlung, Kollege Dr. Breyer, würde unterlaufen, wenn eine einzelne oder mehrere Personen Bewerber vor der Anhörung aussieben dürften, ohne dass es handfeste Kriterien für diese Auswahl gäbe.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Hat sich erledigt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es hat sich erledigt?

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ja!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss - das ist der nächste Tagesordnungspunkt ohne Aussprache - noch kurz auf die Frage „Lex Weichert - ja oder nein?“ eingehen. Es ist ja eine **Lex Weichert**, weil wir ihm die Möglichkeit eröffnen zu kandidieren, was er nicht könnte, wenn das Gesetz nicht geändert würde. Insofern ist es eine Lex Weichert.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Ich will das gar nicht weiter kommentieren, weil - das wissen Sie auch - ich die Arbeit von Herrn Weichert wirklich positiv schätze. Aber in der Anhörung dazu hat natürlich auch eine - wie ich finde - bemerkenswerte Persönlichkeit, Herr Professor Bull, dazu eine Erklärung abgegeben, die wir auch dem Plenum, dem Hohen Haus hier nicht vorenthalten dürfen; denn es gibt gute Gründe dafür, die Amtszeit zu beschränken. Herr Professor Bull hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass bei einer Verlängerung der Amtszeit die Gefahr einer Betriebsblindheit drohen könne. Mit anderen

Worten: Die Aufhebung der Beschränkung der **Wiederwahl des Datenschutzbeauftragten** schade nach seiner Ansicht dem Datenschutz in Schleswig-Holstein eher, als dass sie nütze.

Außerdem hat Herr Bull darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Aufhebung der **Begrenzung der Amtszeit** als Stärkung der inneren Abhängigkeit auswirke. Diese Stärkung der Abhängigkeit des Datenschutzbeauftragten können und dürfen wir nicht wollen. Es gab gute Gründe, die Begrenzung einzuführen. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass diese Begrenzung einen Sinn hat, auch wenn ich - wie gesagt - die Arbeit von Herrn Weichert in der Vergangenheit durchaus schätze. Wir dürfen nicht, weil uns die Person gefällt, grundlegende Fragen dieser Regelung im Datenschutzbereich ohne richtigen und notwendigen Grund ändern.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja, gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Peter Eichstädt [SPD]: Herr Kollege Kubicki, wie wir alle habe ich natürlich auch die von Ihnen zitierte Stellungnahme von Herrn Bull gelesen. Sie ist wirklich sehr umfangreich. Nur gerade zu dem Argument der Betriebsblindheit frage ich Sie: Würden Sie mir nicht zustimmen, dass das für alle Beauftragten und eigentlich für fast alle Amtsinhaber bis hin zu Abgeordneten gilt? Das kann doch kein wirkliches Argument sein, jetzt ausgerechnet beim Datenschutzbeauftragten zu sagen: Hier schützen wir uns vor Betriebsblindheit. - Diese Gefahr besteht in allen Bereichen. Wenn Sie das jetzt als Lex Weichert bezeichnen - ich nehme das einmal auf, obwohl ich den Begriff falsch finde -, dann würde es bedeuten, dass Sie in diesem Fall einen besonderen Schutz vor Betriebsblindheit für erforderlich halten, den ich bei Herrn Weichert überhaupt nicht erkennen kann.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Da es uns bei Gesetzgebungsvorhaben nicht um Einzelpersonen gehen darf, äußere ich mich zu diesem Fall überhaupt nicht. Aber es gibt einen guten Grund für die Regelung in diesem Bereich, weil die technische Entwicklung und die Möglichkeiten exorbitant wachsen. Ich kann Ihnen sicher sagen, Herr Kollege Eichstädt, auch wenn ich Sie in dem Bereich für fähiger halte als mich, dass das wachsende Alter auch dazu führt, mit den Herausforderungen nicht mehr Schritt halten zu können. Das unterstelle ich Herrn Weichert nicht, aber jedenfalls ist die Gefahr regelmäßig gegeben.

(Serpil Midyatli [SPD]: Aha!)

- Nicht „Aha“, Frau Kollegin Midyatli. Ich bin sicher, dass Ihre Tochter mit Ihrem iPhone wahrscheinlich besser umgehen kann als Sie - jedenfalls ist das bei mir der Fall -,

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich habe zwei Jungs!)

- dass Ihre Söhne mit Ihrem iPhone bereits besser umgehen können als Sie. Weil die technische Entwicklung so ist und der rechtliche Rahmen daran angepasst werden muss - das kann ich Ihnen aus vielfältigen Diskussionen im Bereich Social Media sagen -, macht es Sinn, die Besetzung solcher Stellen zeitlich zu begrenzen - auch aus meiner Sicht.

Herr Kollege Eichstädt, ich sage Ihnen bei aller Liebe voraus: Es wird kein faires Auswahlverfahren geben. Wir werden erleben, dass Sie Herrn Weichert wählen werden. Machen Sie keinen Bohei darum! Sagen Sie, Sie wollen das! Das akzeptiere ich ausdrücklich.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Aber tun Sie nicht so, als sei das hier ein offenes Verfahren! Wir werden erleben, dass Sie Herrn Weichert vorschlagen und dass Sie ihn wählen wollen. Das finde ich schade, gerade bei einem solchen Punkt. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Wenn ich mir die Rede von dem Kollegen Bernstein an-

höre, muss ich dem Kollegen Eichstädt sagen: Herr Eichstädt, Sie schaffen hier Koalitionen, die es natürlicherweise so nicht geben würde - wieder einmal. Das finde ich erschreckend.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Was ist daran denn erschreckend? - Lars Harms [SSW]: Wenn sich 63 von 69 einig sind, ist das nicht erschreckend! - Weitere Zurufe)

- Herr Harms, ich habe Ihnen schon letztes Mal gesagt, dass ich bei diesem Fall - beim Thema **Landesbeauftragter für den Datenschutz** - besonders betroffen bin. Ich habe das schon in meiner letzten Rede zu dem auf diesen Tagesordnungspunkt folgenden Tagesordnungspunkt dargelegt. Ich habe früher für das Unabhängige Landeszentrum für den Datenschutz gearbeitet.

Wer Thilo Weichert kennt, weiß, dass Thilo Weichert seinen Job lebt. Der Mann lebt für den Datenschutz. Er ist quasi von dieser Rolle kaum zu trennen. Insofern kann ich es nachvollziehen, wenn sich Thilo Weichert mit allen Möglichkeiten, die ihm zu Gebote stehen, und auch der Möglichkeit, hart zu lobbyieren, dafür einsetzt, dass er diesen Job behalten kann. Ich finde es nachvollziehbar und mache Thilo Weichert an dieser Stelle keinen Vorwurf. Es ist nur menschlich, dass er diesen Job, für den er lebt, weitermachen möchte.

(Beifall PIRATEN)

Einen Vorwurf mache ich aber der Koalition, dass sie Herrn Weichert nicht gesagt hat, wie das Gesetz aussieht, dass wir zwei Amtsperioden für den Landesbeauftragten für den Datenschutz haben und dass dann Ende ist.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das weiß er doch!)

Ich finde es wirklich schade, dass Sie diese **Lex Weichert** mit der Abstimmung zum nächsten Tagesordnungspunkt schaffen. Das ist echt enttäuschend. Deshalb haben wir PIRATEN den Gesetzentwurf, über den wir gerade reden, eingebracht.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir haben ein paar ganz neue Vorschläge gemacht, die total neu und piratig sind und die wir hier noch nie gesehen haben: Wir wollen eine Ausschreibung machen. Wir haben gerade darüber gesprochen. Wir wollen gern, dass sich jeder, der qualifiziert ist, auf diesen Posten bewerben kann.

(Beifall PIRATEN - Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage?

Uli König [PIRATEN]:

Nein, Herr Dolgner, jetzt nicht, danke.

(Serpil Midyatli [SPD]: Die kann er ja nicht beantworten!)

Wir wollen gern eine Ausschreibung, und wir wollen, dass diese **Ausschreibung** öffentlich ist, dass jeder es mitbekommt und jeder mitmachen kann. Wir wollen auch eine **Anhörung**. Herr Eichstädt, Sie haben das falsch verstanden: Diese Anhörung kann mit einigen der Kandidaten öffentlich sein, sie muss es aber nicht. Das heißt, nicht jeder Bewerber muss sich automatisch beschädigen, wenn er sich um diesen Posten bewirbt. Er kann auch in seine Bewerbung hineinschreiben: Ich möchte gern, dass meine Bewerbung vertraulich gehandhabt wird. Dann kann der Ausschuss diesen Bewerber in nicht öffentlicher Sitzung vertraulich anhören, und dieser beschädigt sich nicht selbst. Das steht in unserem Gesetzentwurf so drin. Wir möchten gern eine **Besetzungswahl** haben. Wenn dieses Amt ein politisches ist - und ich bin durchaus davon überzeugt, dass es sowohl ein fachliches als auch ein politisches Amt ist -, dann kann man doch auch den besten Bewerber für ein politisches Amt auswählen.

(Beifall PIRATEN)

Genau mit dem Ziel sind wir 69 Abgeordnete 2012 zur Wahl angetreten, damit die aus unserer Sicht besten Leute gewählt werden. Da gibt es nun unterschiedliche Ansichten.

(Zuruf Kai Vogel [SPD])

- Nein, Herr Vogel, ich würde niemandem in diesem Hohen Hause unterstellen, dass er nicht wirklich einer der für diesen Job am besten Geeigneten ist.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Jeder kann auf seine Art doch irgendetwas sehr gut. - Außerdem steht in unserem Gesetzentwurf drin, dass die Fraktionen auch weiterhin Vorschläge machen können. Das ist diesen unbenommen.

Meine Damen und Herren, die SPD setzt sich dafür ein, dass Leute den sozialen Aufstieg schaffen sollen. Chancengleichheit, egal ob sie aus dem Bildungsbürgertum oder aus einem Arbeiterhaushalt kommen. Es soll unabhängig von persönlichen Beziehungen sein. Was machen Sie? Sie suchen jetzt

jemanden aus, der einfach die besten Beziehungen hat, und wählen ihn zum Landesbeauftragten für den Datenschutz. Das finde ich sehr komisch.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Bei den Grünen sieht es ähnlich aus. Die setzen sich auch für Gleichheit, Antidiskriminierung und so weiter ein. Jetzt wählen sie einfach ihren Parteigenossen. Das ist sehr eigenartig.

Datenschutz ist eng mit der IT verwoben. Der Kollege Kubicki hat es gerade ausgeführt: Alle 18 Monate verdoppeln sich die Leistung und die Speicherkapazität der Computer, die man jetzt neu kaufen kann. Um da mithalten zu können, ist es eine gute Idee, nach zwei Runden einen neuen Datenschutzbeauftragten zu wählen. Das hat Herr Bull schon 1988 gesagt, das hat er jetzt in der Anhörung gesagt.

Wir sollten dabei bleiben. Es ist gut, frische Ideen in das Amt einzubringen - so, wie Herr Weichert es damals gemacht hat. Und er hat den Datenschutz durchaus aufgemischt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es ist auch tierisch problematisch, wenn sich der Datenschutzbeauftragte regelmäßig lieb Kind bei dem Landtag machen muss, damit er wiedergewählt wird. Dann ist er nämlich nicht neutral. Ich würde das mit unserem Gesetzentwurf gern verhindern.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Öffentliche Ämter müssen auch öffentlich nachvollziehbar besetzt werden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Schluss.

Uli König [PIRATEN]:

Ich komme zum Schluss. Wenn das nicht der Fall ist, dann haben wir eine Problematik mit der Legitimität. Wir müssen diese Legitimität auf das maximale Niveau setzen, das irgendwie möglich ist. Setzen Sie deswegen dieselben Standards wie für eine Richterwahl auch für die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz an! Stimmen Sie unserem Vorschlag zu, und streichen Sie bitte nicht die Wiederwahlsperrung! - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch den Herrn Kollegen König haben wir jetzt drei Dinge gelernt. Erstens. Wenn sich 63 von 69 Abgeordneten einig sind, dann ist das schockierend. Okay, das nehme ich einmal zur Kenntnis. Ich finde es eigentlich sehr beruhigend.

Das Zweite, das wir gerade kennengelernt haben, ist, dass im **Bewerbungsverfahren** nicht alle Bewerber gleich, sondern durchaus ungleich behandelt werden können. Die einen werden in geheimer, die anderen in öffentlicher Ausschusssitzung angehört. Das kannte ich in diesem Land bisher auch noch nicht, und das ist auch nicht unbedingt mit den Gesetzen dieses Landes vereinbar. Das finde ich auch schockierend.

Das Krönung des Ganzen ist, dass er tatsächlich darüber überrascht ist, dass die Grünen, wenn ein grüner Kandidat aufgestellt wird, ihn möglicherweise wählen. Also ich habe das bisher immer so verstanden, dass ihr das dann auch tut. Ich würde mich auch wundern, wenn ihr einen PIRATEN wählen wolltet. Die Rede hat auch nicht dazu beigetragen, dass die Chancen eines PIRATEN hier steigen würden.

Meine Damen und Herren, welche Stellung hat eigentlich ein **Datenschutzbeauftragter**, und nach welchen Kriterien soll er gewählt werden? Hier scheint es durchaus unterschiedliche Sichtweisen zu geben. Das war in der Vergangenheit nicht so, sondern wir waren uns im Parlament eigentlich immer einig darüber, welche Kriterien wir zugrunde legen.

Erstens. Niemand, der hierfür infrage kommt und sich um diese Position bewirbt, soll öffentlich beschädigt werden, wenn er oder sie es nicht wird. Zweitens. Es sollte nach Möglichkeit eine Einigung zwischen den Fraktionen erreicht werden, wenn es um eine solche Position geht.

Genau diesen beiden Ansinnen trägt der derzeitige gesetzliche Regelungsbestand, der durch die PIRATEN infrage gestellt wird, auch Rechnung. Alle Fraktionen können derzeit Vorschläge einreichen. Es ist üblich zu versuchen, sich im Vorwege auf einen Bewerber oder eine Bewerberin zu einigen. Das gilt nicht nur im vorliegenden Fall des Datenschutzbeauftragten, sondern auch in Bezug auf alle anderen **Beauftragten** des Landes. Das glückt nicht

immer - auch das ist wahr -, weil letztendlich eine einfache Mehrheit ausreichend ist.

Aber, meine Damen und Herren, in den weit überwiegenden Fällen hat sich diese Vorgehensweise bewährt. Die Fraktionen im Landtag sind in der Vergangenheit mit diesem **Wahlen** auch sehr verantwortungsbewusst umgegangen. Dies hat dazu geführt, dass hier sehr genau austariert wurde, welche Beauftragten gewählt wurden. Durch den Einigungszwang - wenn man ihn denn so nennen will - hat man erreicht, dass die Positionen auch in der Vergangenheit nicht einseitig besetzt wurden. Dies war im Übrigen auch eine Lehre aus der Barschel-Affäre.

In dem Moment, in dem ein Ausschuss, der ja spiegelbildlich zum Landtag besetzt werden müsste, die Vorauswahl trifft, liegt die Entscheidung im Prinzip ausschließlich in den Händen der jeweils Regierenden. Weiter führt die Tatsache, dass die Anhörungen der Bewerber öffentlich sein sollen - wie es die PIRATEN vorschlagen -, dazu, dass sicherlich jede Fraktion Bewerber ins Rennen schicken wird. Keine Fraktion könnte es sich dann mehr leisten, auf einen Bewerber zu verzichten. Deshalb würde es in diesem Verfahren zu wesentlich konfliktreicheren Auseinandersetzungen kommen, als wir es bisher gewohnt waren. Am Ende setzt sich im Regelfall die jeweilige Mehrheit mit ihrem Bewerber durch.

Nun könnte ich natürlich sagen, dass es durchaus positiv ist, dass die PIRATEN so viel Vertrauen in die Regierungsmehrheit setzen

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

und uns mit ihrem Vorschlag noch mehr Möglichkeiten an die Hand geben wollen. Mein Demokratieverständnis ist aber ein anderes. Die Beauftragten des Landes sind die Beauftragten des gesamten Landtags, und deshalb ist es richtig, dass wir im Vorwege versuchen, eine **Einigung** über die Kandidaten hinzubekommen.

(Lachen Christopher Vogt [FDP])

Noch einmal: Im Regelfall klappt dies. Wir haben hier auch immer Beauftragte gehabt, die aufgrund ihrer Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung ausgewählt worden sind. Eine parteipolitische Ausrichtung hat eben nicht stattgefunden,

(Volker Dornquast [CDU]: Der war gut!)

wird aber durch die Regelung, die die PIRATEN vorschlagen, immer wahrscheinlicher. Genau das wollen wir nicht.

(Lars Harms)

Es kommt ein zweiter Punkt hinzu: Die Kandidaten, die nach einer öffentlichen Bewerbungsphase nicht Beauftragte werden, gehen mit einem Makel aus dem Rennen. Hier gibt es einen entscheidenden Unterschied zum Richterwahlverfahren. Die Position eines Richters ist keine Position, die in der Öffentlichkeit Politikberatung oder gegebenenfalls Politikkontrolle macht. Deshalb kann man Richter nach einer öffentlichen Ausschreibung wählen wie andere öffentliche Bedienstete auch. Beauftragte sind aber eine Institution, die Politik berät und kontrolliert. In dem Moment, in dem ein Kandidat durchgefallen ist, wird er oder sie es schwer haben, sich bei anderen Verfahren durchsetzen zu können. Außerdem wird der Kandidat, der sich in aller Öffentlichkeit durchsetzt, im Zweifel immer den Makel haben, mit einer bestimmten politischen Mehrheit im Ausschuss durchgesetzt worden zu sein. Somit wäre ein solcher Beauftragter immer ein wesentlich stärker an Parteien, Fraktionen und Mehrheiten gebundener Kandidat. Genau das wollen wir nicht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Lieber Herr Kollege Lars Harms, Sie versuchen gerade, hier zu erklären, warum das, was bei Richterinnen und Richtern richtig und wichtig ist, nicht bei Ämtern funktionieren soll, bei denen es um Beratung und Kontrolle von Politik geht. Wie würden Sie dann differenzieren zu dem Amt des Präsidenten des Landesrechnungshofs, das zum Beispiel in Brandenburg, aber auch in anderen Bundesländern öffentlich ausgeschrieben wird? Er hat doch sicherlich auch die Rolle, Politik zu beraten und zu kontrollieren. Warum soll das bei dem Amt richtig sein und beim Datenschutzbeauftragten nicht?

- Das Verständnis, das die Kolleginnen und Kollegen in Sachsen, Brandenburg und anderen Bundesländern haben, mag deren Verständnis sein. Unser Verständnis ist ein anderes. Deswegen haben wir auch ein anderes **Wahlverfahren** als in diesen Bundesländern, was den Präsidenten des Landesrechnungshofs angeht.

Damit Sie es verstehen, sage ich es noch einmal - das ist ganz wichtig -: Es geht hier nicht darum,

dass eine einfache Mehrheit ihre Kandidaten in einem Ausschuss in einem normalen Verfahren durchdrückt. Das würde man dann immer mit den jeweils wechselnden Mehrheiten machen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Genau das ist die Folge!)

Das würde man immer machen vor dem Hintergrund, dass die Öffentlichkeit draufschaut und man sich durchsetzen muss. So ist das Leben nun einmal. Das führt automatisch dazu, dass die andere Seite des Parlaments, die Opposition, bei diesem Verfahren immer außen vor ist. Das ist das große Problem.

Sie werden nie einen Kandidaten durchsetzen können. Sehen Sie sich die Beauftragten an, die in der Vergangenheit gewählt worden sind - bei all den Problemen, die wir haben, bei denen ich durchaus auch immer gesagt habe, dass es möglich ist, dass wir uns nicht einigen können. In den weit überwiegenden Fällen haben wir uns in der Vergangenheit geeinigt. Das führte oft dazu, dass Kandidaten aus Parteien ein Amt ausgeübt haben, während es im Parlament eine andere politische Mehrheit gab.

Herr Weichert ist ein Kandidat, der genau das erlebt hat, nämlich dass die Grünen nicht mitregiert haben und er uns trotzdem alle kontrolliert hat. Alle haben in einem Wahlverfahren Kandidaten auf ihre fachliche Qualifikation und auf ihre Fähigkeiten hin gewählt und eben nicht aufgrund von parteipolitischen Abhängigkeiten. Ihr Verfahren führt dazu, dass die Parteipolitik eine wesentlich größere Rolle spielt. Das wollen wir nicht.

Oberflächlich gesehen hört sich all das, was Sie sagen, recht nett an. Das, was Sie sagen, ist aber oberflächlich. Es ist oberflächlich schön, wie Sie sich das vorstellen. In der Konsequenz ist das aber genau das Gegenteil von dem, was Sie eigentlich erreichen wollen. Sie politisieren das Amt noch mehr. Sie parteipolitisieren das Amt. Das ist genau das, was wir nicht wollen. Wir haben uns in der Vergangenheit immer vernünftig über solche Positionen unterhalten können. Im Regelfall haben wir es auch geschafft, gemeinsam vernünftige Kandidaten aufzustellen und über sie zu beschließen.

Zu der ganzen Geschichte darum, wie man das handhaben soll: Sie sehen, dass wir hier eine breite Mehrheit haben. Eigentlich wäre es aus der Erkenntnis der Beratung heraus das Klügste, dass Sie den Mut haben, Ihren Vorschlag zurückzuziehen und sich unserem Vorschlag anzuschließen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Es macht mich sehr betroffen, dass Sie in einer öffentlichen Ausschreibung und Anhörung eine Politisierung des Verfahrens und eine Aufwertung der Rolle der Parteipolitik sehen. Würden Sie diese Behauptung auch für das Verfahren der Richterwahl aufrechterhalten, bei dem eine solche öffentliche Ausschreibung und Anhörung erfolgt? - Das hoffe ich doch nicht.

- Lieber Kollege Breyer, das ist das Problem. Sie sitzen dort und hören mir nicht zu. Ich habe Ihnen gerade eben den Unterschied zur Richterwahl erklärt. Richter sind keine Menschen, die in irgendeiner Art und Weise Politikberatung machen. Das sind auch keine Menschen, die in irgendeiner Art und Weise Politikkontrolle machen. Vielmehr haben sie als dritte Gewalt in diesem Staat eine völlig andere Aufgabe. Sie sind natürlich in einem öffentlichen Verfahren zu wählen, genauso wie andere öffentlich Bedienstete auch. Das ist völlig klar. Wenn Sie in das Grundgesetz sehen, dann wissen Sie, warum das so ist. Dort ist das entsprechend geregelt.

Hier reden wir aber über politische Stellen, die uns als Politiker insgesamt kontrollieren und beraten sollen. Daher geht das nicht in einem solchen öffentlichen Verfahren. Hier muss man versuchen, eine breite Einigung hinzubekommen. In dem Moment, wo man ein öffentliches Verfahren hat, das parteipolitisch orientiert ist, geschieht im Prinzip das Gleiche wie bei einer Landtagswahl. Dort wird politisiert. Dort stellt man sich als Kandidat auf, und am Ende kommt ein Ergebnis heraus. Das ist alles schön und gut bei einer demokratischen Wahl.

Wenn wir aber jemanden suchen, der alle vertreten soll, also nicht sektorale Interessen einzelner Parteien und einer einzelnen gesellschaftspolitischen Richtung, dann muss man einen Einigungszwang vorschalten. Man muss versuchen, in einem gemeinsamen Verfahren einen gemeinsamen Kandidaten auszusuchen. Dafür will ich werben, und dafür haben auch die anderen Kolleginnen und Kollegen vorher geworben. Wir sollten darauf achten,

einen gemeinsamen Kandidaten zu wählen. Das ist keine parteipolitische Mausechlei, sondern es geht darum, den besten Kandidaten zu finden und zu wählen, der auch bei wechselnden Mehrheiten weiterhin sein Amt ausüben kann.

Das ist der entscheidende Punkt, und hier unterscheiden wir uns möglicherweise in der Sichtweise, das mag sein. Für uns ist es aber unabdingbar, dass wir uns entsprechend einigen können. In dem Moment, wo man solche formalen und öffentlichen Verfahren hat, können wir uns nicht mehr einigen. Dann wird jeder sein Gesicht verlieren, dann werden Mehrheiten Dinge durchdrücken, die in der Vergangenheit so nicht durchgedrückt worden sind, und das wollen wir nicht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb fasse ich in den letzten zehn Sekunden noch einmal zusammen: Wir wollen, dass sich die Fraktionen nach Möglichkeit im Vorwege über Kandidaten einigen können. Das können sie nach dem Vorschlag der PIRATEN nicht. Wir wollen, dass keine Kandidaten beschädigt werden. Das werden sie aber nach dem Vorschlag der PIRATEN. Wir wollen keine Parteibindung für den Beauftragten. Genau das lässt sich aber nach dem Vorschlag der PIRATEN nicht mehr umgehen. Daher werden wir diesen Vorschlag ablehnen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Kai Dolgner von der SPD-Fraktion das Wort. - Er verzichtet, das ist hilfreich für die Debatte, denn wir können diesen Tagesordnungspunkt dann abschließen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1472 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf bei Enthaltung der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der Piratenfraktion mit Zustimmung aller anderen Fraktionen abgelehnt, wie es der Ausschuss empfohlen hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Informationen

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1558 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/1984

Die neben mir sitzende Vorsitzende und die stellvertretende Vorsitzende haben auf die Vorlage verwiesen. Ich danke für die Berichterstattung. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1558 (neu) unverändert anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW so angenommen.

Ich bitte die noch anwesenden Teilnehmer des Empfangs der hochrangigen Wirtschaftsdelegation aus den USA, sich im Haus B einzufinden. Wir finden uns um 15 Uhr zur Fortsetzung der Beratungen ein. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:06 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, begrüßen Sie bitte mit mir Schülerinnen und Schüler der Jürgen-Fuhlendorf-Schule aus Bad Bramstedt. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 und 12 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und der Gemeindeordnung (GO)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1136

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/1977

b) Tourismusstrategie für Schleswig-Holstein: In zehn Jahren unter die Top 3 in Deutschland

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/1868

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2034

Ich erteile zunächst das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeister.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich verweise an dieser Stelle auf die Vorlage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich danke der Frau Berichterstatterin für ihren umfangreichen Bericht. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Dann kommen wir jetzt zur Aussprache, die ich hiermit eröffne.

Das Wort hat für die Landesregierung zunächst der Herr Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern hat die Landesregierung im Kabinett die Tourismusstrategie für Schleswig-Holstein verabschiedet. Die Zauberformel unserer Strategie bis 2025 lautet 30/30/3: 30 Millionen gewerbliche Übernachtungen - zurzeit haben wir 24,5 Millionen -, 30 % Zuwachs von touristischem Bruttoumsatz, und wir wollen bis zum Jahr 2025 unter die ersten drei Bundesländer mit der höchsten Gästezufriedenheit kommen.

Das sind ambitionierte Ziele, und diese erreichen wir nur, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen, um den Tourismus, der so wichtig für Schleswig-Holstein ist, voranzubringen und zukunftsfest zu machen.

Ich freue mich auch über die guten Anträge, über die wir im Ausschuss sicherlich noch entsprechend diskutieren werden.

Wir haben bei der **Tourismusstrategie** einen umfassenden und sorgfältig vorbereiteten **Beteiligungsprozess** gestartet, um alle Akteure einzubinden und gemeinsam Ideen zu entwickeln. In diesem Prozess haben wir zentrale Zielgruppen herausgearbeitet, die wir mit unserer Strategie besser und

(Minister Reinhard Meyer)

nachhaltiger erreichen wollen; denn all unsere Anstrengungen sollen darauf abzielen, den Wirtschaftsfaktor Tourismus langfristig zu stärken, die Wettbewerbsposition Schleswig-Holsteins nachhaltig zu verbessern und künftig mit einer starken Dachmarke wiedererkennbar, einzigartig und passend zu unserem schönen Land Schleswig-Holstein, dem echten Norden, präsent zu sein.

Wir wollen uns fokussieren auf die Zielgruppen Naturliebhaber, Familien mit Kindern, Entschleuniger, die sogenannten Neugierigen und Städtereisende. Bei unseren Themen, um die wir die Zielgruppen ergänzt haben, wollen wir verstärkt auch das Thema „Natur“ in den Blick nehmen, das Thema „Familie und Strandurlaub“, das Thema „Segeln und Radfahren“, das Thema „Städtereisen in Verbindung mit Kultur“ und vor allem das Thema „Gesund Urlaub machen in Schleswig-Holstein“. Hier steckt unser größtes Potenzial, das wir weiter ausbauen und stärken wollen. Wir wollen auch gezielt mehr im Ausland werben.

Dreh- und Angelpunkt der Tourismusstrategie ist aber das Thema Qualität. Nur mit hoher Qualität, die unsere Gäste erwarten dürfen und von uns erwarten sollten, werden wir überzeugen können. Nur mit hoher Qualität machen wir aus Tagesgästen Sommerurlauber, Dauerurlauber und aus Zufallsgästen Dauerkunden. Und nur mit **hoher Qualität** wird es uns gelingen, eine Ganzjahresdestination Schleswig-Holstein zu werden. Deshalb wollen wir unsere Anstrengung verstärken, eine attraktive Ganzjahresdestination zu werden. Hierin steckt noch viel Potenzial. Unser Tourismus ist noch zu sehr saisonal geprägt, zu sehr von der Hauptsaison abhängig. Die Diskussion um die Sommerferienregelung zeigt das.

Wir werden die Werkzeuge zur Verfügung stellen, um die **Qualität**, die **Nachhaltigkeit** und die **Infrastruktur** im Tourismus weiter zu verbessern. Dazu gehören eine eng verzahnte Nutzung vorhandener Fördertöpfe in dem Sonderprogramm Tourismus, ein effektives Umsetzungsmanagement, die Etablierung unserer Dachmarke „Schleswig-Holstein - der echte Norden“ und ein neues Unternehmenskonzept für die TASH, das wir derzeit untersuchen lassen.

Träger des Tourismus in Schleswig-Holstein sind vor allem kleine und mittlere Betriebe. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass diese Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben. Hier helfen wir mit der Förderung von Modernisierungs- und Erweiterungsvorhaben bei der Neuansiedlung von Betrieben, aber auch bei nicht investiven Maßnahmen,

wenn ich über das Thema Fachkräfte, Servicequalität und unternehmerische Kompetenz rede.

Es gibt also einiges zu tun, meine Damen und Herren. Und mein Appell an Sie lautet: Lassen Sie uns dies gemeinsam tun; denn das Thema Tourismus ist wirklich geeignet, gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden die Strategie am 1. Juli 2014 vorstellen. Wenn wir über **Strategie** reden, ist es auch ganz wichtig, über das Thema **Tourismusfinanzierung** zu reden, insbesondere was die Kommunen in Schleswig-Holstein angeht. Dazu passt der Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes, der uns heute in zweiter Lesung vorliegt, und damit das Thema Tourismusabgabe.

Diese **Tourismusabgabe** gilt heute schon für Kur- und Erholungsorte als Fremdenverkehrsabgabe; aber wir wollen sie erweitern auf alle Orte in Schleswig-Holstein, die genügend Kraft und Funktion haben, ein Tourismusort in einer landschaftlich bevorzugten Lage mit bedeutenden kulturellen Einrichtungen und mit entsprechenden Angeboten für die Naherholung zu sein. Damit werden sie in die Lage versetzt, freiwillig vor Ort zu entscheiden, ob sie verschiedene Akteure für die Finanzierung der touristischen Aufgaben heranziehen.

Wir haben immer ausdrücklich gesagt: Dies ist eine Alternative für Städte wie Lübeck, Flensburg und Kiel, statt der Bettensteuer eine Tourismusabgabe zu erheben, die gerechter ist, weil sie bei den Einnahmen nur dem Tourismus wieder zugutekommt.

Das ist eine gute Lösung für die Betriebe ebenso wie für die Gemeinden, die vom Tourismus profitieren. Aber auch hier gilt: Dies ist nur ein Anfang; wir wollen mehr. Die Vision von Schleswig-Holstein als dem Land ohne Kurtaxe bleibt auch weiterhin als Ziel auf der Tagesordnung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Dr. Homp vom Touris-

(Regina Poersch)

musverband Schleswig-Holstein, die **Tourismusstrategie** ist von vielen Akteurinnen und Akteuren im Schleswig-Holstein-Tourismus über Monate erarbeitet worden. Ich finde, dafür haben wir Dank zu sagen. Mit unserem Antrag wollen wir diesem Ergebnis unsere politische Unterstützung geben.

(Beifall SPD und SSW)

Wir sollten - so finden wir - die **Tourismusziele** zu unseren machen. Wir sollten zusehen, was wir tun können, um gemeinsam diesen zentralen Wirtschaftszeit unseres Landes weiter zu stärken.

Fakt ist, dass mit dieser Landesregierung der Tourismus endlich wieder Fahrt aufnimmt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da lassen wir uns auch nicht das Ergebnis der Sommerferienregelung kleinreden. Klar ist: Mehr geht immer. Aber 84,6 Tage im Durchschnitt sind mehr als bisher, und das ist ein Erfolg des Ministerpräsidenten, des Wirtschaftsministers und der Bildungsministerin.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Gefahr, dass der Zeitraum - wie in diesem Jahr - auf 71 Tage reduziert wird, konnte abgewendet werden. Da wir wissen, dass jeder Ferientag in der Tourismuswirtschaft bis zu 120 Millionen € Umsatz bedeutet, ist es auch klar, warum wir um jeden Tag kämpfen. Das ist ein Erfolg - und nichts anderes. Ich finde, wir sollten daher beim Tourismus das kleine Karo beiseitelassen. Wir machen mit der Änderung des KAG aus der verstaubten Fremdenverkehrsabgabe eine moderne **Tourismusabgabe** mit der Möglichkeit, für mehr Orte als bisher touristische - das ist neu - und kulturelle Infrastrukturmaßnahmen sowie Tourismuswerbung von denen mittragen zu lassen, die davon profitieren. Zweckgebunden für den Tourismus ist diese Abgabemöglichkeit eine große Hilfe für die Tourismusorte in unserem Land. Nebenbei: Viele Kommunen kennen das längst.

Zu den **Zielen der Tourismusstrategie**: 30 Millionen Übernachtungen statt heute 24 Millionen. Das ist ambitioniert, aber machbar. Man muss aber auch sagen: Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir dringend mehr Übernachtungskapazitäten.

Top 3 in Sachen Gästezufriedenheit. Im Servicering ist Schleswig-Holstein leider nur Mittelfeld. Das ist leider eines der Ergebnisse des diesjährigen Sparkassen-Tourismus-Barometers. Leider sinkt die Beteiligung an der DTV-Klassifizierung. Gerade die ist es, die unseren Gästen schnell einen Überblick über Angebot und Preis-Leistungs-Verhältnis

geben kann. Wir müssen noch mehr Betriebe ermuntern, sich klassifizieren zu lassen.

30 % mehr Umsatz. Im Jahr 2012 waren es 6,9 Milliarden €. Wir brauchen Rahmenbedingungen, damit der Umsatz bis zum Jahr 2025 auf 9 Milliarden € ansteigen kann.

In unserem Antrag haben wir dazu die aus unserer Sicht wesentlichen Punkte aufgeschrieben. Wenn in der Ausschussberatung - und damit will ich den FDP-Antrag einflechten - weitere Punkte hinzukommen, dann tut das der Sache gut.

Auf ein paar Stichworte will ich jetzt dennoch eingehen: Erstens. **Gäste** wollen heutzutage **WLAN** haben - im Hotel auf jeden Fall, aber auch im Café, im Restaurant und selbst am Strand. Auch wenn wir unseren Gästen eigentlich sagen wollen: „Mach einmal langsam, entschleunige, schalte ab“, ist es doch so, dass der Trend zu WLAN geht. Strände und Hotels, die kein WLAN haben, sind der Ausschlussgrund für die Gäste, im nächsten Jahr wiederzukommen. Das muss man so feststellen.

Zweitens. Ob man Fachkräfte sucht oder um Kundinnen und Kunden wirbt: **Inklusion** und **Barrierefreiheit** werden die Topthemen der Zukunft sein.

Drittens. Unsere Gäste wollen einen **nachhaltigen Tourismus**. Wir werden nicht daran vorbeikommen, der Markt an uns leider schon: Ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit, klima- und ressourcenschonende Betriebe, Gastfreundlichkeit und Barrierefreiheit werden gefordert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser **Schleswig-Holstein-Tourismus** braucht **Schulterschlüsse**, natürlich politisch hier, aber auch unter den Akteurinnen und Akteuren. Schulterschluss bedeutet auch, dass Mittel im Marketing gebündelt werden. Wie oft haben hier schon wirklich alle Fraktionen gefordert, dass Kirchtürme überwunden werden müssen. Aber leider ist es immer noch so, dass mancher hier im Land sein eigenes Süppchen kocht. Ich finde, wir sollten hier auch einmal betonen, dass das Mitwirken, die Mitgliedschaft in einer lokalen Tourismusorganisation Grundvoraussetzung für weitere Förderungen sein muss. Schulterschlüsse braucht auch das Umsetzungsmanagement. Ich finde, da müssen sich alle daran beteiligen, damit - das ist mir zum Abschluss wichtig - die Tourismusstrategie nicht noch einmal verpufft. Das werden wir nicht noch einmal zulassen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe meine Rede ein wenig anders aufgebaut, und zwar so, wie die Tagesordnung es vorsieht. Ich gehe als Erstes auf die Gemeindeordnung und das Kommunalabgabengesetz ein.

Die CDU-Fraktion lehnt die Einführung einer **Tourismusabgabe** in dieser Form strikt ab. Bevor das Land die lokalen Anbieter und Leistungsträger mit einer Tourismusabgabe zur Kasse bittet, müssen sowohl das Land als auch die Städte und Gemeinden ihre eigene Kostenstruktur unter die Lupe nehmen. Die Tourismusabgabe bringt vielleicht auf der einen Seite mehr Geld für das Tourismusmarketing, aber auf der anderen Seite ist nicht gewährleistet, dass zum Beispiel Gemeinden ihre Aufwendungen wie bisher decken können.

Wir finden, Sie geben den Gemeinden einen Freifahrtschein, um tiefe Einblicke in die Bilanzen der Unternehmen zu nehmen, und belasten sie gleichzeitig mit kaum leistbarer Bürokratie.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **Abgrenzung** bleibt das große Problem, das Sie in zwei Konsultationsrunden mit den Verbänden ignoriert haben und das Sie mit Ihrer Durchstimmerei auch nicht wegstimmen können. Es bleibt völlig unklar, wie und von wem die Tourismusabgabe erhoben werden soll. Auch ist völlig unklar, wie der Ausfall der Kurtaxe durch die betroffenen Gemeinden kompensiert werden soll, wenn sich diese denn für die Tourismusabgabe entscheiden.

Nur ein Beispiel aus meinem Wahlkreis. Gemeinde Scharbeutz: 175.000 Tagesgäste zahlen 600.000 € Kurtaxe ein. 116.000 Übernachtungstouristen zahlen 1.060.000 € an Tourismus- beziehungsweise Fremdenverkehrsabgabe. Das heißt, diese 600.000 € müssen sie kompensieren. Das bedeutet eine Erhöhung der **Fremdenverkehrsabgabe** um 50 %, um diese Summe erwirtschaften zu können. Sie muss dann sicherlich in den Haushalt der Gemeinden fließen, denn die Kommunen sorgen dafür, dass dieser Strand nett, anschaulich und für Touristen attraktiv erscheint.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Hamerich, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Frau Poersch?

Hartmut Hamerich [CDU]:

Aber ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Regina Poersch [SPD]: Herr Kollege Hamerich, würden Sie mir bitte die Frage beantworten, welches Aufkommen der Kurtaxe durch die jetzt anstehende Änderung des Kommunalabgabengesetzes nach Ihren Worten kompensiert werden muss? Ist es nicht vielmehr so, dass wir ausschließlich das Instrument der Fremdenverkehrsabgabe verändern?

Hartmut Hamerich [CDU]:

Ich würde mich freuen, wenn in diesem Gesetzentwurf stünde, wie der Ausfall der Kurtaxe kompensiert wird, wer das dann bezahlt. Ich erinnere mich an die glorreichen Worte von Reinhard Meyer im Tivoli. Er hat wie Martin Luther King reagiert: I have a dream - Schleswig-Holstein ist das erste Land ohne Kurtaxe. - Da wollen wir alle gern hin.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Aber dann muss auch geregelt sein, wie der Ausfall der Kurtaxe durch die Fremdenverkehrsabgabe oder durch die Tourismusabgabe geregelt ist.

(Beifall CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie die Gemeinden mit dieser Entscheidung bitte nicht im Regen stehen. Bislang ist die Kurtaxe auch von Tagesgästen zu bezahlen. Klar war bislang lediglich, dass die Gemeinden die Tourismusabgabe durch eine Satzung erheben sollen. So sollen Unternehmen identifiziert und zur Abgabe herangezogen werden.

Darüber hinaus wird in den Kur- und Erholungsorten, in denen auch die **Fremdenverkehrsabgabe** erhoben wird, ein immenser **Verwaltungsaufwand** betrieben. Wollen Sie ernsthaft die Gemeinden entscheiden lassen, welche Unternehmen im Ort zur Tourismusabgabe herangezogen werden? Dieser wahnsinnige Verwaltungsaufwand wird zwangsläufig Gerichtsverfahren nach sich ziehen.

(Hartmut Hamerich)

Für die CDU muss angesichts knapper öffentlicher Kassen insbesondere zwischen der regionalen und der Landesebene eine eng abgestimmte Aufgabenverteilung und vor allem auf Landesebene eine Konzentration auf wesentliche Aufgaben herbeigeführt werden. Das leistet der Gesetzentwurf nicht.

Deshalb bleibt es für die CDU dabei: Die Tourismusabgabe ist und bleibt nicht praktikabel. Das Konzept ist unausgegoren und völlig praxisfremd. Sie machen den dritten Schritt vor dem ersten. Das hat Minister Meyer im Tivoli auch zugegeben. Aber wahre Ziele muss man haben.

Der Gesetzentwurf ist aber nichts gegen Ihren Antrag zur **Tourismusstrategie der Landesregierung**. Dass Sie anfangen, sich mit diesem Antrag bei allen zu bedanken, mit denen die Regierung in den vergangenen zwei Jahren gesprochen hat, kann nur ein Scherz sein. Das ist ihr Job; das muss sie tun.

Darüber hinaus hatte der Minister Anfang März die Eckpunkte der Tourismusstrategie vorgestellt. Da wurde inhaltlich mehr als in Ihrem Antrag geboten. Bekanntlich wird die Tourismusstrategie am 1. Juli 2014 öffentlich vorgestellt. Dieses Datum ist uns bisher immer bekannt gewesen. Gestern hat das Kabinett das beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Schleswig-Holstein hat es eine gewisse Tradition, dass beim Tourismus weitgehend Einigkeit herrscht. Ich benutze dieses Thema auch nicht für politisches Klein-Klein.

(Regina Poersch [SPD]: Nein, natürlich nicht!)

- Sehr verehrte Kollegin Poersch, ich möchte, dass wir dieses Thema so einhellig wie möglich beschließen können, weil ich es für sehr wichtig halte. Deswegen ist es auch in Ordnung, dass zwei Anträge zur Tourismusstrategie vorliegen, die in den Ausschuss überwiesen werden. Dort wird das eine oder andere noch zu besprechen sein.

Im Antrag der SPD fehlt mir das **Vier-Ebenen-Modell**. Das wird aber im Antrag der FDP erwähnt.

(Beifall FDP)

Wenn wir die Tourismusstrategie des Landes im Wirtschaftsausschuss entsprechend abarbeiten und besprechen, könnte man dort zu einer Einigung kommen.

Ich sehe aber keine Möglichkeit, dass wir der Tourismusabgabe zustimmen können. Dass die Touristiker vor Ort den Gesetzentwurf insgesamt für

sinnvoll erachten, ist möglicherweise ein Stück weit den landauf und landab verteilten Schecks zu verdanken.

(Regina Poersch [SPD]: Ungeheuerlich!)

Das kritisiere ich nicht. Ich finde das in Ordnung. Ich halte diese Förderung für richtig und für wichtig. Aber ich glaube: Die Gespräche, die geführt worden sind, sollten auch noch mit anderen Beteiligten geführt werden. Dann können wir dabei möglicherweise eine Einigung hinbekommen. Dafür werde ich intensiv.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Wir sind für die Überweisung beider Anträge in den Ausschuss. Die Tourismusabgabe lehnen wir ab. - Danke schön.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat müssen wir den Wandel von einem traditionellen Urlaubsland zu einer **wettbewerbsfähigen nachhaltigen Tourismusdestination** gestalten. Diesen Gestaltungsauftrag haben wir angenommen. Das Produkt, das heute auf dem Tisch liegt, zeigt das eindrucksvoll.

Wir haben das getan, indem wir die Akteure der Tourismuswirtschaft in einen dialogisch und partizipativ orientierten Prozess eingebunden haben. Wir sind eben nicht top down vorgegangen, wie es bisher in Schleswig-Holstein üblich war, sondern wir haben einen bottom-up-Prozess gewählt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schwätzerie!)

- Das ist keine Schwätzerie, sondern das ist eine Politik, die tatsächlich andere Akzente setzt, als es Ihre Politik getan hat, Herr Garg. Dass Ihnen das fremd ist, kann ich mir gut vorstellen.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

- Lachen Sie ruhig! - Wenn man den neuen Stil unserer Küstenkoalition Richtung Dialog konkretisieren will, kann man sagen, dass es gerade in der Tourismuspolitik konkret geworden sei. Das haben wir an dieser Stelle umgesetzt. Wir haben das Glück, dass wir bei den von uns vorgelegten Ent-

(Dr. Andreas Tietze)

würfen eine breite Mehrheit der Akteure vor Ort hinter uns haben. Diesen Unterschied haben Sie in Ihrer Regierungszeit nicht hinbekommen.

Herr Hamerich, Sie haben gesagt, dass die Tourismuspolitik in diesem Hause immer einheitlich gesehen worden sei. Sie fordern das, aber Sie haben das nicht eingehalten, als Sie selbst regiert haben.

(Zuruf FDP: Genau!)

Ich will daran erinnern, dass die Haushaltskonsolidierungskoalition beschlossen hat, die TASH abzuwickeln, ohne die Tourismuspolitiker zu fragen.

(Hartmut Hamerich [CDU]: Das ist doch nicht wahr! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Das ist das stoische Festhalten am Berger-Konzept. Es gab keine Entwicklungsmöglichkeiten.

Zielgruppenmarketing war für Sie in Stein gemeißelt. Sie haben Themen, die wir immer wieder aufgegriffen haben, wie Ausrichtung des Tourismus auf Nachhaltigkeit, Ökologie und Inklusion immer wieder abgelehnt und in Ihren Konzepten übernommen. Auch das muss einmal gesagt werden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Hamerich?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte schön. - Vielleicht kann er das noch aufklären.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Hartmut Hamerich [CDU]: Herr Kollege Tietze, nehmen Sie zur Kenntnis, dass nicht beschlossen worden ist, die TASH abzuwickeln. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es den Beschluss gab, die Sockelfinanzierung auf null zu fahren.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nach Protesten!

- Die Sockelfinanzierung ist nicht nach Protesten auf null gesenkt worden. Die Proteste kamen nach der Entscheidung, die Sockelfinanzierung auf null zu reduzieren.

(Vereinzelt Lachen)

Nehmen Sie zur Kenntnis, Herr Dr. Tietze, dass danach aus dem Wirtschaftsministerium das Signal kam, die Sockelfinanzierung durch das Land Schleswig-Holstein solle 500.000 € betragen.

Lässt Ihr Erinnerungsvermögen es zu, sich noch daran zu erinnern, dass wir beide uns bei der Gesellschafterversammlung über eine Sockelfinanzierung in Höhe von 500.000 € einig waren und alle anderen mehr geboten haben? Aber auch Herr Dr. Tietze hat eine Sockelfinanzierung in Höhe von 500.000 € bei der Gesellschafterversammlung der TASH angeboten.

(Beifall CDU)

- Ich nehme zunächst einmal zur Kenntnis, dass Sie zwei Jahre lang in der Tourismuspolitik in Schleswig-Holstein herumgepuscht haben.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Es ist endlich dazu gekommen, dass wir mit den Akteuren eine verifizierbare Vorlage erarbeitet haben, die heute vorliegt. Sie haben Ihre Chancen gehabt, aber Sie haben sie nicht genutzt.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Volker Dornquast [CDU]: Das ist keine Antwort! - Zuruf CDU: Was ist mit den 500.000 €? - Weitere Zurufe)

Diese Regierung hat einen völlig anderen Weg eingeschlagen. Deshalb betreiben wir einen völlig anderen Politikansatz. Wenn Sie das mit den **Akteuren** erarbeiten lassen, ist es ein Unterschied, ob Sie teure Gutachten in Auftrag geben, ob Sie das in kleineren Zirkeln mit Regierungskreisen machen oder ob Sie tatsächlich den breiten Weg einschlagen, in einem umfassenden **Dialogprozess** einzutreten. Herr Hamerich, seien Sie an dieser Stelle doch einmal ein wenig selbstkritischer. Das würde Ihnen auch in der CDU-Fraktion guttun.

(Hartmut Hamerich [CDU]: Das mache ich, wenn ich die Antwort auf meine Frage kriege! - Weitere Zurufe CDU)

Wir schließen mit dem ehrgeizigen Ziel, wieder unter die **Top 3 des Deutschlandtourismus** zu kommen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber es ist richtig. Es geht um 30 % mehr Umsatz im Tourismus und um 30 % mehr Übernachtungen. Lassen Sie mich hinzufügen, Herr Meyer: 30 % mehr schönes Wetter und mehr Sonne wären auch nicht schlecht.

(Dr. Andreas Tietze)

(Heiterkeit)

Denn wir wissen, dass die Entscheidung, nach Schleswig-Holstein zu kommen, oftmals auch mit dem Wetter zu tun hat.

In der Tat: Der Tourismus muss in eine **Strategie des grünen Wachstums** eingebunden werden. In Zeiten des Klimawandels und der CO₂-Einsparung wollen Urlauber gerade Angebote haben, die das berücksichtigen. Der Urlaub fängt schon mit der klimaneutralen und klimagerechten Anreise an. Es ist besonders wichtig, das in einem Tourismuskonzept integriert zu betrachten.

Auch die **Barrierefreiheit** für alle spielt bei Urlaubsreisen eine große Rolle. Wenn wir das Thema **Inklusion** ernst nehmen, wird es zu einem Wettbewerbsvorteil der Urlaubsdestinationen. Das halte ich für einen ganz wichtigen Aspekt.

Nicht nur Inklusion, sondern auch **Integration** spielt eine wichtige Rolle. Deshalb findet es meine Fraktion richtig, dass bei der Finanzierung der Tourismusinfrastruktur endlich ein Paradigmenwechsel passiert. Ich finde, dass sich der diskriminierende Begriff „Fremdenverkehrsabgabe“ seit Jahrzehnten überholt hat. Er muss endlich abgeschafft werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das mag für einige von Ihnen eine Petitesse sein. Ich finde es aber wichtig, denn dahinter steht eine Haltung, dass wir keine Fremden beherbergen, sondern zukünftig Freunde willkommen heißen wollen - egal welcher Nationalität oder Herkunft.

Das ist eben auch gelebte Inklusion bei dem Thema „Integration und Tourismuspolitik“.

Im Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes schaffen wir **neue Rahmenbedingungen**. Ich finde, das ist sehr zu begrüßen, und auch das - das ist hier mehrfach gesagt worden - ist ein freiwilliges Angebot. Wir zwingen niemanden in dieses Gesetz hinein, sondern hier geben wir die Chance, dass Gemeinden nach diesem Gesetz Möglichkeiten ergreifen können und müssen. Wichtig dabei ist: Niemand wird zum Glück gezwungen. Wir werden auch die Bemessungsgrundlage erweitern, denn mehr zahlen bedeutet eben auch mehr Geld im System für das Thema „Tourismus“ - und auch das ist nicht zu unterschätzen -, und unsere mittelständischen Unternehmen werden davon profitieren.

Ein weiterer Punkt ist die Veränderung der TASH als **Tourismusorganisation**. Richtig ist: weg mit dem Gemischtwarenladen. Wir brauchen eine Bün-

delung, eine Konkretisierung, auch Zielgruppenthemen und Destinationen. Wir müssen die Stärken Schleswig-Holsteins stärken und die Schwächen schwächen. Deshalb ist das Bündeln von Marketingmitteln auch die richtige Antwort in der heutigen Zeit.

Ich würde mir wünschen, dass wir die Förderprogramme, die jetzt EU-weit auf dem Tisch liegen, auch strategisch für das Ziel Naturtourismusentschleunigung nutzen. Die Natur ist unser größtes Kapital. Darum kommen die Menschen zu uns. Deshalb müssen wir diese Natur schützen und erhalten und Schleswig-Holstein zu einer **grünen Tourismusmodellregion** machen. Ein ganzheitlicher Tourismus muss einen positiven grünen Fußabdruck hinterlassen. Ich habe in meiner letzten Rede - übrigens auch vor einem Jahr - gesagt, wir werden vieles in der Tourismuspolitik anders machen als Sie von CDU und FDP.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Heute haben wir geliefert. Vieles wird besser im Tourismus in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unstrittig, dass der Tourismus ein wichtiger **Wirtschaftszweig** und zudem auch ein wichtiger **Imagefaktor** für das Land ist. Daher gilt es, den Tourismus zu stärken. Darüber sind wir uns aber alle einig. Die vorgenommene Weiterentwicklung der Tourismusstrategie ist ein richtiger und wichtiger Schritt gewesen, und nun muss es natürlich auch weitergehen.

Da komme ich zum Antrag der Koalition. Ich finde, der geht zwar tatsächlich in die richtige Richtung. Doch einige Punkte vermissen wir. Deshalb haben wir auch einen **Änderungsantrag** eingereicht, dessen Kernpunkte ich Ihnen kurz darstellen möchte.

(**Oliver Kumbartzky**)

Ich vermissen in Ihrem Antrag - was Kollege Hame-
rich auch schon gesagt hat -, dass Sie nicht ein
Wort über das wirklich zukunftsweisende **Vier-
Ebenen-Modell** verlieren, also Landesmarketingor-
ganisation TASH, die regionalen Tourismusmarke-
tingorganisationen, die lokalen Tourismusorganisa-
tionen und die einzelnen Orte.

Gerade den 21 lokalen Tourismusorganisationen -
LTOs - kommt in Zukunft definitiv eine zentrale
Bedeutung zu. Es gilt unserer Meinung nach auch,
die regionalen Tourismusmarketingorganisationen
zu stärken und sie in Zukunft auch finanziell zu un-
terstützen.

Meine Damen und Herren, ich warne wirklich da-
vor, die Tourismuspolitik des Landes zu zentralisie-
ren. Denn gerade die **Vielfalt Schleswig-Holsteins**
ist es doch, die auf die Gäste so anziehend wirkt.
Das sollte auch in Zukunft herausgestellt werden.
Das operative Geschäft - das will ich auch ganz klar
sagen - muss ohne Einflussnahme des Landes erfol-
gen. Leider wurde genau dieser Punkt durch die
peinliche Dachmarke „Der echte Norden“ unterlau-
fen.

(Beifall FDP)

Wie sieht es in der Praxis aus? Sämtliche Touristi-
ker müssen jetzt auf ihre Printprodukte den „echten
Norden“ abdrucken, sonst gibt es keine Fördermit-
tel mehr.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

- Ich finde es nicht sehr gut, Herr Harms. Denn die
neue **Dachmarke** und das neue Logo haben eben
zur Folge, dass jedes Printprodukt den persönlichen
Stempel von Minister Meyer bekommt. Das heißt
in Zukunft: kein Flyer ohne Meyer!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ein echtes
Qualitätssiegel!)

Ich finde, das kann es wirklich nicht sein.

(Vereinzelter Beifall FDP)

- Apropos **Qualitätssiegel**. Fakt ist doch - das kam
leider in der Diskussion um den „echten Norden“
viel zu kurz -, dass die starken bekannten Marken
doch die Nord- und die Ostsee sind. Das spricht für
Qualität dieser Marken. An die Bekanntheit dieser
Marken und an das Image von Nord- und Ostsee
kommt „Der echte Norden“ niemals heran. Deswe-
gen kann ich den Tourismusorganisationen wirklich
nur raten, ihre bekannten Marken der neuen Dach-
marke deutlich voranzustellen. Ansonsten verspie-
len sie ihre Stärken, meine Damen und Herren.

Herr Minister Meyer, Sie sind mit vielen Vor-
schusslorbeeren als Tourismusminister gestartet.
Mittlerweile - das muss man ganz nüchtern feststel-
len - sind Sie jedoch nicht mehr als ein Minister der
Ankündigungen und ein Minister der faulen Kom-
promisse.

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich will gern zwei Beispiele nennen. Wie laut wa-
ren noch die Töne, als Minister Meyer gerade er-
nannt worden ist, als es um die **Bäderregelung**
ging? Er hat gesagt: Nein, die Regelung in Schles-
wig-Holstein ist gut. Ich verstehe gar nicht, was die
Kirchen haben. - Und was ist dann passiert? Er ist
mit Pauken und Trompeten baden gegangen und hat
die Tourismushochburgen an den Küsten verraten.

(Zuruf FDP: Er steht auch wieder kurz da-
vor! - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ein anderes Beispiel.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die Mecklenburger
wollen - -)

- Ja, was die Mecklenburger wollen, spielt das hier
jetzt eine Rolle?

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, erlauben Sie eine
Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr gern.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]:** Vielen Dank, Herr Kollege. -
Gestatten Sie mir bitte eine Bemerkung. Da
ich nun viel in Mecklenburg-Vorpommern
unterwegs bin, entnehme ich gerade in
Mecklenburg-Vorpommern den dringenden
Wunsch, doch diese Regelung, die Schles-
wig-Holstein gefunden hat, mit der Sicher-
heit eines zehnjährigen Friedens zu überneh-
men. Es ist auch an die Kirchen der Wunsch
herangetragen worden, das Mecklenburg-
Vorpommern gern eine solche Regelung hät-
te. Also so falsch wie das hier behauptet
wird, kann es ja nicht gewesen sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SPD)

- Ganz ehrlich, wenn man sich die Regelungen in
Mecklenburg-Vorpommern ansieht, ist klar, dass

(Oliver Kumbartzky)

sich die Touristiker eine Regelung wie in Schleswig-Holstein wünschen. Aber sie hätten sich wahrscheinlich viel eher die Regelung gewünscht, die wir vorher hatten. Das ist doch der entscheidende Punkt, Herr Präses.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Da hat Minister Meyer doch ganz klar gesagt, als er neu im Amt war, dass die Regelung, wie sie damals in unserem Land war, gut war. Ich kann Ihnen ein Zitat aus dem „Hamburger Abendblatt“ bringen. Da hat er gesagt, er versteht nicht, was die Kirchen gegen diese damals amtierende Regelung haben.

Eine weitere Regelung ist die **Sommerferienregelung**. Auch hiermit haben wir uns im Landtag beschäftigt und einen einstimmigen Beschluss gefasst - die Wirtschaftsministerkonferenz übrigens auch. Die Kultusministerkonferenz hat dann bekanntlich anders entschieden. Minister Meyer zeigte sich dann über diese Regelung zufrieden, während der Deutsche Tourismusverband, dem Sie als Präsident vorstehen, enttäuscht reagiert und von „Schönfärberei“ redet. „Mensch Meyer“, kann ich dazu wirklich nur sagen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Mit dem allergrößten Vergnügen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kumbartzky, ist es nicht vielmehr so, dass bei der Bäderregelung die schwarz-gelbe Koalition verklagt worden ist und wir das gelöst haben und bei der Ferienlösung Schwarz-Gelb immer viel versucht und nichts erreicht hat? Wir erreichen jetzt etwas. Das unterscheidet uns von Ihnen. Das ist genau der Unterschied.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ist die schwarz-gelbe-Regierung verklagt worden, oder hat die Kirche nur angedroht, ein Normenkontrollverfahren einzuleiten?

(Zuruf Hauke Göttisch [CDU])

Das ist erst der kleine juristische Unterschied.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Zur **Sommerferienregelung**. Das war damals gar nicht in der Diskussion. Das war jetzt die turnusmäßige Runde der Kultusministerkonferenz, die das auf dem Tableau hatte. Wenn ich dann noch höre, wie groß Sie gesagt haben: Wir kämpfen für die 90 Tage. Was dann dabei herausgekommen ist, ist wirklich traurig, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine zweite Bemerkung oder Frage des Abgeordneten Dr. Stegner?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Wenn es hilft, sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es hilft Ihnen ganz bestimmt, denn es war völlig anders. Die Klage war anhängig. Wir haben vor der Wahl darüber gesprochen, und jeder wusste, dass das Gericht im Zweifelsfall so entscheiden würde, wie in Mecklenburg-Vorpommern entschieden worden ist. Wir haben es fertiggebracht, das friedlich zu beenden, in einer Weise, die allen nützt.

Was die Ferienregelung angeht, Herr Kollege Kumbartzky, gab es vielerlei Versuche, daran etwas zu ändern, auch die des Ministerpräsidenten, der damals die schwarz-gelbe-Regierung angeführt hat. Erfolg gleich null. Wir machen den ersten Schritt nach vorn, und es klappt. Das ist der Unterschied.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Breyer?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja, gern.

(**Oliver Kumbartzky**)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege, könnten Sie dem Kollegen Dr. Stegner erklären, dass das Urteil in Mecklenburg-Vorpommern unter ganz anderen Voraussetzungen gefällt worden ist, dass die dortige Regelung überhaupt nicht mit unserer vergleichbar war und infolgedessen das Verfahren hier auch völlig offen war?

- Das werde ich Herrn Dr. Stegner gern erklären. Er hat sich ja leider schon gesetzt; ich wollte gern noch auf seine Frage antworten.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine weitere Frage?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja, Herr Tietze, gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Tietze, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wären Sie so freundlich, dem Kollegen Dr. Breyer zu erläutern, dass der Sonntagsschutz nicht in einer Landesverfassung, sondern im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthalten ist

(Vereinzelt Beifall SPD)

und damit auch hochrichterlich entschieden worden ist, dass dieser Sonntagsbeschluss eine Bedeutung hat? Wären Sie so freundlich, Herrn Dr. Breyer noch einmal die Verfassungsfragen zu erläutern?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kumbartzky, wenn Sie alle diese Aufträge erledigt haben, dann können Sie in Ihrer Rede fortfahren.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja, Herr Dr. Tietze, ich bin so freundlich. Und er hat - denke ich - auch zugehört.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir wieder zum Antrag und zur Sache, und zwar zu den Änderungen, die die FDP in ihrem Antrag eingebaut hatte. Die Landesregierung soll, wenn die Regionen beziehungsweise die LTOs besondere neue Projekte initiieren, zu ihrer Aussage und Zusage

stehen, dass diese Projekte durch Sonderfördermittel mitgetragen werden. Auch hier wird sich zeigen, was Ankündigungsminister Meyer unterm Strich liefert.

Ferner - und das ist auch ein ganz zentrales Anliegen unseres Änderungsantrags - soll ein **Umsetzungsmanagement** für die **Tourismusstrategie** eingerichtet werden, das dem Landtag alle zwei Jahre berichtet. Hier erwarte ich ein stärkeres Engagement des Landes als bisher. Die Landesregierung sollte das Umsetzungsmanagement finanziell unterstützen und die Verbände dabei nicht alleinlassen.

Ein weiteres Thema, über das wir hier reden, ist das **Kommunalabgabengesetz**. Das klingt im ersten Moment gar nicht mal so schlecht. Aber beim genauen Betrachten sieht man, dass es auch wieder ein typisches Gesetz ist, das praxisuntauglich ist.

Die Kriterien für die Anerkennung als Tourismusort sind zu unspezifisch formuliert. Die Folge könnte sein, dass sämtliche Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, die ihren Sitz in der entsprechenden Kommune haben, abgabepflichtig werden. Das würde dann zu Preiserhöhungen oder zu Betriebsverlagerungen in abgabefreie Kommunen führen können. Außerdem leisten bereits heute viele Unternehmen und Geschäfte freiwillige Beiträge zum **Stadt- und Tourismusmarketing**. Dieses freiwillige Engagement könnte unter einer neuen Beitragspflicht erheblichen Schaden nehmen.

(Beifall Anita Klahn [FDP])

Noch ein ganz wichtiger Punkt: Dieser Gesetzentwurf trägt einen offenen Widerspruch in sich. Es sollen sich jetzt neue Städte und Gemeinden zu **Tourismusorten** ernennen können, aber sie fallen nicht unter das Privileg der **Sonntagsöffnungszeiten**. Das hinkt doch total. Ich denke, Sie wollen damit eine neue Debatte über die Bäderregelung anzetteln. Das ist offenbar gewollt, und auf die Debatte freue ich mich auch wirklich sehr, gerade mit Ihnen, Herr Dr. Tietze.

Wie meine Vorredner auch beantrage ich, die beiden Anträge dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Ich schließe mit einer Bitte an Herrn Tietze. Sie haben das Wetter erwähnt. Sie haben doch einen guten Draht. Dann sorgen Sie dafür! - Vielen Dank.

(Beifall Anita Klahn [FDP], Dr. Ekkehard Klug [FDP], Hartmut Hamerich [CDU] und Petra Nicolaisen [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wirtschaftsminister Meyer hat uns eine **Tourismusstrategie** vorgelegt, mit der Schleswig-Holstein in zehn Jahren unter die Top 3 in Deutschland aufrücken soll. Das Dumme ist nur: Bis heute Morgen lag uns diese Strategie gar nicht vor.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir kennen überhaupt nur ein Eckpunktepapier, das - jetzt sage ich es mit den Worten der PIRATEN - die IHK „geleakt“ hat, was also auch nicht offiziell von Ihnen veröffentlicht worden ist, sondern anders an die Öffentlichkeit gelangt ist. So viel zum Thema Transparenz, Herr Kollege Tietze. Man kann den Wirtschaftsminister an vielen Stellen kritisieren, aber beim Tourismus zeigt er auch tatsächlich einmal persönlichen Einsatz.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er ist auch Präsident des Deutschen Tourismusverbandes und als solcher Cheflobbyist der Tourismuswirtschaft. Auf die damit verbundene Problematik bin ich schon an anderer Stelle eingegangen.

Wir müssen jedenfalls feststellen, dass hier in Schleswig-Holstein die **Tourismusförderung** mit der **Bäderregelung** einen Fehlstart hingelegt hat. Davon ist schon die Rede gewesen. Aber auch die feste Fehmarbelt-Querung wird für den Tourismus in Ostholstein ein Desaster werden.

Herr Minister, wir ziehen gern mit Ihnen an einem Strang, aber nicht, wenn dadurch der Tourismus in Schleswig-Holstein stranguliert wird. Deswegen kommt es immer darauf an, was an der anderen Seite des Stranges hängt. Wenn wir uns die Tourismusstrategie ansehen, die Sie hoffentlich noch vorlegen, ist die in Teilen durchaus gut, zum Beispiel wenn es um die Neuausrichtung der **Zielgruppen** geht, die Sie ansprechen wollen.

In wesentlichen Punkten lässt sie aber alte Mängel fortbestehen und schafft sogar neue Probleme. Ich will nur drei Punkte nennen.

Erstens. Sie führen eine irre **teure Dachmarke** ein - ohne jeden belegbaren Effekt oder Nutzen für das Land.

Zweitens. Sie lassen die für ein so kleines Land wie Schleswig-Holstein viel zu kleinteilige **Vier-Ebenen-Struktur** der Tourismusorganisation unangetastet, obwohl selbst unabhängige Gutachter das längst kritisieren. Leider gibt es keine Spur einer Zusammenarbeit bei der Vermarktung von Nordsee und Ostsee, stattdessen definieren Sie als Ziel, „besser als andere“ zu werden, das heißt, wir gehen in Konkurrenz, statt gemeinsam vorankommen zu wollen. Das ist der falsche Weg.

Ein dritter Kritikpunkt: **Subventionen** in Millionenhöhe für Privatunternehmen wie zum Beispiel Hotels oder Spaßbäder sollen einfach fortgesetzt werden, obwohl doch die Probleme bekannt sind, die damit einhergehen: Wettbewerbsverfälschungen, Standortwettbewerb anheizen, vielfache Mitnahmeeffekte. Die EU hat aus guten Gründen verboten, EU-Fördermittel für solche einzelbetrieblichen Subventionen des Tourismus einzusetzen. Sie greifen einfach in den anderen Topf der Bundesmittel. Das ist der falsche Weg. Deswegen können wir weder dem Antrag der Koalition noch der FDP zustimmen.

(Beifall PIRATEN)

Zum zweiten Teil, nämlich dem Gesetzentwurf zur **Einführung einer Tourismusabgabe**, der heute zur Abstimmung steht: Die Kommunen sollen künftig zusätzlich zu den bisherigen Abgaben eine Tourismusabgabe erheben können. Das lehnen wir PIRATEN ebenfalls als Fehlschlag ab, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens. Reisen nach Schleswig-Holstein werden dadurch trotz jetzt schon hoher Preise in Deutschland weiter verteuert. Die **Tourismusabgabe** soll neben der **Kurabgabe** erhoben werden können, sodass es zu einer Doppelbelastung der Besucher kommt.

Zweitens. Es ist unsicher, ob überhaupt irgendwie zusätzliches Geld beim Tourismus ankommt, weil die Kommunen die bisher dafür aufgebrauchten Mittel - sozusagen freiwillig - in gleicher Höhe reduzieren können. Auch Unternehmen haben schon damit gedroht, ihre freiwilligen Beiträge zu reduzieren. Dementsprechend sagt zum Beispiel die IHK Lübeck, es sei kaum realistisch, dass damit **zusätzliche Mittel** mobilisiert werden können.

Drittens. Was wirklich Sinn machen würde und was Sie auch als Ziel formuliert haben, Herr Minister, nämlich die Erhebung der Kurtaxe an unseren Stränden abzuschaffen und stattdessen von einer Direkterhebung auf eine **Gastgeberkurabgabe** umzustellen, was gerechter wäre, was effektiver wäre

(Dr. Patrick Breyer)

und Tagestouristen entlasten würde, was DEHOGA und Tourismusverband fordern, genau das packen Sie nicht an. Deswegen können wir diesem Gesetzentwurf nur eine Absage erteilen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Darunter leiden wir jetzt!)

Herr Minister, der Deutsche Tourismusverband, dem Sie vorstehen, fordert einen Nationalen Tourismusentwicklungsplan. Wäre das nicht einmal ein Projekt, bei dem Sie Initiative ergreifen können, um von der Kirchturmpolitik im Tourismusbereich wegzukommen und hin zu einer koordinierten Tourismusförderung zu kommen? - Ich fürchte, dass Sie mit diesen Plänen eine echte Neuaufstellung der Tourismusförderung nicht anpacken. Der Weg dieser Landesregierung ist leider mehr Geld statt mehr Mut. Ich finde aber: Wir brauchen den Mut, Tourismus in Schleswig-Holstein neu zu denken. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Lars Harms [SSW]:

Lieber Kollege Arp! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal möchte ich mich bei allen Akteuren bedanken, die in einem gemeinsamen Prozess die neue Strategie des Landes erarbeitet haben, um den Tourismus bei uns im Land weiter zu stärken und vor allem, um ihn auszubauen. Grund für die **Tourismusstrategie 2006** war seinerzeit die Stagnation und der Rückgang der gewerblichen Übernachtungen bei uns im Land. Zu diesem Zweck wurde die Firma Roland Berger beauftragt, einen neuen Handlungsrahmen für den Tourismus zu erarbeiten.

Seinerzeit war die Entscheidung richtig, durch ein Gutachten zu ermitteln, welche Kundengruppen für uns als Tourismusland besonders interessant sind und wie die Strukturen in der Tourismusbranche geändert werden müssen. Tourismus ist ein knallhartes Geschäft, und wer am Markt bestehen will, der muss professionell handeln und aktuell am Markt agieren.

Aus diesem Grund ist es richtig und wichtig, derartige Gutachten zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Dies haben wir bereits getan. Die Evaluie-

rung des Berger-Gutachtens hat ergeben, dass in vielen Bereichen noch nachjustiert werden muss. Trotz der Erfolge gibt es immer noch Bereiche, in denen die Ziele nicht erreicht wurden. Dies gilt beispielsweise für die Tourismusstrukturen oder eben auch die Strukturierung und die Transparenz der tourismusbezogenen Förderpolitik. In vielen dieser Bereiche sieht der Gutachter weiteren Handlungsbedarf.

Nach nunmehr acht Jahren ist es dann auch an der Zeit, das **Tourismuskonzept** zu überarbeiten und zeitgemäß auszurichten. Dies kann das Land aber nicht allein wuppen. Daher begrüßen wir die neue gemeinsame Tourismusoffensive des Landes. Das ambitionierte Ziel dabei ist, bis 2025 auf 30 Millionen gewerbliche Übernachtungen, 30 % mehr touristischen Bruttoumsatz und unter die Top 3 bei der Gästezufriedenheit zu kommen. Erreicht werden soll dieses Ziel mit der Ausweitung der bisherigen Zielgruppen durch auf diese Gruppen konzentriertes Landesmarketing. Das ist im Übrigen auch der Ansatz, den man schon mit dem Berger-Gutachten verfolgt hat.

Wir müssen wieder mit dem Pfund wuchern, was Schleswig-Holstein zu bieten hat. Die Menschen wollen hier bei uns in erster Linie Natur erleben, sie wollen Badespaß und Wassersport. Wir wollen aber auch die Menschen erreichen, die etwas für ihre Gesundheit tun, die Luxus genießen oder die Kultur und Städte bei uns erleben wollen. Letztgenannte gehören zu den sogenannten Entwicklungsthemen, die noch Potenzial haben und noch stärker als bisher erschlossen werden müssen.

Die Beteiligten auf allen Ebenen müssen an einem Strang ziehen. Das fängt bei der TASH an, geht über die regionalen Tourismusmarketingorganisationen bis hin zu den 21 lokalen Tourismusorganisationen und natürlich auch hinunter zu den einzelnen Orten. Die **TASH** bleibt dabei aber die wichtigste **Tourismusmarketingorganisation**, die wir haben. Natürlich muss es auch auf örtlicher und subregionaler Ebene Werbung und Quartiervermittlung geben. Aber wenn wir wirklich überregional und womöglich im Ausland mitreden wollen, dann geht dies nur mit der TASH. Da ist das Know-how, um dort Erfolg zu haben, wo örtliche und subregionale Werbung eben nichts mehr bewirken kann.

Natürlich soll auch weiter mit etablierten Tourismusmarken wie „Ostsee“ und „Nordsee“ geworben werden. Für die gemeinsame Außendarstellung Schleswig-Holsteins auf allen Ebenen und nicht nur im Tourismus ist die **Landesdachmarke** aber unverzichtbar. Daher ist es richtig, die Dachmarke in

(Lars Harms)

das Tourismuskonzept einzubetten, denn mit kleinteiliger Werbung erreichen wir die Kunden heute nicht mehr und schon gar nicht, wenn wir uns im Ausland präsentieren wollen.

Abschließend möchte ich natürlich auch auf das **KAG** eingehen. Wir schaffen hier die Möglichkeit für Kommunen, die eine ausgeprägte touristische Infrastruktur und zahlreiche auswärtige Gäste vorweisen, künftig eine **Tourismusabgabe** einzuführen. Wir glauben, das ist der richtige Weg. Wir glauben auch, dass das ein Weg ist, der dazu führt, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, sich zu refinanzieren.

Wenn man sich die Tourismuspolitik der letzten zwei Jahre anguckt - die Diskussion haben wir ja gehabt -, erkennt man, dass es in der Tat so ist, dass die **TASH** tatsächlich durch die alte Regierung mit 0 € finanziert werden sollte. Ob man das Abwicklung nennt, oder ob man einfach nur Runterfahren auf null sagt, sei einmal dahingestellt. Die **TASH** hätte diesen Prozess mit Sicherheit nicht überleben können. Sie wäre nicht einmal das, was wir heute haben.

Dass wir das jetzt finanzieren und dass wir das im Übrigen auch den Touristikern vor der Wahl angekündigt haben, dass wir das tun werden, war der richtige Schritt. Denn das führt dazu, gemeinsam mit der Dachmarke eine wirklich schlagkräftige Organisation zu haben und schlagkräftiger arbeiten zu können. Was die Dachmarke angeht, muss ich ganz ehrlich sagen: Es ist nicht eine sündhaft teure Dachmarke. Das ist völliger Unsinn. Wir sind da im absoluten Low-Budget-Bereich. Andere Länder machen uns das vor. Andere Länder machen uns vor, wie man dort Mittel einsetzt. Daran müssen wir uns orientieren. 500.000 € sind, wenn man ehrlich ist, eigentlich nicht genug. Da muss man mehr tun. Vor diesem Hintergrund gibt es dort noch Entwicklungspotenzial, genauso, wie es ihn bei den Ferienregelungen gab - das haben wir ja recht gut hinbekommen -,

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Die haben aber auch gute Dachmarken!)

und genauso, wie es bei den Finanzierungsmöglichkeiten der Kommune die Möglichkeit gab, jetzt Tourismusabgaben einzuführen. Wir machen das. Wir stützen die Kommunen vor Ort im Tourismus. Wir machen aber auch ein professionelles landesweites Dachmarketing.

Wir machen das nicht nur im Tourismus. Dieses Dachmarkenmarketing muss sich durch alle Lebensbereiche hier in diesem Land Schleswig-Hol-

stein ziehen. Dann erst hat es die Wirkung, wie sie auch Dachmarken in anderen Ländern haben. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Dreiminutenbeiträgen. - Zunächst hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben mit unserem Antrag einen Diskussionsvorschlag eingebracht und unsere Position bezogen. Ich freue mich, dass die **FDP-Fraktion** einen **Ergänzungsantrag** vorgelegt hat, über den wir im Ausschuss diskutieren können. Ich finde es ausgesprochen schade, dass ausgerechnet von der Fraktion, die hier am lautesten war, so wenig kam.

In Richtung der FDP will ich sagen: Natürlich haben wir auch etwas zu den Ebenen gesagt. Natürlich steht auch bei uns etwas zum Thema lokale Tourismusorganisation im Antrag. Natürlich steht bei uns auch etwas zum Umsetzungsmanagement im Antrag. Ich freue mich auf die weitere Diskussion.

Herr Kollege Hamerich, aber unser Dank gilt nicht der Landesregierung, die ihren Job macht, für den sie bezahlt wird. Unser Dank in dem Antrag gilt denen, die sich Stunde um Stunde monatelang die Zeit um die Ohren geschlagen haben, die sich ganz stark engagiert und Ziele überlegt und entwickelt haben, wie der Tourismus in unserem Land vorankommen kann. Denen sagen wir unseren ganz herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gab einmal eine Landesregierung, die hat eine Unternehmensberatung beauftragt.

Wenn Sie dann davon sprechen, die Zustimmung der Verbände sei ja nur der Dank für ausgestellte Schecks, dann sollten Sie sich für diesen Satz wirklich schämen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Habersaat [SPD]: Pfui!)

(Regina Poersch)

Sie sollten sich einmal vorstellen, dass es Menschen gibt, die von dem überzeugt sind, was sie erarbeitet haben. Ich kenne nur hochengagierte **Akteure im schleswig-holsteinischen Tourismus**, die mit ganz viel Herzblut und ganz viel Überzeugung jeden Tag unseren Tourismus voranbringen. Darauf bezog sich unser Dank.

(Beifall SPD - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Nicht das Land bittet mit dem KAG die Unternehmen zur Kasse, sondern wir schaffen die Möglichkeit, eine **Tourismusabgabe** zu erheben. Übrigens, die Möglichkeit, eine Fremdenverkehrsabgabe zu erheben, gibt es heute schon. Auch in Ihrem Wahlkreis gibt es Kommunen, die lange, lange Erfahrung mit der Fremdenverkehrsabgabe und mit der Kurtaxe haben. Ich sage Kurtaxe, weil Kurtaxe manchmal zur Verwirrung führt. Die Kurtaxe wird mit dem KAG überhaupt nicht angefasst.

Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass Sie an der Stelle den Gesetzentwurf lesen. Da ändert sich überhaupt nichts. Aus der Fremdenverkehrsabgabe wird eine moderne Tourismusabgabe. Nach Ihrer Argumentation verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie dem Gesetzentwurf mit der Begründung nicht zustimmen können. Das Ganze wird sauber durchkalkuliert. Für die Aufwendungen, für die touristischen Investitionen, für die Tourismuswerbung gibt es eine Kalkulation. Das ist alles offen. Die Einnahmen sind zweckgebunden für den Tourismus. Ich habe überhaupt kein Verständnis für Ihre Argumentation, denn an der Kurtaxe ändert sich überhaupt nichts. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Ich möchte noch einmal auf die Beiträge von den Doktoren Stegner und Tietze während meiner Rede eingehen. Es ist etwas schade und unredlich, dass Sie der Kirche vorgeworfen haben, sie habe geklagt. Ich habe das jetzt noch einmal nachgelesen. Es ist genau das, was ich eben in meiner Rede gesagt habe. Es ist auf der Homepage der Nordkirche nachzulesen, Herr Dr. Tietze:

„Leider ließen sich nicht alle Beteiligten auf einen Diskurs ein, sodass die Kirchen gezwungen waren, 2009 ein Normenkontrollverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht zu beantragen. Dieses Verfahren ist keine Klage, sondern die Bitte an das Gericht, festzustellen, ob die geltende Bäderordnung den Normen des Grundgesetzes entspricht.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist doch keine Klage!)

Nichts Weiteres habe ich gesagt. Herr Dr. Stegner, Sie haben mich dann eben korrigiert und gesagt: Nein, die Kirchen hätten geklagt.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Nein, sie haben nicht geklagt. - Vielen Dank.

(Beifall FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Netter Trick. **Normenkontrollverfahren** heißt nicht, dass man einfach mal so anfragt und dann nichts passiert, sondern am Ende wird, wenn positiv beschieden wird, die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes, einer Regelung oder eines Erlasses festgestellt und entsprechend aufgehoben. Dann hätte es gar keine Bäderregelung gegeben.

Lieber Herr Kollege, das ist ja immer interessant. Sie können hier gern noch einmal die Diskussion darüber führen, ob ein Normenkontrollverfahren eine Lappalie ist, mit der man dann vor das Verfassungsgericht zieht. Es ist richtig. Streng genommen ist es keine Klage, aber es ist ein juristisches Vorgehen gegen die Regelung.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Herr Dr. Stegner hat von Klage gesprochen!)

Das hätten Sie 2009 abgewartet. Übrigens haben Sie auch noch einen weiteren Teil zitiert. Wer war denn das, der nicht zu einem Gespräch bereit war, der es hat darauf ankommen lassen?

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Schwarz-gelb!)

- Sie werfen uns vor, dass wir hier eine Regelung ausverhandelt haben, die sicherlich nicht allen ge-

(Dr. Kai Dolgner)

recht werden konnte. Das ist das Wesen eines Kompromisses. Das ist ein anderer Politikstil, als es auf ein Verfahren ankommen zu lassen.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie es auch weiterhin lieber auf Verfahren ankommen lassen. Wir als Landtag suchen lieber politische Lösungen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Im Parlament sehe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann hat für die Landesregierung noch einmal der Minister für Arbeit, Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will das nicht künstlich verlängern. Aber es nervt schon, wenn hier Dinge angesprochen werden, die einfach nicht der Realität entsprechen. Herr Hamerich, ich schätze Sie sehr dafür, dass wir gemeinsam versuchen, den Tourismus voranzubringen, was Sie aber zum KAG gesagt haben, ist einfach nicht richtig. Frau Poersch hat das eben schon weitgehend korrigiert. Heute gibt es bereits rund 80 Kur- und Erholungsorte, die die **Fremdenverkehrsabgabe** anwenden. Ich kann den Sturm der Entrüstung vor Ort, von dem Sie gesprochen haben, nicht sehen. Ich kann die Unsicherheit nicht sehen. Es gibt Satzungen, die durchgeklagt sind, zum Beispiel die in St. Peter Ording. Diese ganze Aufregung ist unverständlich. Insofern werde ich nach wie vor dafür, dass man der Änderung des KAG zustimmt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kumbartzky, jenseits der feinsinnigen Frage, was ein **Normenkontrollverfahren** letztlich bewirkt, habe ich in diesem Parlament immer deutlich gemacht, dass alle die Gefahr gesehen haben, dass die damals bestehende Bäderregelung vor Gericht kassiert werden könnte. Wir haben klar entschieden, wir wollen nicht abwarten, dass andere über das Schicksal der Bäderregelung entscheiden und möglicherweise ein Ergebnis wie in Mecklenburg-Vorpommern herauskommt, sondern wir haben klar gesagt: Wir wollen eine politische Lösung. Wir wollen einen Kompromiss mit allen an einem Tisch. Den haben wir gefunden.

Alle Akteure sind damit zufrieden. Jetzt wollen wir die nächsten fünf bis zehn Jahre mit dieser Bäderregelung gut leben. Ich glaube, sie ist gut ausverhandelt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Letzter Punkt, eine persönliche Anmerkung. Ich glaube, wer sich als verantwortlicher Minister - wer auch immer das in der Vergangenheit zu verantworten hatte - hinstellt und sagt, 500.000 € für die TASH genügten, den würde ich nicht als Tourismusminister bezeichnen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Zunächst einmal müssen wir über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/1136, abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1136 unverändert anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von PIRATEN, FDP und CDU angenommen.

Wir kommen jetzt zum Überweisungsantrag. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1868 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/2034 als selbstständigen Antrag dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind die Anträge einstimmig überwiesen.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 9 und 35 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1298

Antwort der Landesregierung
Drucksache 18/1806

b) Schleswig-Holstein fahrradfreundlicher gestalten

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1975 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im September 2013 hat die SPD-Landtagsfraktion eine Große Anfrage zum Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein an die Landesregierung gerichtet. Da es sich hierbei um gesamtgesellschaftliche Fragen zum Fahrradverkehr handelt, waren neben anderen Ressorts auch die kommunale Ebene und andere Institutionen wie die Tourismusagentur Schleswig-Holstein in die Beantwortung eingebunden. Ich möchte mich an dieser Stelle für all die Zulieferungen und Unterstützung ausdrücklich bedanken.

Die rund 50 Seiten umfassende Antwort liegt Ihnen jetzt vor und kann sich auch inhaltlich sehen lassen.

Zu einigen Ergebnissen! Schleswig-Holstein ist beim **Ausstattungsgrad** der Bundes- und Landesstraßen **mit Radwegen** bundesweit führend, bei den kommunalen Straßen liegen wir unter den Flächenländern auf Platz 2. 80 % Radwege an Bundesstraßen, 60 % an Landesstraßen, immerhin noch 30 % an kommunalen Straßen.

Darüber hinaus hat sich der **Radtourismus** in Schleswig-Holstein zu einem wichtigen Marktsegment und Wirtschaftsfaktor entwickelt. Ein Drittel aller Gäste nutzt im Urlaub in unserem Land das Rad. Deswegen ist das Thema Radfahren fester Bestandteil der Tourismusstrategie. Darüber hinaus werden die zahlreichen Serviceangebote für Radfahrer gut genutzt und geschätzt. Beispiel: der Radroutenplaner per Internet oder viele Aktivitäten der Radkoordinierungsstelle bei der TASH.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung möchte aber noch mehr erreichen. Durch die Verbesserung der Verkehrssicherheit der Radwege und eine verbesserte Verknüpfung mit dem ÖPNV soll der **Alltagsradverkehr** einschließlich Berufsverkehr gesteigert werden. Hier steckt noch viel Potenzial.

Um den ökologischen Nutzen des Radverkehrs zu stärken, muss es uns gelingen, die Pkw-Nutzer zum Radfahren zu bewegen, insbesondere diejenigen, die nur kurze Wege im Berufs- und Freizeitverkehr

haben. Die Hälfte der Autofahrten im Pendlerverkehr ist kürzer als 5 km.

Kleine Anmerkung: Wenn ich in diesen Tagen dafür plädiert habe - weil ein einschlägiges Gerichtsurteil anstand -, beim Fahrradhelm auf Freiwilligkeit zu setzen,

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

hat das immer zwei Seiten: den Sicherheitsaspekt, aber auch die Tatsache, dass man bestimmte Menschen überzeugen muss, auf das Fahrrad umzusteigen. Es gibt Untersuchungen, die darauf hinweisen, dass mit der **Helmpflicht** die Nutzung des Fahrrads wieder abnehmen könnte.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wir haben einen hohen Standard der **Radwegeinfrastruktur** in Schleswig-Holstein. Das ist das Vermögen unseres Landes. Um sichtbar zu machen, dass wir auch für die kommunale Ebene entsprechende Mittel bereithalten, haben wir im Landeshaushalt für die Förderung der kommunalen Radwege einen eigenen Haushaltstitel mit 5 Millionen € pro Jahr eingestellt. Damit wird deutlich: Wir investieren dauerhaft, verlässlich in die Radwegeinfrastruktur. Das Kriterium dafür ist das landesweite Radverkehrsnetz, das es seit 2004 gibt und das wir in dieser Legislaturperiode evaluieren wollen.

23 % der Radwege - so unser Landesstraßenzustandsbericht - sind sanierungsbedürftig. Es gibt einiges zu tun.

Wichtig bleibt, auch in Zukunft die Kräfte auf Landes- und kommunaler Ebene zu bündeln, Ideenbörsen zu pflegen und gute Maßnahmen, die häufig gar nicht viel Geld kosten, schnell umzusetzen, um die Attraktivität des Radverkehrs in Schleswig-Holstein zu steigern.

Meine Damen und Herren, kurz zum **Antrag** der **PIRATEN** zum Thema **Radverkehr**. Einige Punkte in diesem Antrag kommen mir sehr bekannt vor, wenn ich Programme des ADFC lese - aber nun sei gut -, und etliche Punkte werden in der Antwort auf die Große Anfrage bereits aufgegriffen, zum Beispiel, dass wir einen eigenen Titel zur Förderung der kommunalen Radwege haben. Aber in diesem Antrag sind auch Punkte enthalten, die zweifelsohne richtig sind und die wir weiter diskutieren und eingehender prüfen sollten, zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Minister Reinhard Meyer)

oder das Thema Qualitätsstandards. Es gibt viel Diskussionsstoff, und ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

Die Landesregierung wird im Bereich des Radverkehrs weitere Anstrengungen unternehmen, um nicht nur das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel zu erreichen, Schleswig-Holstein zum Fahrradtourismusland Nummer eins zu machen, sondern auch - das sollten wir ernsthaft angehen - um den Alltagsradverkehr deutlich zu steigern.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist unser Ziel für die nächsten Jahre. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kai Vogel das Wort. - Bitte schön.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Minister Meyer, vielen Dank für die ausführliche Beantwortung der Großen Anfrage. Die Antwort darauf zeigt: Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg, Fahrradtourismusland Nummer eins in Deutschland zu werden. Aber **Fahrradverkehr** in Schleswig-Holstein hat noch viel **Ausbaupotenzial**.

Die SPD-Landtagsfraktion ist vor zehn Tagen aus den Niederlanden zurückgekehrt. Dort konnten wir erleben, wie man mit guter Infrastruktur und einem positiven Image Menschen vom Umstieg vom Pkw aufs Fahrrad begeistern kann.

(Christopher Vogt [FDP]: Sind Sie selber Fahrrad gefahren?)

Das **Fahrrad** ist dort das Mittel der Wahl für die **Alltagsmobilität**. Mich hat fasziniert, wie viele Menschen dort - vom Businessoutfit bis zum Studierendenlook oder auch ganze Familien mit dem Rad unterwegs sind. Das gilt innerorts und auch außerorts. Überregional gibt es sogar Fahrradschnellstrecken, auf denen auch größere Entfernungen bequem zurückgelegt werden können, übrigens auch bei sehr viel Wind.

Schleswig-Holstein hat bereits eine gute Fahrradinfrastruktur, sie ist aber noch ausbaufähig. Im Tou-

rismus sind wir mit den Radwanderstrecken gut, bei der Mitnahme von Rädern im Nahverkehr jedoch noch nicht. Bei den Städten schneidet die Landeshauptstadt ausgezeichnet ab. So befindet sich Kiel auf Platz vier beim Städteranking 2012 des ADFC.

Dabei ginge noch viel mehr. Wenn es zutrifft, dass die Hälfte der Autofahrten unter 5 km beträgt, sieht man, dass hier noch viel **Fahrradpotenzial** vorhanden ist.

Ausdrücklich möchte ich in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Fahrrads für eine **vernetzte Mobilität** hervorheben. Angeboten wie Bike and Ride muss eine größere Rolle eingeräumt werden. Mit dem Rad zum nächsten Bahnhof zu fahren, dort eine gute und sichere Abstellmöglichkeit zu nutzen und die Reise mit dem Zug fortzusetzen, ist eine Alternative zur Autofahrt. Diese Potenziale müssen wir nutzen.

Ein Ziel dabei ist die **Reduzierung verkehrsbedingter Umweltbelastung** jeglicher Art. Das betrifft vor allem Wohngebiete. Aber es betrifft auch all jene Regionen, in denen wenig Grün im Straßenbild ist und Parkplätze rar sind. Es geht um die Reduzierung von Lärm und Schadstoffen. Ganz besonders geht es darum, in den Wohnquartieren und in gemischten Wohn- und Arbeitsgebieten einen attraktiven städtischen Lebensraum zu schaffen. Mehr Fahrrad kann eine Aufwertung ganzer Stadtteile und Orte sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres Ziel ist die Gesundheit der Radfahrenden. Dafür müssen wir bei der **Verkehrssicherheit** noch mehr tun. Wenn es zutrifft, dass an jedem fünften Unfall Radfahrerinnen und Radfahrer beteiligt sind, brauchen wir eine Analyse, woran genau das liegt, und dann brauchen wir Maßnahmen, die präventiv wirken. Unfallschwerpunkte können mit anderen Ausschilderungen, Ampelschaltungen oder Vorfahrtsregelungen sicherer gestaltet werden.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Radfahrerinnen und Radfahrer benötigen guten Schutz. **Verkehrsführungen** sind so zu gestalten, dass sie für alle am Verkehr Beteiligten besser und sinnvoller funktionieren. Verkehrserziehung und Ausbildung, auch Führerscheinprüfungen, müssen das Radfahren stärker in den Fokus nehmen. Wir brauchen eine positive, radbejahende Haltung, die den Blick für die Belange des Radverkehrs schärft und die Wahrnehmung der Radfahrerinnen und Radfahrer erhöht. Hinzu kommen gezielte Förderinstrumente, die den Ausbau des Radverkehrs stär-

(Kai Vogel)

ken. Schleswig-Holstein fördert den kommunalen Radwegebau nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und dem Finanzausgleichsgesetz. Wir weisen seit dem Haushaltsjahr 2013 den Radwegebau transparent im Haushalt des Wirtschaftsministeriums aus. Auch damit machen wir deutlich, dass das Fahrrad in Schleswig-Holstein mehr als ein Fortbewegungsmittel für die Freizeit ist.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir neben der verlässlichen Förderung beides brauchen: attraktive Infrastruktur ebenso wie höhere Sicherheit. Nur dann werden wir die Akzeptanz des Verkehrsmittels Fahrrad nachhaltig stärken können.

Ich beantrage die Überweisung der Antwort auf unsere Große Anfrage Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein und des Antrages der PIRATEN in den Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Hartmut Hamerich.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage wird deutlich: Erstens hatte und hat die Förderung des Fahrrades in der Verkehrspolitik eine große Bedeutung. Zweitens sind die finanziellen Mittel zur Umsetzung wie in allen anderen öffentlichen Bereichen mehr als beschränkt. Drittens steht außer Frage, dass Fahrradfahren gesund ist. Viertens verursacht Fahrradfahren keine Schadstoffemissionen, es verursacht keinen Lärm und schafft Platz: Wo ein Auto steht, können acht Fahrräder stehen. Durch **Radfahren** wird also die **Lebensqualität** - insbesondere in unseren Städten - erhöht. Außerdem ist man mit dem Fahrrad schnell. Fahrradfahrer erreichen in Städten auf kurzen Strecken das Ziel genauso schnell wie Autofahrer.

Nach Aussage der Landesregierung ist Schleswig-Holstein Spitze beim **Ausstattungsgrad** der Bundes- und Landesstraßen mit **Fahrradwegen**. Aber gleichzeitig gibt es aus Berlin rund 600.000 € mehr Geld, das man in den Erhalt und den Ausbau von Bundesfahrradwegen in Schleswig-Holstein stecken könnte - und das in jedem kommenden Jahr. Davon habe ich von Ihnen noch nichts gehört, wahrschein-

lich weil es keine baureifen Projekte gibt, die Sie anmelden könnten. Ich stelle also fest: Das Geld ist da, und jetzt sind Sie, Herr Verkehrsminister, dran zu liefern und baureife Projekte beim Bund anzumelden. Wenn wir Radwege an Bundes- und Landesstraßen ausbauen, dann bitte da, wo wir auch einen hohen Auslastungsgrad haben.

Der erst kürzlich von Minister Meyer vorgestellte Straßenzustandsbericht hat deutlich gemacht, dass 23 % aller **Radwege** an Landesstraßen dringend **saniierungsbedürftig** seien. Das sind 480 km, also jeder vierte Kilometer. Wenn Sie sagen, dass Strecken bis 4 km mit dem Fahrrad gut zu bewältigen sind, dann muss - statistisch gesehen - jeder Fahrradfahrer auf dem Weg zur Arbeit über 1 km Buckelpiste fahren, und die Tendenz ist leider steigend. Ihnen fehlen 11 Millionen € pro Jahr für den Status quo in diesem Bereich, ein Teil davon auch für Radwege. Die Situation an den Kreis- und Gemeindestraßen ist leider auch keine andere. 5 Millionen € für Radwege an kommunalen Straßen wollten Sie jährlich für Fahrradwege über das GVFG ausgeben. Man hat einen eigenen Haushaltstitel geschaffen.

Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt: Sie bleiben mit Ihrem 70-zu-30-Taschenspielertrick hinter den Ausgaben der CDU-geführten Landesregierung mit im Schnitt 5,42 Millionen € zwischen 2008 und 2012 um eine halbe Million Euro zurück. Eigentlich ist das ganz einfach: Sie haben in Ihrer Zeit die Fahrradwege schlechter behandelt als wir.

Gerade im Hinblick auf die Veränderung der Nutzung von Fahrrädern durch die neuen Pedelecs ist das eine Entwicklung, die hier niemanden glücklich machen kann. Die Landesregierung beschreibt das bestehende Radwegenetz als fast uneingeschränkt durch Pedelecs nutzbar. Diese kurze Antwort kann ich nicht ganz nachvollziehen, denn der Nationale Radverkehrsplan 2020 problematisiert nämlich genau das. Bereits im Jahr 2012 wurden 400.000 **Elektrofahrräder** in Deutschland verkauft, Tendenz weiter steigend. Man muss kein Prophet sein, um festzustellen, dass die **Anforderungen an die Radwege** und an die ganze Fahrradinfrastruktur deutlich steigen werden. Dabei sind die Anforderungen an die Radtourismusstrecken gegenüber den Alltagsfahrten deutlich größer. Wir haben es hier auch mit Ortsunkundigen zu tun, die mit hohem Tempo über unsere Radwege fahren. Die Antwort auf die Große Anfrage ist keine Grundlage zur Selbstbeweihräucherung, sondern vielmehr Arbeitsauftrag an die anscheinend überforderte Regierung.

(Hartmut Hamerich)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Überweisung in den Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Breyer von der Piratenfraktion das Wort, der im Übrigen nach den Regeln, die wir hier haben, schon vorher hätte reden dürfen. Das war mein Versehen. Ich bitte den Kollegen Dr. Breyer und die Piratenfraktion, dies zu entschuldigen. - Herr Dr. Breyer, Sie haben das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Antrag wird nicht dadurch schlechter, dass wir ihn als Zweiten hier vorstellen. Für uns PIRATEN ist aber klar, Schleswig-Holstein muss deutlich mehr in die Pedale treten, um das Fahrradfahren hier im Lande voranzubringen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wir legen deswegen ganz konkrete Vorschläge vor, wie wir das bewerkstelligen können. Im Ziel sind wir uns ja einig: **Fahrradfahren** ist gesund, es ist umwelt- und klimafreundlich, und es ist ein kostengünstiges Verkehrsmittel. Wo mehr auf das Fahrrad umgestiegen wird, erhöht das die **Lebensqualität** ganzer Stadtviertel und Städte.

Zuletzt hat eine Studie der Weltgesundheitsorganisation noch einmal ganz klar herausgestellt: Wenn in allen europäischen Hauptstädten so viel wie in Kopenhagen Fahrrad gefahren würde, hätten wir jährlich 10.000 Todesfälle durch Luftverschmutzung weniger. Es würden in Europa über 70.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Deswegen ist es der richtige Weg, den Fahrradverkehr bei uns zu fördern.

Das Problem ist nur: Schleswig-Holstein hat sich auf dem Weg hin zu einem verstärkten Umsteigen auf das Fahrrad leider verfahren. Der Anteil der **mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege** in Schleswig-Holstein ist tatsächlich von 10 % im Jahr 2005 auf 9 % im Jahr 2012 zurückgegangen und liegt damit noch unter dem Bundesdurchschnitt. Ausgerechnet in Schleswig-Holstein, einem flachen Land, das so viele überregionale Radwege wie kein anderes Bundesland hat, ausgerechnet in einem solchen Land ist diese Bilanz leider ein Desaster und zeigt, dass wir den Lenker herumreißen und in eine andere Richtung fahren müssen.

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Zurufe SPD)

Wir müssen weg davon kommen, vor allem nur Touristen anlocken zu wollen. Wir müssen weg davon kommen, fast alle Landesmittel in den teuren Bau neuer und wenig benutzter Radwege zu stecken. Wir müssen hinkommen zu Maßnahmen mit dem Ziel, den **Radverkehrsanteil im Alltag** zu steigern. Unser Antrag sieht vor, dass sich an diesem Ziel in Zukunft alle Ausgaben messen lassen müssen. Wir haben deswegen - und dazu stehen wir, Herr Minister - in Zusammenarbeit unter anderem mit dem ADFC ein ambitioniertes Programm ausgearbeitet, das mit den Radfahrern zusammen auf Regionalkonferenzen diskutiert und ausgestaltet werden soll. Es sieht ein Landesförderprogramm zur fahrradfreundlichen Gestaltung der vorhandenen kommunalen Infrastruktur vor. Dieses Programm soll Vorrang vor dem Bau neuer Radwege erhalten. Gefördert werden soll zum Beispiel die Erstellung kommunaler Radverkehrskonzepte, aber auch sogenannte Low-cost-Maßnahmen auch jenseits der überregionalen Verbindungen.

Wir wollen, dass die Städte und Gemeinden in einer **Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen** zusammenarbeiten, um systematisch und gemeinsam an Verbesserungen vor Ort zu arbeiten. Das hat sich in anderen Bundesländern bewährt. Wir wollen eine Änderung der baurechtlichen Bestimmungen und der Förderbestimmungen mit dem Ziel, dass es mehr, bessere und sicherere **Fahrradabstellplätze** vor Gebäuden und Bahnhöfen in Schleswig-Holstein gibt.

(Beifall PIRATEN und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen, dass die **Fahrradmitnahme** in Zügen außerhalb des Berufsverkehrs und touristischer Relationen kostenlos wird.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Es hat mich in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses traurig gestimmt, dass dieser Vorschlag vom Staatssekretär als völlig abwegig abgebügelt worden ist. In Baden-Württemberg ist dies längst möglich, und in Hessen, in Hamburg, in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt wird dies ebenfalls gemacht. Das, was dort möglich ist, muss doch auch in Schleswig-Holstein möglich sein. Alle unsere Vorschläge in diesem Antrag sind kein Hexenwerk. Fast alles wurde schon in anderen Bundesländern erprobt und empfohlen. Es braucht nur den politischen Willen, sich ernsthaft für die **Attraktivität des Radverkehrs** einzusetzen. Deshalb darf das

(Dr. Patrick Breyer)

Fahrrad nicht länger ein Mauerblümchendasein in der Verkehrspolitik dieses Landes fristen.

Wenn jetzt, zwei Jahre nach der Landtagswahl, nur Fragen - also eine Anfrage - vorgelegt werden, dann ist das deutlich zu wenig. Wir bieten heute schon Antworten an und würden diese gern zusammen mit Ihnen im Verkehrsausschuss weiter beraten, denn für uns PIRATEN ist das Fahrrad ein Verkehrsmittel der Zukunft und braucht endlich die ihm gebührende Aufmerksamkeit in der politischen Diskussion. Ich hoffe, dass wir heute den Startschuss dafür geben können und in die richtige Richtung losfahren. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Dr. Breyer. - Bevor wir nun in der Debatte fortfahren, bitte ich Sie, mit mir auf der Tribüne junge und etwas ältere Gäste zu begrüßen. Es sind Mitglieder des Sozialverbands Bordesholmer Land sowie Schülerinnen und Schüler des Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasiums aus Lübeck. - Ihnen allen und euch allen ein herzliches Willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Nun hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Breyer, nach Ihrem Wortbeitrag hatte man fast das Gefühl, Sie hätten das Fahrrad erfunden. Es ist so, dass wir in diesem Hause nicht erst jetzt durch diese Große Anfrage über das Thema **Fahrradverkehr** reden. Ich darf an den Antrag zum Iron-Curtain-Trail erinnern. Bitte tun Sie nicht so, als nähmen wir das Thema Fahrradverkehr in diesem Hause nicht in den Blick.

Sie haben allerdings recht, in diesem Haus finden viele politischen Debatten statt, bei denen es um Autobahnen, den Bahnverkehr, den Nord-Ostsee-Kanal und so weiter geht. Daher ist es wichtig, dass wir heute den Blick auf das Fahrrad richten. Wir wissen, dass Milliarden Euro für Autobahnen ausgegeben werden. Die Hälfte der Fahrten der Bundesbürger sind jedoch nicht länger als 5 km. Die große Masse der Fahrten geschieht also auf der Kurzstrecke. Daher ist die **Nahmobilität** sicherlich

ein wichtiges Thema und sollte hier in der politischen Debatte eine wichtige Rolle spielen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einkaufen, Ausbildung, Hausarzt; Fahrradfahren ist ein wichtiger Teil unserer **Alltagsmobilität**. Steigende Energiepreise und der Trend zum zentralen Wohnen machen das Fahrrad für immer mehr Ziele im Alltag attraktiver für Pendlerinnen und Pendler. Deshalb ist dies auch ein aktiver Beitrag zur **Gesundheitsprävention**. Wir alle wissen, Bewegung tut uns allen gut. Oftmals ist es nach einem frustreichen Arbeitstag schön, mit dem Fahrrad nach Hause zu fahren.

Aber die Technik schreitet voran. Immer mehr Bereiche des Lebens werden davon erfasst, unter anderem auch das Fahrrad. Hier ist das Stichwort **Elektromobilität**. Das heißt, die Nahmobilität, die wir mit dem Fahrrad herkömmlicher Art auf Strecken von 5 km bis 10 km Länge haben, erhöht sich jetzt auf eine Länge von 50 km. Das heißt, es ist heute möglich, Strecken, die wir mit dem Fahrrad zurücklegen können, früher aber nicht zurückgelegt haben, weil eine gewisse Sportlichkeit dazu gehört hätte, heute mit dem Elektrofahrrad zurücklegen können.

Es wurde schon gesagt: Wenn man einen Vergleich mit Elektroautos herstellt, dann ist das Fahrrad tatsächlich ein Erfolgsmodell. Es gibt mittlerweile zwei Millionen Elektrofahrräder in Deutschland. Die Anzahl der Elektroautos ist weit geringer. Wenn wir über das Thema Elektromobilität und Infrastruktur diskutieren, dann sollten wir dies vor allem mit Blick auf das Verkehrsmittel Fahrrad tun.

Elektrofahrräder sind also eine interessante Entwicklung. Der Kundenkreis erstreckte sich früher hauptsächlich auf Senioren. Heute sind es junge Leute und Pendler, die den Boom der Pedelecs vorantreiben. Das Fahrrad hat längst nicht mehr nur zwei Räder, und es ist keineswegs auf eine Person beschränkt. In Großstädten sieht man, wie das Fahrrad Bestandteil der lokalen Ökonomie ist. Es gibt Tandems, Lastenräder, Familienräder und Falträder. Schauen Sie sich die Produktpalette einmal an. Es ist nicht länger nur der Pizzabote, der mit dem Fahrrad unterwegs ist. In Berlin wird es im öffentlichen Transport kaum eine Blutprobe, einen Bauplan oder ähnlich Wichtiges geben, das nicht durch das **Fahrrad** transportiert werden kann, weil der **Transport** schneller, zielgerichteter und klimagerichter den Kunden erreicht. Deshalb ist das Fahrrad mittlerweile auch ein Produktionsmittel der

(Dr. Andreas Tietze)

Wirtschaft und fester Bestandteil eines - wie ich es nenne - grünen Wachstums.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, die Branchenverzeichnisse in Bremen, Münster und Berlin aufzuschlagen. Unter dem Stichwort Fahrrad gibt es dort zahlreiche **Dienstleistungsunternehmen**, die sich nur mit dem Thema Fahrrad beschäftigen und ihre Wertschöpfung in kleinen und mittelständischen Unternehmen erreichen. Es werden immer mehr. Das ist wichtig: Das Fahrrad ist zu einem Gewinnfaktor geworden.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das gilt hoffentlich auch für Zug und Bus. Die heutigen Linien, die ein paar Mal am Tag über die Dörfer zuckeln, haben keine Zukunft. Wir werden immer mehr auf Achsen umsteigen. Diese müssen bedient werden. Wir müssen schauen, wie wir diese Achsen möglicherweise durch Seitenmobilitätsinnovationen bedienen können. Dabei ist das Fahrrad ein wichtiges Verkehrsmittel.

Auch **Bike and Ride** ist heute eine ganz wichtige Thematik für die Vernetzung von Fahrrad und ÖPNV. Das Fahrrad ist heute ein Gut, das sehr viel Geld kostet. Man möchte es nicht an irgendeinem Baum anschließen, sondern man möchte es fachgerecht unterbringen können. Der Trend zur vernetzten Mobilität muss also auch das Thema des Fahrradfahrens beinhalten. Nutzen ist wichtiger als Besitzen. Deshalb brauchen wir neue Mobilitätskonzepte, die das Thema Radverkehr einbinden.

Ich will noch einen Aspekt zum Thema **Verkehrssicherheit** nennen. Für uns gilt das Thema null Verkehrstote. Daher muss man auch über das Thema Sicherheit im Fahrradverkehr diskutieren. Ich hoffe sehr, dass das gestrige Urteil nicht zu Missverständnissen führt und die Leute dazu ermuntert, ohne Helm zu fahren. Der Helm bietet tatsächlich einen besonderen Schutz, gerade für Kinder und ältere Menschen. Aber auch bei Fahrten mit dem Pedelec, das wesentlich schneller fährt als ein normales Fahrrad, ist er wichtig. Wir sollten hier keine Verbotsdebatte führen, aber wir sollten vor allen Dingen deutlich machen, dass der Helm beim Fahrradfahren dazugehört. Wir sollten mit einem positiven Beispiel vorangehen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Zum Tourismus wurde schon einiges gesagt. Ich selbst habe in der letzten Woche den Mönchspilgerweg in Niedersachsen eröffnet. Wir können jetzt von Bremen über Schleswig-Holstein, also über Glückstadt und Burg auf Fehmarn, nach Roskilde

mit dem Rad fahren. Wir können in Kirchen entschleunigen und Beherbergungsbetriebe besuchen. Wir können nicht nur unsere Seele aufladen, sondern auch unseren Akku. Deshalb ist es ganz wichtig, dass das Thema **Radfahren** mit dem Thema **Tourismus** zusammengehört. Ich habe bereits den Iron-Curtain-Trail erwähnt, bei dem das Thema Geschichte hinzukommt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

All dies sind wichtige Punkte. Ich weiß gar nicht, wie ich noch alles zum Thema Fahrradverkehr erzählen soll. Ich habe noch so viele Ideen und Gestaltungsvorschläge, die Sie einem Grünen sicherlich nachsehen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Da gibt es sicher andere Möglichkeiten.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich sprudele nur so über, aber ich akzeptiere das Diktat der Uhr und dieser unsäglichen 5 Minuten Redezeit. Ich komme jetzt zum Ende. - Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat die FDP-Fraktion das Wort. Ich erteile es dem Herrn Kollegen Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach dieser historischen fahrradpolitischen Rede des Kollegen Dr. Tietze fällt es mir schwer, Worte zu finden. Ich will es trotzdem versuchen. Die Große Anfrage der SPD greift einige interessante Fragen zum Thema **Radverkehr in Schleswig-Holstein** auf. Die Antworten der Landesregierung werden den Radverkehr in Schleswig-Holstein vermutlich nicht in Gänze revolutionieren, aber einige Erkenntnisse sind durchaus wertvoll für anstehende Weichenstellungen in diesem Bereich.

(Christopher Vogt)

Herr Kollege Tietze, das werden Sie auch festgestellt haben: Schleswig-Holstein ist topografisch für den Fahrradverkehr so gut geeignet wie kaum ein anderes Bundesland. Über zu viele Hügel und Berge kann man sich auch bei unterdurchschnittlicher Sportlichkeit nicht beschweren, aber unser Bundesland hat auch beim Fahrradverkehr einmal wieder **Nachholbedarf**. Es ist wenig überraschend, die bestehende **Infrastruktur** ist auch in diesem Bereich unzureichend ausgebaut und teilweise sanierungsbedürftig.

Die FDP-Fraktion unterstützt die Forderung, die Rahmenbedingungen für den Radverkehr in Schleswig-Holstein weiter zu verbessern. Vor allem in den Städten wird der Radverkehr in den kommenden Jahren eine immer größere Bedeutung bekommen. Hier sollte deshalb der politische Schwerpunkt bei diesem Thema liegen. Im ländlichen Raum hat der Radverkehr vor allem eine touristische Bedeutung. Ich sehe dies etwas anders: Dies werden auch Pedelecs und E-Bikes nicht wirklich von Grund auf in den nächsten Jahren verändern. Deshalb sollte der Schwerpunkt im **ländlichen Raum** weiterhin beim **Radtourismus** liegen. Ich selbst komme aus dem Herzogtum Lauenburg. Dort hat der Radtourismus im touristischen Bereich eine sehr große Bedeutung.

Frau Kollegin von Kalben ist leider nicht da. Gerade im ländlichen Raum muss bei den Radwegen die Devise Erhalt vor Neubau gelten. Die Mittel sind stark limitiert.

Ein **Viertel der Radwege** in Schleswig-Holstein ist laut Antwort der Landesregierung sanierungsbedürftig. Da versteht es natürlich auch kein Mensch - Herr Kollege Dr. Breyer hat es eben auch ausgeführt -, wenn neben völlig maroden **Straßen**, aus welchem Topf auch immer diese erhalten werden, nagelneue Radwege gebaut werden, über die kaum ein Mensch fährt. Das werden die Leute nicht verstehen. Ich kenne auch einige Beispiele aus meiner Heimatregion. Da staunen die Menschen nicht schlecht, wenn neben einer völlig zerschossenen Landesstraße neue Radwege mit Landesmitteln gebaut werden. Das können die Menschen nur schwer nachvollziehen. Solange also nicht insgesamt deutlich mehr Geld in die Hand genommen wird, müssen zunächst die maroden Radwege saniert werden, bevor neue gebaut werden.

Unsere Städte sind beim Radverkehr von niederländischen Städten wie zum Beispiel Amsterdam natürlich Lichtjahre entfernt. Dort hat der Radverkehr traditionell eine ganz andere Bedeutung und erfährt eine viel größere Akzeptanz bei Verkehrsteilneh-

mern, und es gibt auch eine viel besser ausgebaute Infrastruktur.

Schleswig-Holstein hat beim Radverkehr auch im bundesweiten Vergleich an gewissen Stellen Nachholbedarf. Es fällt aber vor allem auf, dass die **Landeshauptstadt Kiel** hier bereits auf einem guten Weg ist. In Kiel gibt es bereits eine vergleichsweise **gut ausgebaute Infrastruktur**. Seit zehn Jahren gibt es sogar eine Fahrradstraße, auf der die Fahrradfahrer Vorrang haben, und seit über 20 Jahren gibt es auch einen Radverkehrsbeauftragten der Stadt. In den meisten Städten gibt es vor allem Bedarf an zusätzlichen Radspuren, an Schutzstreifen, die verhältnismäßig wenig kosten, an sicheren Übergängen und geeigneten Abstellmöglichkeiten. In vielen kleineren und - für schleswig-holsteinische Verhältnisse - mittelgroßen Städten wie Pinneberg, aber auch in größeren Städten wie Flensburg und Lübeck ist da noch sehr viel Luft nach oben.

In den letzten Jahren gab es immer wieder die Debatte in den Medien über „rüpelhafte“ Radfahrer in den Städten, die eine zunehmende **Gefahr für Fußgänger** darstellen würden. Vor allem der ehemalige Bundesverkehrsminister Ramsauer hat sich in der öffentlichen Debatte immer wieder mit dem Begriff des „Kampfradlers“ hervorgetan. Das mag in manchen Großstädten ein ernstes Problem sein. Aber die meisten Unfälle, wenn man sich die Statistiken anschaut, in die Radfahrer verwickelt sind, haben mit dem Autoverkehr zu tun, und da ziehen Radfahrer im Zweifel aus naheliegenden Gründen immer den Kürzeren. Dennoch muss der Radverkehr dort, wo es möglich und sinnvoll ist, zurück auf die Straße gebracht werden. Der ADFC, der schon angesprochen worden ist, fordert dies bereits seit vielen Jahren mit Engagement. Dies würde die Sicherheit für die Radfahrer vor allem an Straßeneinmündungen und Ausfahrten, an denen es meistens zu Unfällen kommt, erheblich erhöhen.

Meine Damen und Herren, das Thema **Sicherheit beim Radverkehr** hat naturgemäß eine große Bedeutung; der Minister hatte dies schon angesprochen. Das jüngste Urteil des Bundesgerichtshofs zum Tragen von Helmen, das ich ausdrücklich begrüße, weil eine Helmpflicht aus meiner Sicht kontraproduktiv wäre,

(Beifall FDP und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

hat die Diskussion noch einmal angeheizt. Es ist ja nicht so, dass das wieder einmal ein Gerücht von Liberalen wäre. Der Minister hatte es bereits angesprochen: Es gibt Länder, die eine Helmpflicht be-

(Christopher Vogt)

reits eingeführt haben. In diesen Ländern gibt es Erhebungen, nach denen der Anteil des Radverkehrs am Verkehrsgeschehen zurückgegangen ist. Deshalb sollte man es den Erwachsenen selbst überlassen zu entscheiden, ob sie einen Helm tragen wollen oder nicht, und bei Kindern sollten das bitte die Eltern klären.

Der von den PIRATEN vorgelegte Antrag beinhaltet eine ganze Reihe von Maßgaben und neuen Vorgehen, die das Land vornehmen sollte, um den **Radverkehr zu stärken**. Wir sollten den Antrag, wie dies die Kollegen bereits vorgeschlagen haben, gemeinsam mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage im Ausschuss weiter beraten. Im Antrag gibt es aber noch einige Punkte, bei denen zu klären ist, ob sie sinnvoll und umsetzbar sind. -Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn der Erholungs- und Natururlaub bei uns im Land immer noch an erster Stelle steht, hat sich der **Fahrradtourismus in Schleswig-Holstein** mittlerweile zu einem **Wirtschaftsfaktor** entwickelt. So geht es aus der Antwort der Landesregierung zur Großen Anfrage hervor.

Insbesondere im ländlichen Raum und abseits der Hauptdestinationen spielt der Fahrradtourismus eine wichtige Rolle. Dies liegt unter anderem daran, dass Fahrradfahren zunehmend eine breitere **Akzeptanz in der Gesellschaft** findet und dass das touristische Erlebnis, ein Land per Fahrrad kennenzulernen, durchaus reizvoll ist. Dieser Trend wurde in Schleswig-Holstein bereits früh erkannt, und entsprechend wurden auch verschiedene Maßnahmen ergriffen, die den Fahrradtourismus stärken.

Der **Ausbau der Infrastruktur** gehört hierbei zu den wichtigsten Maßnahmen. Das beschriebene Radverkehrsnetz bildet hierfür die Grundlage für die Entwicklung und Umsetzung zahlreicher touristischer Radrouten in den verschiedensten Regionen des Landes.

Mit der Einrichtung der **Radkoordinierungsstelle bei der TASH** und den jährlichen Fachtagungen zum Radverkehr wurde seinerzeit der Austausch

zwischen Touristikern und Verkehrsplanern in Gang gebracht, denn nur gemeinsam können Vorteile für den Radverkehr erzielt werden. Der Erfolg der Radkoordinierungsstelle zeigt sich auch in den dort initiierten Angeboten, wie beispielsweise der Online-Radroutenplaner oder die Freizeitportale. Für die innovative Radroutenfunktion der Freizeitportale wurde die TASH im letzten Jahr mit dem zweiten Platz beim bundesweiten Wettbewerb um den Deutschen Fahrradpreis belohnt.

Um für die Radtouristen die verschiedenen Regionen des Landes erlebbar zu machen, gehört auch die Verknüpfung von Radverkehr und ÖPNV sowie SPNV dazu. Um das **Bike&Ride-Angebot** zu verbessern, erhebt die Radkoordinierungsstelle derzeit die Situation an den Bahnhöfen und wird nach der Analysephase Verbesserungsvorschläge erarbeiten und diese mit den Kommunen erörtern. Mit der qualitativen Weiterentwicklung der radtouristischen Angebote soll der Marktanteil des Fahrradtourismus weiter gesteigert werden. Es zeigt sich, dass Schleswig-Holstein im Bereich des Radtourismus auf einem guten Weg ist, um das Land für Radtouristen noch besser erlebbar zu machen.

Um die Bedeutung der Radtouristen für die lokale Wirtschaft deutlich zu machen, sollte man sich einmal eine Studie anschauen, die vor sieben Jahren in Dänemark gemacht worden ist. Aus dieser Studie geht ganz klar hervor, dass ein Fahrradtourist 30 % mehr Geld vor Ort lässt als andere Touristen. Das hängt ganz klar damit zusammen, dass man auf seinem Fahrrad einfach nicht so viele Gegenstände mitführen kann wie im Kofferraum des Autos. Deshalb geben die Radfahrer mehr Geld aus. Fahrradtourismus lohnt sich also wirklich.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Aber nicht nur für den Fahrradtourismus ist es notwendig, eine **attraktive Infrastruktur** vorzuhalten. Gerade im Bereich des Alltagsradverkehrs sehen wir noch viel Potenzial im Lande. Die tägliche Nutzung des Rades muss weiter verbessert werden. Hier spielt insbesondere die verstärkte **Verknüpfung der Verkehrsträger** Fahrrad und ÖPNV eine wichtige Rolle. Auch hier arbeiten die Radkoordinierungsstelle und die LVS bereits zusammen, um die Abstellmöglichkeiten an Bahnhöfen sowie die Mobilitätsberatung der Fahrgäste mit Fahrrad zu verbessern.

Ich sagte vorhin schon: Das Rad muss aber nicht neu erfunden werden. Man muss auch nicht bis nach Holland reisen, um dies zu erkennen. Auch unser Nachbar Dänemark macht bereits seit Jahr-

(Flemming Meyer)

zehnten vor, dass das Fahrrad für den täglichen Gebrauch durchaus tauglich ist. Dort gibt es beispielsweise schon seit 1997 jährliche eine landesweite große Kampagne, die dafür wirbt, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu radeln.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Breyer, bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Meyer, vielen Dank. - Sie haben die Bemühungen der LVS angesprochen, für mehr Abstellplätze an Bahnhöfen zu sorgen. Dadurch, dass das in die kommunale Zuständigkeit fällt, kommen wir auf diesem Weg leider nicht wirklich voran. Was halten Sie denn von unserem Vorschlag, der auch im Nationalen Radwegeverkehrsplan unterbreitet wird, die Förderung von Bahnhofsumbauten daran zu koppeln, dass die Kommunen genügend Abstellplätze schaffen?

Flemming Meyer [SSW]:

Ich denke, das ist ein sinnvoller Vorschlag, den wir im Ausschuss noch erörtern werden.

Das Fahrrad als **Alltagsverkehrsträger** wurde in Dänemark bereits früh beworben und genutzt, und entsprechend gibt es heute auch die notwendige Infrastruktur. Dazu gehören gut ausgebaute Fahrradwege und sichere Unterstellmöglichkeiten, eben beispielsweise an den Bahnhöfen. Wer einmal am Hauptbahnhof oder an einer S-Bahn-Station in København war und sich dort die Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder angesehen hat und überhaupt gesehen hat, wie viele Fahrräder dort geparkt werden, der bekommt wirklich ein Bild davon, welches Potenzial sich darin auch für uns noch verbirgt. Dies gilt insbesondere für die Metropolregion und die größeren Städte des Landes.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

In Schleswig-Holstein verfügen wir über ein flächendeckendes, nach einheitlichen Prinzipien ausgedacht Radwegeverkehrsnetz. Aus der vorliegenden Antwort wird deutlich, dass die Herausfor-

derung darin liegt, den erreichten Standard durch eine regelmäßige **Pflege der Beschilderung** zu erhalten. Hierzu wurden vom Land bereits zwei Projekte auf den Weg gebracht und Empfehlungen für eine wirtschaftliche Pflege und Wartung erarbeitet.

In Nordfriesland besteht für die Kommunen die Möglichkeit, ergänzend friesischsprachige Beschilderungen anzubringen,

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was nicht nur sprachfördernd wirkt, sondern auch dazu beiträgt, dass der Gast die Region als etwas Unverwechselbares wahrnimmt. Leider wurde dies bisher nicht überall umgesetzt, obwohl dafür ein Konzept mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises erarbeitet wurde.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Flemming Meyer [SSW]:

Ja, das mache ich. - Die Förderung für die Beschilderung wird auch über das Jahr 2015 hinaus durch ELER-Mittel geleistet. Es ist daher richtig, dass das Land weiterhin darauf hinwirkt, dass die Beschilderung in Nordfriesland entsprechend ausgeführt wird.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Detlef Matthiessen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich möchte auf einige der geleisteten Beiträge eingehen.

Meine Damen und Herren, wir alle reden von der **Energiewende**, müssen aber in dem Zusammenhang auch von einer **Verkehrswende** sprechen. Der Kollege Tietze hat es schon erwähnt. Wir hatten zur Jahreswende - der Verband weiß es selber nicht ganz genau - etwa 2 Millionen zugelassene Pedelecs in Deutschland. Das ist - im doppelten Sinne des Wortes - eine Abstimmung mit den Füßen für Elektromobilität.

Dieses Achsenkonzept, das Herr Tietze erwähnt hat, ist ein neuer Gedanke, den wir unter das Motto

(Detlef Matthiessen)

„Elektromobil von der Haustür bis zum Ziel“ stellen.

Das **Pedelec** kann uns auch eine Chance bei den Antworten auf die Problemstellungen, die der demografische Faktor uns abverlangt, bieten, wenn wir uns beispielsweise die Bedienung des ÖPNV im ländlichen Raum ansehen. Wir Grüne setzen auf ein **Achsenkonzept**, das unter anderem bedeutet, dass wir die Busse nicht mehr leer durch die Landschaft fahren lassen und an jeder Milchkanne nach wie vor halten, sondern dass wir Schnellbusstrecken schaffen müssen. Die Erreichbarkeit dieser Schnellbusstationen kann entweder über Zubringerbusse oder mit dem Pedelec erfolgen.

Was bedeutet das für den Service? - Ein Pedelec kostet in der Regeln nicht unter 1.500 €. Es gibt auch wesentlich teurere. Die Nutzer müssen ihre **Fahrräder** dann **sicher unterbringen** können. Ich habe das recherchiert. In Eckernförde am Bahnhof gibt es 30 Fahrradboxen, die 80 € im Jahr kosten. Die sind überbelegt. Die Verwaltung des Bauamtes sagte mir, sie könnten mindestens das Dreifache an solchen Boxen anbieten. Hier müssen wir dafür sorgen, dass bei dem Umbau des Eckernförder Bahnhofes, ähnlich wie Herr Dr. Breyer es gerade in seiner Zwischenfrage ansprach, darauf geachtet wird, dort attraktive Möglichkeiten für den Elektroverkehr zu schaffen.

Meine Damen und Herren, in Richtung PIRATEN wollte ich sagen, dass Sie zwar eine ganze Menge Vorschläge gemacht haben, die jedoch nicht alle neu und einige zum Teil schon lange bekannt sind. Die ganze Fahrraddebatte, die wir hier in diesem Hohen Hause regelmäßig führen, leidet darunter, dass, wenn sie geführt wird, alle leidenschaftlich für den Fahrradverkehr sind. Im Laufe der Legislaturperiode wird die Begeisterung dafür aber geringer. Wir sollten die Debatte im Ausschuss dafür nutzen, die Vorschläge und Konzepte ernsthaft zu diskutieren und diese Dinge vielleicht auch unter der von uns Grünen geforderten Strategie „Elektromobil von der Haustür bis zum Ziel“ zu Ende denken.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir müssen überlegen, ob es sich nicht mehr rentiert, an einer Bushaltestelle auf dem Dorf eine Fahrradbox zu errichten als noch eine weitere Stati-

on an der Schiene neu zu bauen. Das heißt, auch die Rentierlichkeitsfrage muss im Zusammenhang mit dem Fahrradverkehr neu gestellt werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Debatte im Ausschuss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Beratung. Von den Kollegen der SPD-Fraktion ist beantragt worden, die Große Anfrage an den Ausschuss zu überweisen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unbedingt!)

- Auch die FDP ist also dafür. Darüber lasse ich jetzt abstimmen, wer sich sonst noch den Kollegen Vogel und Kubicki anschließen möchte.

Wer also die Große Anfrage und die dazugehörige Antwort der Landesregierung dem Wirtschaftsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Piratenfraktion, des SSW, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Dagegen ist niemand. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu Punkt b), Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/1975 (neu). Ich meine, die Debatte so verfolgt zu haben, dass auch dieser Antrag dem Wirtschaftsausschuss überwiesen werden soll. Ich bitte daher auch hier um das Handzeichen, wer dem so zustimmen will. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der FDP, der CDU, der PIRATEN, SSW, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Dagegen stimmt niemand, genauso gibt es keine Enthaltungen. Somit ist dieses einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 14, 22, 51 und 52 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Prüfung von befristeten Ausnahmen vom Sonntagsfahrverbot im Rahmen des A-7-Ausbaus

Antrag der Fraktion CDU
Drucksache 18/1925

b) Bericht über Maßnahmen zur Stausituation im Rahmen des A-7-Ausbaus

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 18/1962

c) Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1725

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirt-
schaftsausschusses
Drucksache 18/1847

**d) Auch in Zukunft sicher über den Nord-Ost-
see-Kanal**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 18/1730

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirt-
schaftsausschusses
Drucksache 18/1849

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der mit der Drucksache 18/1962 beantragte mündliche Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe? - Die Kollegen Dr. Breyer und König aus der Piratenfraktion möchten diesen mündlichen Bericht jetzt nicht gegeben wissen. Wer enthält sich? - Das ist niemand. Damit ist dieses mit überragender Mehrheit so beschlossen.

Damit erteile ich dem Abgeordneten Christopher Vogt als Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses das Wort für seinen Bericht.

Christopher Vogt [FDP]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich denke, die Gefechtslage ist den Beteiligten klar. Daher möchte ich auf die vorliegenden Drucksachen verweisen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. - Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich nun dem Kollegen Hans-Jörn Arp das Wort erteilen, da die CDU-Fraktion den ersten und ursprünglichen Antrag gestellt hatte.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollen über aktuelle Themen hier im Landtag zeitnah diskutieren. Ich denke, zeitnaher als heute über die frohe Mitteilung des Bundesverkehrsministers, die Mittel für das **Ersatzbauwerk der Rader Hochbrücke** bereitzustellen, zu sprechen, ist nicht möglich. Daher allen Antragstellern ein herzliches Dankeschön, dass wir heute hier darüber diskutieren.

(Beifall CDU)

Auch der SSW kann an dieser Stelle applaudieren. Es ist ein guter Tag für Schleswig-Holstein, es ist ein guter Tag für Deutschland.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn die Brücke da ist!)

- Herr Kubicki, die Mitteilung, dass dieses Geld kommt, ist eigentlich nicht überraschend. Bisher hat der Bund, wenn wir Baureife oder ein Problem hatten, die Mittel dafür bereitgestellt. Alles andere wurde hier immer kolportiert, erzählt, es gebe keine Mittel. Hier ist wieder ein Beweis dafür, dass der Bund zu seiner Verantwortung steht, insbesondere zu seiner Verantwortung hier in Schleswig-Holstein.

Die **A 7** ist nicht nur irgendeine Autobahn. Die **A 7** geht von Flensburg bis nach Kempten im Allgäu, sie ist die größte Autobahn, die wir in der Bundesrepublik haben, sie ist die meistbefahrenste und die wichtigste. Sie ist nicht nur die Lebensader Deutschlands, sondern auch die Lebensader zwischen Skandinavien und Zentraleuropa. Deshalb müssen wir alle ein großes Interesse daran haben, dass diese Lebensader weiterhin erhalten bleibt. Unser größtes Interesse muss jetzt jedoch sein, so schnell wie möglich das Signal zu senden, dass hier ein **Ersatzbauwerk** kommt.

Schön wäre es, wenn dazu ein **Tunnel** gebaut wird. Jeder weiß aber auch in dieser Runde, dass das in zwölf Jahren realistisch nicht zu machen ist. Und jeder, der hier diese Forderung aufstellt, einen Tunnel haben zu wollen, muss wissen und erklären, wie er das mit der Planfeststellung innerhalb von zwölf Jahren schaffen will. Denn wir haben es in 20 Jahren nicht geschafft, die Baureife für den Ausbau der **A 20** zu erreichen. Wie sollten wir es dann in zwölf Jahren für die **A 7** schaffen?

Denn man muss wissen, dass es nicht nur um die 15 bis 20 Jahre der Planfeststellung geht, sondern dass dazu noch eine **Bauphase** von mindestens sechs bis sieben Jahren kommt. Zwölf Jahre allein für ein Er-

(Hans-Jörn Arp)

satzbauwerk - das ist ein sehr ambitioniertes Vorhaben.

Herr Meyer, deshalb müssen Sie sich ab heute, nachdem Sie das Signal aus Berlin bekommen haben, dass das Geld kommt, mit aller Kraft und allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel dafür einsetzen - wir haben Ihnen schon gesagt, dass es die große Koalition aller im Landtag beteiligten und Verantwortung tragenden Politiker gibt, die Sie auf diesem Weg unterstützt -, dass es so schnell wie möglich weitergeht.

(Beifall Johannes Callsen [CDU])

- Danke. - Denn wir tragen Verantwortung nicht nur für dieses Land. Dänemark und **Skandinavien** schauen genau auf uns und beobachten, was wir jetzt machen. Denn viele Betriebe wie Dienstleistungs-, Touristik- oder Logistikunternehmen hängen von der Rader Hochbrücke und ihrer Zukunft ab. Wir müssen jetzt beweisen, dass wir diese Verantwortung übernehmen.

Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass es auch in der Bauphase - wir wissen, wie es bei der Störbrücke, einem ähnlichen, aber nicht vergleichbaren Bauwerk, war - zu **Verkehrsverzögerungen** kommt. Deshalb muss ein Bypass geschaffen werden. Der Engpass befindet sich südlich von Husum bis an die A 23 heran.

Wir - das sind auch viele andere Verkehrspolitiker - wollen dort keine Autobahn haben. Das würde viel zu lange dauern. Aber wir müssen jetzt dringend den **Ausbau der B 5** parallel dazu fordern und durchsetzen, denn davon ist wesentlich abhängig, inwieweit wir dieses Problem lösen.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Es ist genau ein Jahr her, dass Sie mitbekommen haben, wie die Situation ist.

Deshalb lauten mein Wunsch und mein Appell an Sie: Sorgen Sie nicht nur auf Arbeitsebene wie bisher, sondern auch auf hoher politischer Ebene dafür, dass alles getan wird, damit Schleswig-Holstein als Land seiner **Brückenfunktion zwischen Skandinavien und Zentraleuropa** in der Verkehrsinfrastruktur nachkommen kann und wir uns nicht am Ende alle blamieren.

Es geht um Arbeitsplätze. Es geht um Pendler. Es geht nicht nur um Skandinavien, sondern auch um diejenigen, die im **Wirtschaftsraum Rendsburg** leben. Es geht also um sehr viele kleine und mittlere Betriebe. Aber auch diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit wollen, sind davon abhängig und warten

auf das, was in diesem Hause geschieht. Deshalb ist ein Schulterschluss aller Beteiligten besonders wichtig. Ich mahne auch an, dass wir alle möglichst schnell und gemeinsam an diesem Ziel arbeiten.

Wir haben weiterhin eine Aussprache über folgendes Thema beantragt: Was machen wir mit dem **Lkw-Verkehr an Sonntagen**? Mit Blick auf die 70, 80 oder 90 Ferientage - an immerhin noch 250 Tagen im Jahr sind keine Ferien - sollten Sie zusammen mit Ihren norddeutschen Kollegen darüber diskutieren, Herr Meyer, ob es möglich ist, die Lkw statt um 22 Uhr schon um 18 Uhr oder um 20 Uhr auf die Straße zu lassen.

Wir wollen nicht mit dem Tourismus- oder Bäderverkehr in einen Konflikt kommen. Aber darüber hinaus bleiben mindestens noch 35 bis 45 Wochen und damit ebenso viele Sonntage im Jahr übrig, um diese Situation zu entschärfen. Denn auch sie sorgen für wichtige **Wertschöpfung** in unserem Land. Die Ware aus Schleswig-Holstein muss in die Kernregionen Nordrhein-Westfalens. Sie kann nur dann dort ankommen, wenn sie nicht im Stau steht.

Heute verlassen uns die ersten Firmen. Gerade vor wenigen Tagen oder Wochen hat EDEKA sein Logistiklager an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern eröffnet, weil der Elbtunnel als feste Größe nicht mehr zu kalkulieren ist. Das ist für keinen Logistiker möglich. Das darf nicht so weitergehen. Wir brauchen von hier klare Signale eines Verkehrsministers, der diese Probleme kennt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Er darf sie nicht nur wie bisher beschreiben, sondern er sollte möglichst auch Lösungen umsetzen, um so den Menschen das Vertrauen zu geben, dass wir alle gemeinsam an einem Strang in eine Richtung ziehen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. - Nun erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Reinhard Meyer das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verkehrspolitik steht immer mehr im öffentlichen Fokus.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist gut so!)

Deshalb diskutieren wir aktuell wieder intensiv über den Zustand unserer Straßen, Brücken und Wasserstraßen. Wir reden über den Erhalt und den Ausbau unserer Verkehrsinfrastrukturen und darüber, wie wir das Ganze finanzieren wollen. Das ist auch gut so; denn Mobilität ist sehr wichtig für unsere Gesellschaft. Sie verändert sich. Die neuesten Prognosen für die Güter- und Personenverkehre zeigen, dass wir nach wie vor steigende Verkehre gerade auf den Straßen haben.

Wir brauchen hierbei besonders den Ausbau der Seehafen-Hinterland-Anbindungen. Dieses wichtige Thema müssen wir gemeinsam auf Berliner Ebene weiter voranbringen. Ich hoffe, dass sich dabei noch mehr tut.

Aber insbesondere der **Schwerlastverkehr** bringt große Herausforderungen mit sich. Denn der Schwer- beziehungsweise Güterverkehr stellt besondere Belastungen für die Straßen dar. Bei der Rader Hochbrücke stehen wir vor der Aufgabe, dieses Brückenbauwerk für alle Verkehrsbelastungen und für die Zukunft fitzumachen. Die gute Nachricht lautet: Der Bund hat grünes Licht für einen Beginn der **Planungen für ein Ersatzbauwerk** gegeben. Wir wollen jetzt keine Zeit verlieren. Wir wollen die Planungen unverzüglich starten.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Herr Arp, wenn Sie sagen, die Mittel seien freigegeben, bedeutet das zunächst einmal, dass auf das Land die Planungskosten in Höhe von 15 bis 20 Millionen € zukommen. Das **Gutachten zur Rader Hochbrücke** ist zwar noch nicht endgültig abgeschlossen, aber klar ist: Die Restnutzungsdauer wird nur noch zwölf Jahre betragen.

Heute schon brauchen wir für Schwertransporte über 84 t Alternativen, um Lösungen für den Wirtschaftsverkehr anbieten zu können. Ein Masterplan für Ausgleichsverkehre ist bereits in Auftrag gegeben.

Meine Damen und Herren, bei der Rader Hochbrücke gibt es ein Aber vom Bund. Die Arbeitsebene lehnt eine Untersuchung der Option Straße/Schiene und damit ein **kombiniertes Tunnelbau-**

werk ab. Nach Einschätzung des Bundesverkehrsministeriums soll die **Restnutzungsdauer der Eisenbahnbrücke** nach der Grundinstandsetzung noch 50 Jahre betragen. Den Reisezeitgewinn durch eine Tunnellösung sieht man für die Schiene als zu gering an. Ich glaube, wir müssen die beteiligten Damen und Herren zu einem Lokaltermin einladen, damit sie sehen, was das bedeutet.

Ich glaube, dass der Bund - das ist meine Kritik - bei der Infrastruktur nicht langfristig genug denkt und sich von Bauwerk zu Bauwerk hangelt. Deswegen haben wir, Herr Arp, da keine unterschiedlichen Ansichten. Aber wir dürfen es nicht zulassen, dass er sich von Bauwerk zu Bauwerk hangelt, sondern ich werde mit dem Bundesverkehrsminister nochmals persönlich über diese Möglichkeiten reden. Da können Sie sicher sein.

(Beifall SPD und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Zeitschiene!)

- Die Zeitschiene ist wichtig, Herr Arp; ich weiß das. Aber auch bei einer Tunnellösung kann man die Schiene immer noch zeitversetzt später bauen. Insofern werden wir jetzt bei der Vorplanung - das müssen wir auch - sowohl eine Brücken- als auch eine Tunnellösung prüfen.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Ich komme noch kurz auf den **Ausbau der A 7** zu sprechen. Es gibt eine breite Zustimmung dazu, dass wir die A 7 ausbauen; denn schon heute sind Staus insbesondere im Zulauf nach Hamburg alltäglich. Wir reden heute schon über die Stausituation. Der geplante Ausbau wird eine Geduldssprobe werden. Das haben wir immer wieder festgestellt. Deswegen werden wir gemeinsam mit Hamburg in einer **Fünfsäulenstrategie** dafür sorgen, dass das so verträglich wie möglich geschieht. Dazu gehören erstens eine sichere und leistungsfähige Verkehrsführung im Baustellenbereich, zweitens eine groß- und kleinräumige Verkehrslenkung im Korridor der A 7, drittens eine Verkehrsverlagerung auf Alternativen, viertens die umfassende und aktuelle Informationsbereitstellung sowie fünftens ein verlässliches Baustellenmanagement mit dem Verkehrskordinator. Dazu gehört natürlich auch die Verbesserung der ÖPNV-Anbindung; sie ist häufig erwähnt worden.

Ich bitte nur um Folgendes: Wir sollten von der self-fulfilling Prophecy abkommen, die A 7 sei so

(Minister Reinhard Meyer)

schlimm, dass jetzt die Unternehmen abwanderten. Ich bitte, das zu vermeiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich werde mit jedem Unternehmen, das mir genannt wird und das deswegen eine Verlagerung prüft, reden, weil ich davon überzeugt bin: Wenn die A 7 fertig ist, werden wir eine sehr leistungsfähige Infrastruktur für Schleswig-Holstein haben.

Zuletzt komme ich auf das **Sonn- und Feiertagsfahrverbot** und auf den Antrag der CDU zu sprechen. Das Sonn- und Feiertagsfahrverbot ist in § 30 Absatz 3 der Straßenverkehrsordnung geregelt. Dort sind bereits gesetzliche Ausnahmen vorgesehen. Fahren dürfen zum Beispiel Lkw mit verderblicher Ware sowie diejenigen, die als Seehafen- und Schienenkombiverkehre gelten.

Eine allgemeingültige Ausnahmeregelung während des Ausbaus der A 7 ginge über diese Maßnahmen hinaus. Sie wäre zurzeit rechtlich unzulässig und ist damit ausgeschlossen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo sollen die auch stehen bleiben?)

Es gibt nur die Möglichkeit, in begründeten Einzelfällen Ausnahmen nach § 46 der Straßenverkehrsordnung zuzulassen. Hierfür sind aber strenge Kriterien zu erfüllen.

Eine Änderung erreichen wir nur mit dem Bund und mit der Mehrheit der Länder, meine Damen und Herren. Im Übrigen darf ich einmal fragen. - einmal abgesehen, Herr Arp, was Sie richtigerweise gesagt haben zur Konkurrenz zum Reiseverkehr, zum Ferienverkehr im Tourismusland Schleswig-Holstein im Sommer -: Was bringt den Unterschied zwischen 18 und 22 Uhr? Mich hat bisher die Logistikwirtschaft noch nicht davon überzeugen können, dass dies das Entscheidende ist. Wir prüfen viele Dinge, aber ich glaube, wir sollten hier wirklich bei dem bleiben, was wir haben, weil es auch andere Maßnahmen gibt, auf die wir uns konzentrieren sollten.

(Beifall SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern: Wir werden alle verkehrspolitischen sinnvollen Möglichkeiten ausschöpfen, damit wir bei der A 7 so gut wie möglich durch diese Situation kommen, und wir werden dabei sehr eng mit Hamburg zusammenarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um etwa eine gute Minute überzogen. Das hat aber auch schon der Kollege Arp getan, weil ich etwas unaufmerksam war.

(Christopher Vogt [FDP]: Dann wollen wir zwei Minuten mehr haben!)

Insofern steht sie jetzt allen anderen auch zur Verfügung. Als Erster darf Herr Kollege Kai Vogel von der SPD-Fraktion sie ausfüllen.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag der CDU zur Aufhebung des Sonntagsfahrverbots gelesen habe, dachte ich: Ihnen fällt wohl auch nichts mehr ein. Ganz im Ernst: Die Aufhebung des Sonntagsfahrverbots für Lkw auf Schleswig-Holsteins Straßen ist das Letzte, was wir brauchen. Selbst wenn es käme und die **Lastwagen** über siebeneinhalb Tonnen die Urlaubskarawanen verlängern, wohin sollten sie fahren? Denn in den anderen Bundesländern gilt ebenfalls ein **Sonntagsfahrverbot**, übrigens auch in Frankreich, Italien, Luxemburg, Rumänien, Polen, Liechtenstein, Griechenland, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch vollkommen klar, dass man auch ein Sonntagsfahrverbot überprüft, wenn es um moderne Baustellenkoordination geht. Es kann jedoch nicht sein, dass Sie bei jeder Gelegenheit an Lastwagen denken. Seien es Gigaliner, seien es normale lange Lkw, Hauptsache es brummt und Ihre Welt stimmt.

Tatsächlich - da sind wir uns alle einig - wird es in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren eng werden. Die A 7 wird ausgebaut. Das ist dringend notwendig. Das wird zu Belastungen führen.

Zur Erklärung für Sie, lieber Kollege Arp, die A 7 geht im Übrigen nicht nur bis Kempten, sondern sie geht bis Füssen. Das sind 50 km mehr.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Und dann weiter bis Österreich! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ja genau, dann weiter bis Österreich, aber da endet dann die Autobahn.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Da geht es nicht mehr weiter!)

- Das wollte ich gerade sagen. Da heißt sie dann nicht mehr A 7, sondern da heißt sie Fernpass.

(Kai Vogel)

Es ist gut zu wissen, dass nun Klarheit herrscht, dass ein Ersatzbauwerk zur NOK-Querung benötigt wird. Über die Funktionsfähigkeit der **Rader Hochbrücke** und die Bedeutung der **A 7** haben wir das letzte Mal vor rund zwei Monaten hier im Landtag debattiert. Für uns steht trotzdem weiterhin außer Frage, dass wir eine kombinierte Straßen- und Schienenquerung bevorzugen.

Wenn Sie letzte Woche die Verkehrsprognose 2030 gelesen haben, wissen Sie, dass die Dynamik im Verkehr noch zunimmt. Im Güterverkehr vor allem auf der Schiene, aber auch auf der Straße wird Infrastruktur der Schlüssel für eine funktionierende Wirtschaft sein. Infrastruktur, das ist nicht nur Beton und Stahl für heiße Motoren, Infrastruktur umfasst ein modernes, ganzheitliches Mobilitätskonzept mitsamt Kosten-Nutzen-Analyse sowie umwelt- und raumordnerischer Beurteilung.

Die A 7 ist die wesentliche **Nord-Süd-Verbindung** in Schleswig-Holstein. Der Ausbau der Sechsspurigkeit ab Herbst dieses Jahres ist für die Verkehrsströme von heute und morgen zwingend notwendig. Ebenso zwingend notwendig ist eine funktionsfähige Rader Hochbrücke. Wir sind da auf dem richtigen Weg, und es ist gut, dass wir mit den Planungen, die der Minister eben dargelegt hat, nun loslegen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch völlig überflüssig, dass die CDU immer wieder so tut, als könnte unsere Straßenbauverwaltung kein Baustellenmanagement oder als müsse man dem Verkehrskordinator, den Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam berufen haben, dem ehemaligen Hamburger Staatsrat Gerhard Fuchs, erklären, worauf es ankommt. Ihre Lastwagen-Fantasien sind da jedenfalls keine Lösung. Dafür wird es vorbehaltlose Koordination, breitere Fahrspuren und Frühwarnsysteme geben, damit weiträumiges Ausweichen möglich ist.

Wir werden den Ausbau nutzen, um den **Bahnverkehr** noch attraktiver zu machen, damit gerade Pendlerinnen und Pendler auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen. 20 % Entlastung wären möglich, und das sollten wir auch anstreben.

(Volker Dornquast [CDU]: Da sind wir ja gespannt!)

Wie vor einem Jahr möchte ich dafür werben, dass wir attraktive Bahnverbindungen nach Hamburg, nach Kiel und nach Flensburg etablieren. Herr Dornquast, Sie wissen genau: Ab dem Jahreswechsel wird es einen Halbstundentakt zwischen Kiel und Hamburg geben: Wenn die Verdopplung der

Frequenz keine Attraktivitätssteigerung ist, dann weiß ich auch nicht, was Sie fordern.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Wir wollen Menschen dauerhaft für **öffentliche Verkehrsmittel** und effizientere Mobilität gewinnen, auch über die Bauphase hinaus. Dazu gehören unter anderem vernetzte Verkehre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht für jeden und jede ist der A-7-Ausbau eine Herzensangelegenheit, so, wie für Gerhard Fuchs. Dass es bei ihm so ist, sollten wir konstruktiv nutzen. Statt über das Was und Wie zu streiten, sollten wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zusammenstehen. Denn wir brauchen den **Ausbau der A 7** jetzt, und wir brauchen den Einstieg in die Planung für die Rader Hochbrücke so schnell wie möglich.

Ich beantrage die Ablehnung des Antrags der CDU, Drucksache 18/1925, die Zustimmung zum Antrag der Koalition, Drucksache 18/1962, der nach dem mündlichen Bericht des Ministers ohnehin erledigt ist, die Zustimmung zur Beschlussempfehlung Drucksache 18/1847 und die Zustimmung zur Beschlussempfehlung Drucksache 18/1849. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

(Zuruf CDU: Der Giga-Experte!)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat - da breche ich mir auch keinen Zacken aus der Krone -, Herr Kollege Arp, haben Sie recht. Die Entscheidung, die wir heute lesen konnten, ist gut für das Land. Wir sind zunächst einmal bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Bund die Verantwortung nicht nur unter dem Nord-Ostsee-Kanal, sondern auch darüber wahrnimmt. Aber wir müssen auch konzedieren, dass diese Entscheidung noch nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

Natürlich macht es, wenn eine solche Investition folgt, Sinn, die Gesamtstrecke in den Blick zu nehmen. Mir erschließt es sich nicht, warum und welchen Vorteil der Bund hat, die alte denkmalgeschützte **Eisenbahnbrücke in Rendsburg** weiter in

(Dr. Andreas Tietze)

Betrieb zu halten. Vielleicht wäre eine mögliche Antwort zu sagen, zunächst einmal das zu machen, was wir notwendigerweise machen müssen, einen Autobahntunnel, aber mit der Möglichkeit, in einem zweiten Bauabschnitt auch die Eisenbahnproblematik zu lösen.

Ich denke, wir brauchen eine starke Eisenbahn-Güterverkehrs-Trasse auf der Jütland-Route. Wir müssen mehr Verkehre von der Straße, von der A 7 auf die Schiene bringen. Die Logistikunternehmen, auch im dänischen Bereich, gerade auf der Schiene, haben auch dort Ansprüche. Wir sollten gemeinsam mit Dänemark die Jütland-Route ertüchtigen, und dazu gehört nach wie vor auch ein Bauwerk Eisenbahn- und Straßentunnel. Das ist unsere feste Überzeugung. Ich finde es gut, Herr Minister, dass Sie in diesem Sinne weiter in Berlin tätig sind.

Ich freue mich auch, dass wir in dieser Landtagssitzung auf pauschale Schuldzuweisungen verzichten.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich komme gleich noch einmal!)

und wirklich einmal undogmatisch über ein paar Themen reden.

Ich will einmal das **Lkw-Fahrverbot** aufgreifen, das hier schon mehrfach angesprochen worden ist. Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU-Fraktion, der Gedanke hat uns schon angesprochen, nämlich zu sagen, dass Sie hier tatsächlich Lösungsvorschläge für den Verkehr machen wollen und ob das eine sinnvolle Maßnahme wäre. Ich habe meine Zweifel. Sie begründen das mit dem zunehmenden Verkehr, der sich dann verlagert.

Warum die Lkws - Herr Minister hat es ausgeführt; es ist bereits jetzt möglich, dass es Ausnahmen gibt; die Hafenverkehre sind möglich - eine Ausnahme-genehmigung brauchen und warum wir das Verbot lockern müssen, erschließt sich mir nicht, es sei denn, Sie wollen eine Lkw-Flatrate auf den deutschen Straßen haben, es sei denn, Sie wollen tatsächlich, dass sich die Umsätze der Logistikunternehmen bei dem Güterverkehr noch weiter anheben. Es ist richtig: Wenn wir das bundesweit machen und den Güterverkehr sonntags von 18 bis 22 Uhr auf die Straßen zu bringen, dann verdienen die Unternehmen richtig gutes Geld.

Aber ich darf doch einmal die Frage stellen, ob diese Entscheidung strategisch richtig ist und Sinn macht. Wenn wir genau wissen, dass Deutschland mit gerade einmal 9 % Güterverkehr auf der Schiene unterwegs ist, macht es doch keinen Sinn, jetzt wieder eine neue Konkurrenz auf der Straße

aufzumachen. Mehr Güter auf die Straße zu bringen, ist nicht die Antwort, die wir heute brauchen. Wir brauchen genau das Gegenteil.

Ich will mich diesem Ansinnen trotzdem nicht verweigern. Wir werden möglicherweise im Ausschuss dazu den einen oder anderen Experten anhören. Aber wir müssen auch die Lobbyinteressen einer bestimmten Unternehmensgruppe von den Gemeinwohlinteressen des Staates unterscheiden. Ich bin sehr dafür, dass wir beim Thema Infrastruktur über Gemeinwohlinteressen reden und weniger über die privaten Interessen von Unternehmen. Wenn das eine Linie ist, dann sind wir wieder beieinander.

Ich darf daran erinnern, dass die Probleme, die wir möglicherweise auf der A 7 haben, nicht die Probleme sind, die andere Bundesländer zum Beispiel am Kamener Kreuz oder im Rhein-Main-Gebiet haben. Deshalb ist die Idee des Sonntagsfahrverbots nicht allein aus der Perspektive Schleswig-Holsteins zu betrachten.

Jetzt möchte ich noch einen Vorschlag machen, um Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ein bisschen zu reizen. Wenn Sie tatsächlich Verkehr vermeiden wollen, um Stau zu vermeiden - nehmen wir einmal diesen Gedanken auf, und ich nehme ihn einmal ernst -, dann führen Sie doch gemeinsam mit uns die Debatte, wie wir möglicherweise die Geschwindigkeiten auf diesem Autobahnabschnitt so reduzieren können, dass wir kein Lkw-Fahrverbot brauchen. Alle Wissenschaftler sagen uns in Verkehrsgutachten: Wenn wir ein **Tempolimit** auf einer Autobahn haben, haben wir auch weniger Staus, weil es tatsächlich dazu führt, dass geregelter Verkehr stattfindet.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Christopher Vogt [FDP]: Das will der Minister nicht, Herr Kollege!)

Je gleichmäßiger der Verkehr rollt, desto mehr rollt er auch, und desto weniger Staus gibt es.

(Christopher Vogt [FDP]: Das will aber Herr Meyer nicht, und wenn Sie mit uns sprechen, wir auch nicht!)

Wenn Sie diese Erkenntnis - das ist nicht meine politische Erkenntnis, Herr Vogt - aus der Verkehrsforschung einfach einmal zur Kenntnis nähmen, würde ich mich freuen, wenn Sie im Ausschuss einmal undogmatisch - undogmatisch! - über ein Tempolimit als eine Maßnahme für weniger Staus auf der A 7 für diese Zeit mit uns reden würden. Ich finde, es wäre jedenfalls einmal eine andere Per-

(Dr. Andreas Tietze)

spektive. Ich würde mich freuen, wenn Sie das mit in Ihre Überlegungen einspeisen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das habe ich mir gedacht, dass er bei dem Thema aufsteht. - Bitte schön, Herr Kollege Vogt.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege. Das ist alles hochinteressant, was Sie uns an wissenschaftlichen Erkenntnissen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Pseudo!)

- pseudowissenschaftlichen Erkenntnissen - zum Besten geben. Nun ist es so: Ich habe den Koalitionsvertrag zu dem Punkt auch gelesen. Was hat denn die Prüfung von zusätzlichen Tempolimits in Schleswig-Holstein durch die Landesregierung bisher ergeben?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Darf ich sonst? Sie haben nur CDU und FDP angesprochen. Was hat denn die Landesregierung bisher zu Ihrer Forderung nach mehr Tempolimits auf schleswig-holsteinischen Autobahnen gesagt?

- Herr Kollege, ich wollte jetzt nicht die übliche Dogmen-Debatte über ein generelles Tempolimit mit Ihnen führen, sondern ich war jetzt lösungsorientiert bei der Frage unterwegs, wie wir Staus an der A 7 verhindern. Das hat mich jedenfalls in meiner Rede, in meinem Redemanuskript, angetrieben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dieser Frage können Sie bitte einmal zur Kenntnis nehmen, dass ein großes Land wie die Vereinigten Staaten von Amerika überhaupt kein Problem mit Tempolimits auf seinen Autobahnen hat. Wenn jetzt Ihr geschätzter Kollege Kubicki im Zwischenruf von Pseudowissenschaften spricht, sich den Aussagen von wirklich seriösen Verkehrswissenschaftlern - und nicht irgendwelchen Feld-, Wald- und Wiesenforschern, das können Sie heute schon im ersten und zweiten Semester Verkehrswissenschaft lernen - verweigern will, dass eine geregelte Verkehrsführung durch eine Temporeduzierung möglich ist, dann kann ich ihm auch nicht helfen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Vogt.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Dr. Tietze, für die Maßregelung. Ich wollte nur fragen, ob Sie meine Frage noch beantworten wollten, was die Prüfung der Landesregierung - der Auftrag dazu steht ja im Koalitionsvertrag - bisher dazu ergeben hat.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das konnten Sie doch nachlesen. Wir reden jetzt nicht über einen Prüfauftrag der Landesregierung, sondern wir reden darüber, dass wir über eine Lösungsmöglichkeit für die A 7 diskutieren. Verwechseln Sie doch nicht immer Äpfel mit Birnen. Sie wollen mich in eine generelle Diskussion hineinlocken. Das kann ich auch verstehen. Sie machen immer wieder diesen Versuch, die Verkehrspolitik zu dogmatisieren. Sie wollen immer wieder genau diesen Punkt aufarbeiten, Sie seien die Retter der Infrastruktur, Sie machten alles schneller, Sie machten alles besser. - Wenn es denn einmal konkrete Vorschläge wie den gibt, den ich Ihnen gerade gemacht habe, dann wollen Sie den nicht zur Kenntnis nehmen. Das ist eine Verkehrsverweigerungspolitik und keine Verkehrsermöglichungspolitik.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Sie stehen auch geistig im Stau, das ist Ihr Problem.

(Christopher Vogt [FDP]: Vorsichtig, vorsichtig, Herr Kollege!)

- Das ist Ihr Problem. Gut, jetzt habe ich mich da ein bisschen herausfordern lassen.

(Christopher Vogt [FDP]: Es gibt auch Leute, die sind geistig noch nicht losgefahren!)

- Herr Kollege Vogt, was ist denn die Herausforderung der nächsten Jahre? - Wir brauchen vernetzte Mobilitätskonzepte. Das Denken in starren Struktu-

(Dr. Andreas Tietze)

ren hilft uns einfach nicht mehr weiter bei der Bewältigung unserer Probleme, die wir in Schleswig-Holstein haben. Wenn wir das Problem lösen wollen, müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern eine klare Perspektive bieten, wie sie künftig schneller von A nach B kommen - trotz der notwendigen Baumaßnahmen an der A 7. Da geht es um ein Maßnahmenpaket. Da geht es um Schienennahverkehr, meinetwegen auch ums Fahrrad, wenn jemand sagt, er wolle jetzt künftig mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren.

Aber mir ist es doch völlig egal, welche Lösung wir finden. Wir brauchen integrierte Konzepte und keine einzelnen, solitären Konzepte. Das ist für uns keine Debatte, die man gewinnen kann, im Gegenteil, Sie werden in der Region eher Enttäuschung und Frust produzieren, deshalb müssen Sie sich aufmachen und Lösungsmöglichkeiten integriert denken. Wir werden das jedenfalls bei der Ausschussberatung nach bestem Wissen tun. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jürgen Weber [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Kollege Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Tietze, bei aller Freundschaft: Ich finde es ganz toll, dass Sie immer wieder ins Spiel bringen, dass man mehr Tempolimits auf schleswig-holsteinischen Autobahnen brauche. Sie haben auch im Koalitionsvertrag vereinbart, dass darauf hingewirkt werden soll. Ich kann Ihnen die Antwort auf meine Frage, die Sie eben nicht beantworten wollten, geben - ich kann ja verstehen, dass Ihnen das unangenehm ist -: Verkehrsminister Meyer sagt, das sei unsinnig, es sei ausreichend, was wir an **Tempolimits** auf schleswig-holsteinischen Autobahnen haben. Herr Kollege Dr. Tietze, wenn Sie sich einmal die Situation auf der A 7, über die wir hier reden, die im Süden und Norden von Hamburg chronisch überlastet ist, vor Augen führen, merken Sie: Da kommt es eigentlich jeden Werktag zum großen Stau.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da haben wir ein Tempolimit: 120 km/h!)

Herr Kollege Dr. Tietze, Ihren wohlgemeinten Vorschlag in allen Ehren: Ob die Leute nun langsamer

oder schneller in den Stau hineinfahren, ist für die Überlastung erst einmal völlig unerheblich.

(Beifall FDP)

Insofern ist das ein Beitrag, den Sie vielleicht ideologisch vertreten mögen, er bringt nur die Menschen in dieser Situation nicht weiter.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung Ihres Fraktionskollegen Wolfgang Kubicki?

Christopher Vogt [FDP]:

Wenn es eine Frage ist, ja.

(Heiterkeit)

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich habe eine Frage an Sie, Herr Kollege Vogt, da ich davon ausgehe, dass Sie eher als der Kollege Tietze in und um Hamburg verkehrlich unterwegs sind. Würden Sie mir bestätigen, dass ab Quickborn ein Tempolimit von 120 km/h bis Hamburg besteht?

- Ja.

Und dass wir ab Quickborn Staus haben?

- Ja. Es hilft nur auch den Menschen nicht weiter, wenn sie auf einer chronisch überlasteten Autobahn jeden Tag zur Arbeit fahren müssen. Das hilft ihnen auch nicht weiter.

(Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich gestatte natürlich auch die Zwischenfrage des Kollegen Dr. Tietze, bevor ich mit meiner Rede anfangen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat Herr Tietze das Wort zu einer Bemerkung.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. Ich möchte einfach nur Herrn Kollegen Kubicki etwas sagen, damit er hier nicht in der falschen Annahme lebt: Das ist eine flexible Tempolimitanlage. Dort kann man auch schon einmal 100 oder 80 km/h fahren. Vielleicht werden Sie festgestellt haben, dass sich die Entscheidung, welche Geschwindigkeit dort - bereits 10 km vor Hamburg - angeschlagen ist, damit zu tun hat, wie schnell Sie durch den Elbtunnel kommen. Die Len-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

kungswirkung dieser Anlage hat den Sinn, dass Sie, wenn Sie sich in Quickborn an das Tempolimit halten, einfach schneller durch den Elbtunnel kommen. Nehmen Sie das doch einfach einmal zur Kenntnis, das ist ein Service für Sie und kein Verbot, mit dem man Ihnen die freie Fahrt nehmen will.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wenn Sie stehen und dürfen 120 km/h fahren, dann erklären Sie mir das mal! - Weitere Zurufe - Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Herren, das Wort hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir hier keine Debatten von Saalmikrofon zu Saalmikrofon führen wollen, sondern dass der Redner hier vorn am Rednerpult die meiste Aufmerksamkeit bekommt.

Christopher Vogt [FDP]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich möchte auch die fachlich hochinteressante Diskussion der beiden älteren Kollegen ungern stören. Ich muss es aber trotzdem tun, weil ich gern noch etwas zu dem eigentlichen Thema heute sagen möchte, Herr Kollege Dr. Tietze. Aber Ihr Exkurs zum Thema Tempolimit war hochinteressant und hat die Debatte sicher befruchtet.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Tietze, die Baumaßnahme südlich von Bordesholm auf der A 7 wird jetzt beginnen. Ich glaube, wir können uns alle darauf einstellen, dass in den nächsten Jahren eine schwierige Situation entstehen wird. Die Landesregierung hat mittlerweile erkannt, dass dies entsprechende Entlastungs- und Kommunikationsmaßnahmen erfordert. Dies bedeutet, dass entsprechende Umleitungen vorbereitet, die Bahnangebote in Richtung Hamburg verbessert und die Autofahrer im Staufall gut informiert werden müssen. Die Landesregierung hat dies spät erkannt, aber nun immerhin eine Reihe von Maßnahmen vorbereitet. Wäre die A 20 schon fertig - Herr Meyer, dafür können Sie am wenigsten -, könnten wir uns natürlich viele Diskussionen sparen. Aber immerhin - das erkenne ich auch an - ist die notwendige Deckensanierung auf der A 21 rechtzeitig fertiggestellt worden, weil es natürlich eine weitere Katastrophe wäre, wenn es dort Überschneidungen bei der Sanierung dieser beiden Autobahnen gäbe. Die A 20 ist in der Bauphase als Entlastung ganz entscheidend.

Die Benennung eines gemeinsamen A-7-Verkehrskoordinators mit Hamburg erscheint mir als eine sinnvolle Maßnahme. Ich kann die Landesregierung jedoch nur davor warnen, die Verantwortung für mögliche Probleme auf Herrn Fuchs abzuwälzen. Ich glaube, Herr Fuchs ist - wir werden ihn demnächst auch im Ausschuss persönlich kennenlernen - eine geeignete Persönlichkeit. Ich hoffe, er macht seinem Namen alle Ehre bei seinem Ehrenamt.

Insofern muss allen klar sein, dass die Zusammenarbeit der Landesregierung mit Hamburg in diesem Punkt ergeben muss, dass alles in ihrer Macht stehende getan werden muss, um gemeinsam mit der DEGES einen möglichst reibungslosen Ablauf herbeizuführen.

Herr Minister, erlauben Sie mir allerdings den Hinweis: Wenn ich mir das Baustellenmanagement im Kreis Rendsburg-Eckernförde angucke, habe ich doch eine gewisse Sorge, ob das so funktioniert.

Vor einigen Jahren wurde entschieden, dass dieser Ausbau als öffentlich-private Partnerschaft erfolgen soll. Herr Dr. Tietze, Sie werden es wahrscheinlich anders sehen, aber ich bin in diesem Bereich nicht dogmatisch, wie in allen anderen Bereichen auch nicht, was **ÖPP** angeht. Bei **Straßenprojekten** aber bin ich doch sehr, sehr skeptisch, ob das bei ganz normalen Autobahnen, gerade beim Autobahnausbau wirklich sinnvoll ist.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich wundere mich schon sehr über die Maßnahmen von Bundesverkehrsminister Dobrindt, der das jetzt als tolle Maßnahme erkannt hat: ÖPP bei dem Ausbau und der Sanierung von Autobahnen.

(Beifall PIRATEN)

Ich nehme die Kritik des Bundesrechnungshofs sehr ernst. Insofern glaube ich, es ist nicht das Optimum, wenn es am Ende teurer wird und sich die Vorteile im Rahmen halten.

In den nächsten Jahren wird es schwieriger, was den Verkehr in Schleswig-Holstein angeht. Wir haben noch keine leistungsfähige Ost-West-Tangente. Wir haben auch keine leistungsfähige Alternative zur A 7. Die Westküsten-Tangente, die die Dänen ja auch gern haben wollen, ist in weiter Ferne. Der Straßenverkehr in Schleswig-Holstein wird aber zunehmen. Das betrifft vor allem auch die Landesstraßen, gerade im Südosten des Landes. Der Lkw-Verkehr wird in den nächsten Jahren zunehmen, ob uns das gefällt oder nicht. Das Land muss deutlich mehr tun. Denn wenn das Land nur so viel tut, wie es bisher getan hat, das haben Sie gestern sehr eindrucks-

(Christopher Vogt)

voll mit Ihrem Bericht dargestellt, Herr Minister - nächsten Monat werden wir darüber diskutieren -, dann wird sich der **Zustand der Landesstraßen** Jahr für Jahr bei zunehmendem Verkehr weiter dramatisch verschlechtern. Das kann es nicht sein.

Zum Thema **Rader Hochbrücke** möchte ich auch noch etwas sagen. Offenbar bin ich von den verkehrspolitischen Sprechern der einzige, der das nicht so toll findet. Wir haben feststellen müssen, dass wir nur zwölf Jahre Zeit haben. Das ist sehr sportlich für ein Bauwerk einer solchen Dimension. Im März haben wir das festgestellt. Da kam schon durch, es werden nur zwölf Jahre Restlebensdauer sein. Im April haben wir darüber debattiert. Dann hieß es vonseiten der Landesregierung: Im Mai ist das vom Bund bestätigt. Wir haben jetzt Mitte Juni, endlich kam die Bestätigung. Es geht ja nur um ein statisches Gutachten, um mehr nicht. Dass der Bund ein Ersatzbauwerk schafft, ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall FDP)

Insofern gibt es keinen Grund zum Jubeln. Der politische Wille des Landtags war doch klar, dass man ernsthaft prüft, ob es eine **Schienen-Straßen-Kombination** gibt. Herr Minister, weil man bisher nur auf Arbeitsebene miteinander gesprochen hat, hat der Bund natürlich eine Absage erteilt und darauf verwiesen, es gebe bei der Eisenbahnhochbrücke noch eine längere Restlebensdauer. Wer hätte auf Arbeitsebene etwas anderes erwartet? Herr Minister, ich fordere Sie auf, jetzt mit Herrn Dobrindt und der Bundesregierung zu sprechen, damit das noch ernsthaft geprüft wird. Ansonsten haben wir in zwölf Jahren vielleicht eine Brücke, aber es wurde nicht ernsthaft geprüft, ob man die Schiene integrieren könnte. Das muss jetzt erfolgen, es ist aber bisher unterblieben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Jetzt hat für die Fraktion der PIRATEN Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort. Diesmal haben wir die Reihenfolge auch korrekt eingehalten.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute über die **Stausituation** im Zuge des **Ausbaus der Autobahn A 7** und über die Rader Hochbrücke. Bei der Rader Hochbrücke

ist unsere Position zu den entsprechenden Anträgen bekannt. Die Frage hat sich heute zum Glück auch geklärt. Auch bei dem Staubericht des Verkehrsministers haben sich keine neuen Erkenntnisse ergeben. Deswegen haben wir auch gegen den Berichtsantrag gestimmt, weil er uns nicht weitergeführt hat. Interessant ist allenfalls die emotional besetzte Debatte um Tempolimits gewesen, bei der die Wahrheit in der Mitte liegt, nämlich dass ein generelles Tempolimit nichts bringt und auch nicht erforderlich ist, um Staus vorzubeugen, und deswegen von uns auch abgelehnt wird, dass es aber im Einzelfall im dichten Verkehr durchaus Sinn machen kann, Tempolimits einzuführen, um Staus zu verhindern und wieder aufzulösen.

Neu ist bei diesen Anträgen nur der Vorschlag der CDU-Fraktion, befristete **Ausnahmen vom Sonntagsfahrverbot** im Rahmen des A-7-Ausbaus zu prüfen. Wir haben intensiv besprochen, ob die Maßnahme Sinn macht, sind aber - wie schon einige Vorredner - zu dem Ergebnis gekommen, dass das nicht der Fall ist. Erstens ist eine solche Befreiung vom Sonntagsfahrverbot, wenn sie denn rechtlich überhaupt machbar wäre - Sie haben es schon angesprochen, Herr Minister - wenig effektiv, wenn sie nur in Schleswig-Holstein gilt. Da kommen die entsprechenden Lkw nicht sehr weit. Zweitens ist die Frage, ob eine Verlegung der Fahrten auf die neueröffnete Zeit überhaupt möglich wäre und dadurch eine nennenswerte Entlastung der A 7 zu anderen Zeiten überhaupt erreicht werden könnte. Drittens haben wir in der Anhörung zu einem Vorstoß der FDP, das Sonntagsfahrverbot überhaupt an nicht bundeseinheitlichen Feiertagen aufzuheben, eine breite Front des Widerstands von Kirchen, Gewerkschaften, ADAC, VCD, Tourismusverband und BUND gesehen. Alle haben im Hinblick auf den Schutz der Fahrer und ihrer Familien den Vorstoß abgelehnt.

(Christopher Vogt [FDP]: Überraschend!)

An diesen Feiertagen und natürlich auch an Sonntagen wäre ein erhöhter Pkw-Verkehr zu erwarten. Das könnte kontraproduktiv wirken und der Güterverkehr könnte zusätzliche Staus schaffen. Unter dem Umweltgesichtspunkt hilft ein Sonntagsfahrverbot natürlich auch bei der Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Schiff.

Nebenbei bemerkt freut es mich sehr, Herr Kollege Dr. Tietze, dass Sie hier zumindest einen Unterschied erkennen können zwischen Lobbyismus einerseits und Gemeinwohlinteressen andererseits.

(Dr. Patrick Breyer)

(Christopher Vogt [FDP]: Kommt darauf an!)

Nachdem in der letzten Tagung noch unter großem Applaus von der Koalition Vertreter der Koalition das nivelliert und gesagt haben, Lobbyismus sei doch dasselbe wie Gemeinwohl, freut es mich, dass der Kollege Dr. Tietze zumindest zu einer besseren Erkenntnis gekommen ist. Infolgedessen mögen wir den Antrag im Ausschuss noch weiter beraten. Aber wir halten nichts davon.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zum Thema **ÖPP** sagen, weil es der Kollege Vogt angesprochen hat. Dass Sie sich jetzt der Meinung anschließen, dass ÖPP keinen Sinn macht, nachdem der Bundesrechnungshof wieder einmal bestätigt hat, dass die Maßnahmen immer um 30 %, 40 % teurer werden, als wenn es öffentlich finanziert worden wäre. Es freut mich, wundert mich aber doch sehr,

(Christopher Vogt [FDP]: Das sage ich schon sehr lange, Herr Kollege!)

weil es doch Ihre Fraktion gewesen ist, die noch vor Kurzem einen Antrag eingebracht hat, ÖPP bei der Instandhaltung von Autobahnen zu ermöglichen, also genau das Gegenteil von dem, was Sie jetzt gesagt haben. Wenn Sie etwas dazugelernt haben, soll mich das ja freuen und ich will es gar nicht kritisieren. Aber dann müssen Sie sich von Ihrem eigenen Antrag auch distanzieren und sagen, Sie seien zu einer besseren Erkenntnis gekommen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Das tue ich.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Dr. Breyer, darf ich Sie darauf hinweisen, dass ich das nicht seit heute, sondern schon seit Längerem sage, dass ich dort eine gewisse Skepsis habe und man das im Einzelfall prüfen muss und dort eben nicht dogmatisch herangeht? Das schließt nicht aus, dass man das auch ermöglicht.

- Herr Kollege, das Problem ist, dass genau diese Einzelfallprüfung bisher gemacht wird und zu dem Ergebnis geführt hat, dass diese ÖPP-Projekte immer wieder als wirtschaftlich bezeichnet worden sind, oft genug deswegen, weil die Gutachter eng

verwoben sind - sage ich einmal - mit den wirtschaftlichen Interessen an der Verwirklichung solcher Vorhaben, und dass die entsprechenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen dazu geführt haben, dass unwirtschaftliche Varianten gewählt wurden. Das sehen wir ja jetzt bei dem Gutachten des Bundesrechnungshofs. Deswegen ist Einzelfallprüfung aus meiner Sicht der falsche Weg. Nach diesen Erfahrungen sehen wir jetzt, dass die ÖPP-Variante, wenn sie durchgängig immer wieder zu Mehrkosten geführt hat, der falsche Weg ist und wir davon Abstand nehmen sollten. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat für die Kollegen des SSW Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Nun bin ich sicherlich der letzte, der hier noch einmal eine Debatte über Geschwindigkeitsbegrenzung starten will. Zur Deutlichmachung aber noch einmal: Zurzeit haben wir auf der Autobahn **A 7** die Situation, dass wir während der Hauptverkehrszeit, wenn die Belastung im Sommerhalbjahr groß ist, die **Standspur** freigeben. Immer wenn die Standspur freigegeben wird, erfolgt automatisch die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 km/h. Ich bin neulich von Hamburg nach Hause gefahren und über die Hälfte der Strecke war diese Geschwindigkeitsbegrenzung. Die kommt ganz automatisch, wenn die Standspur freigegeben wird. Das ging wunderbar.

Wir haben wirklich gemerkt, gerade durch die Situation an der **Rader Hochbrücke** im letzten Jahr, wie abhängig wir doch von dieser Verkehrsverbindung sind. Es waren wirklich katastrophale Zustände, als die Brücke teilweise und für den Schwerlastverkehr komplett gesperrt wurde, sodass sie ausweichen mussten. Damit ist zum ersten Mal richtig deutlich geworden, was alles passieren könnte, wenn diese Brücke total ausfällt.

Auch wenn das Gutachten noch nicht vorliegt, wissen wir bereits heute, dass die Brücke eine Restwertzeit von zwölf Jahren hat. Diese Nachricht ist für viele natürlich ein Schock, denn ein Totalausfall der Brücke wäre fatal. Wir wissen alle, dass die A 7 mit der festen Querung über den Nord-Ostsee-Kanal nicht nur die wichtigste Nord-Süd-Verbindung Schleswig-Holsteins ist, sondern auch die wichtig-

(Flemming Meyer)

ste Verbindung zwischen Skandinavien und dem restlichen Europa. Damit zählt diese Strecke zu einer der wichtigsten europäischen Verkehrsverbindungen, und das ist sie auch für die Wirtschaft diesseits und jenseits der Grenze; sie ist wirklich von existenzieller Bedeutung.

Alle Prognosen sagen vorher, dass in den nächsten Jahren sowohl der Individualverkehr wie auch der Güterverkehr auf der Straße zunehmen werden. Das gilt auch für den Verkehr in Skandinavien. Wer heute glaubt, dass die Fehmarnbelt-Querung den Skandinavienverkehr auffangen wird, der irrt. Ich habe das früher schon einmal gesagt. Es ist richtig, dass der Verkehr aus Schweden und aus der Region Kopenhagen die Fehmarnbelt-Querung nutzen wird, aber der größte Teil der produzierenden Wirtschaft in Dänemark liegt westlich des Großen Belts. Daher wird der Güterverkehr, auch der norwegische, die Jütlandroute weiter nutzen. Deshalb muss die A 7 entlastet werden.

Dafür brauchen wir langfristig entsprechende Voraussetzungen auch an der Westküste. In Süddänemark gibt es bereits **Pläne** für eine **Westküstenautobahn**. Die wird allerdings von der dortigen Regierung derzeit nicht mitgetragen, weil es keine konkreten Planungen für eine Fortführung südlich der deutsch-dänischen Grenze gibt. Wir müssen den grenzüberschreitenden Schulterchluss üben. Erst wenn das gesamte Grenzland hinter dem Bau einer solchen Strecke steht, werden auch Kopenhagen und Berlin mitspielen. Ein solches grenzüberschreitendes Projekt eröffnet uns dann auch auf EU-Ebene neue finanzielle Möglichkeiten.

Ich weiß, dass das vielleicht alles in weiter Ferne liegt, aber wir müssen das heute schon mit andeuten, sonst wird es noch ferner.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viele unserer **Straßen und Brücken** halten der **Belastung** bereits heute nicht stand. Die Probleme hinsichtlich der Instandhaltung und Ertüchtigung der Straßen oder Brücken werden uns künftig vor noch größere verkehrliche und finanzielle Herausforderungen stellen als bisher. Das verpflichtet den Bund umso mehr, dort seiner Aufgabe nachzukommen. Dazu zählt auch, alles in die Wege zu leiten, die Rader Hochbrücke wieder zu ertüchtigen. Daher ist es erfreulich, dass Berlin nun grünes Licht für die Planung eines Ersatzbauwerks für die marode Rader Hochbrücke gegeben hat.

Die **Planung und Umsetzung** für **große Verkehrsprojekte** gehen in Deutschland immer sehr

gründlich vonstatten. Mit anderen Worten, es ist ein langwieriger Prozess. Daher ist keine Zeit zu verlieren, und es muss unverzüglich mit den Planungen begonnen werden.

Leider wurde auch Wasser in den Wein geschüttet. Berlin hat einer Kombilösung, sprich **Straßen- und Schienen-Querung** gleichzeitig, eine Absage erteilt mit der Begründung, die Rendsburger Hochbrücke werde noch 50 Jahre halten. Es mag durchaus sein, dass sie das kann, aber diese Brücke ist heute ganz einfach nicht mehr zeitgemäß und nicht für modernen Schienenverkehr ausgelegt.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Die Brücke ist ein schönes Wahrzeichen der Stadt Rendsburg und ein Museumsstück aus der wilhelminischen Zeit, aber sie hat ausgedient. Es ist schade, dass Berlin dies nicht so sieht. Daran muss weiter gearbeitet werden. Es ist auch für den Grenzverkehr wichtig. Wir wollen mehr Güter auf die Schiene bringen, und dann muss so etwas auch geregelt werden.

Kurz zur erwarteten **Stausituation** im Rahmen des **Ausbaus der A 7**. Die verkehrliche Situation wird durch die Baumaßnahmen nicht besser. Auch wenn vorgesehen ist, die Fahrstreifen so weit wie möglich aufrechtzuhalten, werden wohl auch die Umlandgemeinden nicht gänzlich verschont bleiben. Das war uns allen bewusst, auch der CDU. „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“, gibt es nicht. Es wird ein funktionierendes Staumanagement geben, und die Angebote von ÖPNV und Schiene werden verbessert. Aber ganz ohne Einschränkungen wird der Ausbau nicht vonstattengehen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt und schließe deshalb die Beratung.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Abstimmungen. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/1962 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Dann stimmen wir über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1925, ab. Ich habe gehört, dass der Antrag an den Ausschuss überwiesen werden soll.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Alles in den Ausschuss!)

- Sie wollen alles an den Ausschuss überweisen?

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, die anderen kommen aus dem Ausschuss!)

- Nein, dieser Antrag kommt nicht aus dem Ausschuss.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wir wollen über alles reden! - Weitere Zurufe)

- Herr Kollege Arp, dann wollen wir jetzt über das, worüber noch zu reden ist, abstimmen. Zunächst stimmen wir über den Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 18/1925, ab. Es ist beantragt worden, diesen Antrag dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen der Fraktionen von FDP, CDU, PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und die Abgeordneten des SSW. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Ausschussempfehlung zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1725. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/1725 abzulehnen. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer die Ausschussempfehlung ablehnt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP. - Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Antrag Drucksache 18/1725 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW abgelehnt.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1730. Hier empfiehlt der Ausschuss, den Antrag anzunehmen. Wer dieser Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW. Wer lehnt die Ausschussempfehlung ab? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag Drucksache 18/1730 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PI-

RATEN und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Mir ist vom Kollegen Dr. Heiner Garg, dem Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Fraktion, gerade mitgeteilt worden, dass sich die PGF darauf verständigt haben, Tagesordnungspunkt 19 aufzurufen. Dann sollen alle Reden zu Protokoll gegeben und in der Abstimmung darüber entschieden werden, ob der Antrag an den Ausschuss überwiesen werden soll.

Ich rufe jetzt also Tagesordnungspunkt 19 auf:

Ausweitung des Regelungsbereiches der Erschwerniszulagenverordnung auf Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamte

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/1940 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich wiederhole, dass die Rednerinnen und Redner der Fraktionen ihre Reden zu Protokoll geben. Genauso wird es die Landesregierung machen. - Die Finanzministerin bestätigt dies gerade.

(Christopher Vogt [FDP]: Kein Gruppenzwang, Frau Ministerin!)

Dann lasse ich nun darüber abstimmen, ob der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 18/1940 (neu), dem Innen- und Rechtsausschuss - -

(Zurufe)

- Der Antrag soll nur dem Finanzausschuss überwiesen werden. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich gehe davon aus, dass wir Tagesordnungspunkt 25 heute nicht mehr aufrufen und dass das mit Ihrer Verständigung mit impliziert war. Dann schließe ich die Beratungen für den heutigen Tag. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Abend und freue mich, Sie morgen früh um 10 Uhr hier wieder begrüßen zu dürfen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:40 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Ausweitung des Regelungsbereiches der Erschwerniszulagenverordnung auf Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamte

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/1940 (neu)

Petra Nicolaisen [CDU]:

Herr Präsident! Am 15. Januar 2014 erhielten wir im Innen- und Rechtsausschuss den mündlichen Bericht zur Erschwerniszulagenverordnung und deren Auswirkungen auf die Berufsfeuerwehren in Schleswig-Holstein. Staatssekretär Losse-Müller teilte mit, dass die Erschwerniszulagenverordnung ein Resultat der Tatsache sei, das zum 31. Dezember 2013 die Verordnung des Bundes durch eine landesrechtliche Regelung habe abgelöst werden müssen. Regelungen des Bundes wurden im Wesentlichen übernommen und an regionale Belange angepasst.

Die Landesregierung hat die Verordnung für die Zulagen zu ungünstigen Zeiten und für Wechselschichten auf die Polizei, die Justiz und den Fischereibereich ausgedehnt. Die Ausweitung auf die Berufsfeuerwehren wurde mit der Begründung abgelehnt, dass dadurch Konnexität ausgelöst würde.

Es wurde darum gebeten, dass die Gewerkschaften das Gespräch mit den kommunalen Landesverbänden suchen. Still ruhte der See! Kein Prüfungsergebnis vonseiten des Innenministeriums. FDP und CDU sind nun mit diesem Antrag aktiv geworden.

Feuerwehr geht uns alle an, Feuerwehr bekämpft nicht nur Brände, sie kämpft gegen Hochwasser und rettet auch meine Katze vom Baum. Die Berufsfeuerwehr führt ihren Dienst häufig unter Einsatz ihres Lebens durch, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. Es werden Feuerwehrmarketing-Kongresse zur Nachwuchsgewinnung vom Landesfeuerwehrverband durchgeführt. Tolle Aktionen, die alle zu begrüßen sind.

Die Landesregierung klammert diese Berufsgruppe bei der finanziellen Besserstellung jedoch aus. Also noch eine weitere Gruppe, die keine entsprechende Wertschätzung durch die Landesregierung erfährt. Belastungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind nicht konnexitätsabhängig. Und ihr Ausgleich sollte es daher auch nicht sein. Der Verweis des Finanzministeriums auf die Landesverfassung ist die Ablenkung von eigenen Fehlern.

Das Arbeiten in Extremsituationen belastet die Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehren über Jahre im aktiven Dienst. Diese Nachteile gilt es durch die vorgeschlagene Neuordnung der Erschwerniszulage auszugleichen, um Benachteiligungen zu vermeiden und die Attraktivität des Dienstes auch in den Zeiten des demographischen Wandels zu sichern. Und ich sage deutlich: Es ist nicht allein der finanzielle Aspekt. Es ist auch die Symbolik, die eine Rolle spielt. Weder bei der Polizei, noch bei der Feuerwehr bewegt man sich im Regelfall in besonders hohen Gehaltsklassen. Und ein Ausgleich für spezifische Belastungen ist daher auch ein Stück persönliche Anerkennung.

Die Landesregierung engagiert sich aber nur, wenn es um die eigenen Leute geht. Ich erinnere an die Debatte um die Lex Weichert von heute morgen. Aber schon als es um die Besoldungsanpassung bei den Landesbeamten ging, war nichts mit Engagement. Und für die Feuerwehr haben Sie sich nicht mal ansatzweise Mühe gegeben. Die Landesregierung hat es sich bei der Ausklammerung der Feuerwehren sehr einfach gemacht. In einer Kleinen Anfrage zu diesem Thema wurde explizit auf eine mögliche Konnexität hingewiesen. Laut Wissenschaftlichem Dienst fällt keine Konnexität an. Es handelt sich vielmehr um eine Frage der allgemeinen Finanzausstattung.

Anstatt sich aktiv weiter mit den Trägern der Berufsfeuerwehren auseinanderzusetzen, hat man die Hände in den Schoß gelegt. Erst jetzt, wo unser Antrag auf dem Tisch liegt, ist man in der Regierung wieder aktiv geworden und hat Kontakt mit den Trägern der Berufsfeuerwehren aufgenommen. Ohne politischen Druck läuft bei Ihnen eben gar nichts.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Laut Statistik des Landesfeuerwehrverbandes arbeiten in Schleswig-Holstein 780 Männer und Frauen als Berufsfeuerwehrleute. Berufsfeuerwehren gibt es allerdings nur in den vier kreisfreien Städten. Hinzu kommt die hauptamtliche Wachabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Brunsbüttel. Auch in Norderstedt wird derzeit eine hauptamtliche Wachabteilung aufgebaut. In allen anderen Kommunen gibt es ausschließlich Freiwillige Feuerwehren.

(Beate Raudies)

Die kommunalen Feuerwehrbeamten arbeiten zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger am Tag, in der Nacht, an den Wochenenden und an Feiertagen. Sie sind gerade in den großen Städten des Landes mit dem Brandschutz sowie der Notfallrettung mit Arbeitszeiten hoch belastet. Sollten sie daher nicht selbstverständlich eine Erschwerniszulage erhalten?

Eine Erschwerniszulage dient - wie der Name schon sagt - zur Abgeltung besonderer Erschwernisse bei der Dienstausübung, die bei der Bewertung des Amtes nicht berücksichtigt werden konnten. Durch eine Erschwerniszulage wird auch ein mit der Erschwernis verbundener Aufwand abgegolten. Geregelt werden diese Zulagen in einer Verordnung - der Erschwerniszulagenverordnung. Zulagen für besondere Erschwernisse sind beispielsweise die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten oder die Wechselschichtzulage.

In den vergangenen Jahren sind im Bereich der Berufsfeuerwehren in Schleswig-Holstein durch die Umsetzung der EU-Arbeitsrichtlinie vielfältige Dienstplanlösungen entstanden. Dies machte bisher einen einheitlichen Anspruch auf eine Schicht- oder Wechselschichtzulage unmöglich. Die seit 1. Januar 2014 geltende neue Erschwerniszulagenverordnung schafft nun die grundsätzliche Möglichkeit, dennoch Erschwerniszulagen zu zahlen. Die Einbeziehung der Berufsfeuerwehren sollten wir daher sehr wohlwollend prüfen.

Die Finanzierung dieser Berufsfeuerwehren ist jedoch eine kommunale Aufgabe, das sollte die Opposition eigentlich auch wissen. Darum sind wir gut beraten, das nicht einfach von oben herab zu verordnen, sondern den Dialog mit den Kommunen zu suchen. Niemand weiß, über welche Beträge wir hier eigentlich genau reden.

Im Rahmen der im Regierungsverfahren durchgeführten Verbandsanhörung wurden hierüber Beteiligungsgespräche mit Vertretern des DGB geführt, in denen der Feuerwehrbereich vertreten war. Die dort gestellte Forderung, Feuerwehrbeamtinnen und -beamte in den Regelungsbereich des § 4 Absatz 2 EZulVO aufzunehmen, wurde mit der Bitte um Stellungnahme an die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände weitergeleitet. Diese lehnen in ihrer Stellungnahme eine mögliche Einbeziehung von Feuerwehrbeamtinnen und -beamten auch unter Hinweis auf die mögliche Frage der Konnexität ausdrücklich ab.

Deswegen kann ich nachvollziehen, dass die Landesregierung zunächst von einer Einbeziehung des Feuerwehrbereichs in die neue Zulagenregelung ab-

gesehen hat. Denn es bedurfte des Einvernehmens mit den betroffenen Kommunen, und das war nicht gegeben. Außerdem sollte die Verordnung zum 1. Januar 2014 in Kraft treten - darauf warteten die Landesbediensteten. Eine zukünftige Einbeziehung der Berufsfeuerwehren durch eine Änderungsverordnung bleibt im Grundsatz unbenommen - das ist gut.

Für meine Fraktion gibt es keinen Zweifel, dass die schwere und verantwortungsvolle Arbeit der kommunalen Berufsfeuerwehren die gleiche Wertschätzung verdient wie die Arbeit der Landesbediensteten. Aber wir reden über das Geld der Kommunen - die Zeche für unseren Beschluss müssen andere zahlen. Anstatt das Risiko einer Klage einzugehen, geht die Landesregierung den richtigen Weg und hält die Tür für eine einvernehmliche Lösung offen.

Die Opposition muss sich schon entscheiden: Will sie nun, dass die Landesregierung vor einer Entscheidung mit den kommunalen Landesverbänden redet und sich, wenn möglich, mit ihnen einigt, oder nicht? Zur Ehrlichkeit gehört dann aber auch ein konkreter Finanzierungsvorschlag, den ich im Antrag von CDU und FDP leider nicht gefunden habe. Hier werden wir nachbessern müssen.

Darum beantrage ich für meine Fraktion Überweisung in den Finanzausschuss, um dort im Rahmen einer Anhörung die Stellungnahme der betroffenen Städte abzufragen. Sobald diese vorliegt, sehen wir weiter.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit ihrem Antrag wollen FDP und CDU erreichen, dass die Erschwerniszulagenverordnung auch für Berufsfeuerwehren gilt. Dem können wir im Prinzip zustimmen. Denn die Feuerwehren, sowohl die freiwilligen als auch die Berufsfeuerwehren, leisten einen unverzichtbaren und hoch anzuerkennenden Dienst für unser Gemeinwohl. Aber wir müssen uns die Situation im Detail ansehen.

Eine Erschwerniszulage soll besondere Belastungen von Beamtinnen und Beamten finanziell ausgleichen, die nicht durch die Grundbezüge abgedeckt werden. Dazu zählt hauptsächlich der Dienst zu ungünstigen Zeiten wie an Wochenenden und der Schichtdienst. Außerdem gibt es eine Erschwerniszulage für Tauchertätigkeit, für den Umgang mit Munition und Explosivstoffen und anderes.

(Ines Strehlau)

Als Erschwerniszulage erhalten Beamtinnen und Beamte von der Polizei, von der Fischereiaufsicht und aus dem Justizvollzug an Sonn- und Feiertagen gut 3 € pro Stunde extra, an Samstagnachmittagen 1,25 € und nachts 2,50 €. Diese Nachtzulage ist der finanzielle Knackpunkt, wenn es um die Ausweitung auf Berufsfeuerwehren geht. Für Beamtinnen und Beamte im Einsatzdienst der Feuerwehr gibt es im Besoldungsgesetz bereits eine extra Feuerwehrezulage, die nach einer Dienstzeit von einem Jahr 90 € und ab zwei Jahren 150 € pro Monat beträgt. Damit sollen der Nachtdienst und der Aufwand für Verzehr abgegolten werden. Die Erschwerniszulage würde somit den Nachtdienst gewissermaßen doppelt entschädigen.

Allerdings, und darauf zielt offenbar der Antrag der CDU, besteht diese Doppelung bereits für die Polizeibeamtinnen und -beamte, denn auch sie erhalten eine monatliche Zulage in ähnlicher Höhe wie die Feuerwehr. Damit wird der Belastung durch die unregelmäßigen Dienste und Dienst zu ungünstigen Zeiten Rechnung getragen. Das Land sorgt als Arbeitgeber somit für eine angemessene Bezahlung seiner Polizeibeamtinnen und -beamten. Denn auch sie leisten, genau wie die Beamtinnen und Beamten der Feuerwehr, einen unverzichtbaren und hoch anzuerkennenden Dienst für uns alle.

Warum sind dann die Feuerwehren nicht in die neue Erschwerniszulagenverordnung aufgenommen worden? - Die Feuerwehr wurde Anfang dieses Jahres nicht in die neue Regelung zu den Erschwerniszulagen einbezogen, weil für sie die Kommunen zuständig sind - genauer: die vier kreisfreien Städte, denn nur sie haben Berufsfeuerwehren.

Sie richten also, liebe CDU und FDP, Ihren Antrag eigentlich an den Falschen. Bei der Erschwerniszulage sind die Kommunen am Zug. Und sie haben im Anhörungsverfahren der Landesregierung zur Erschwerniszulagenverordnung klar gesagt, dass sie eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten der Feuerwehr ablehnen. Sie haben Konnexitätsbedenken angemeldet. Nach ersten Schätzungen des Städteverbands würden für eine Erschwerniszulage für die Berufsfeuerwehr Kosten in Höhe von einer halben Millionen Euro entstehen. Wir wissen nicht, wie verlässlich diese Angabe ist, aber wir können an fünf Fingern abzählen, dass die Kommunen auf einem Kostenausgleich durch das Land bestehen würden, wenn wir als Landtag eine solche Regelung beschließen würden.

Liebe CDU und FDP, es ist ein netter Versuch, gerade vor dem heutigen parlamentarischen Abend des Landesfeuerwehrverbandes das Fehlen der Er-

schwerniszulage für die Berufsfeuerwehren dem Land in die Schuhe schieben zu wollen. Aber Sie wenden sich an den Falschen.

Trotzdem werden wir ihren Antrag in den Finanzausschuss überweisen. Dort können wir mit den Kommunen ins Gespräch kommen. Vielleicht gelingt es ja, sie von der Notwendigkeit der Übernahme der Kosten für die Erschwerniszulage zu überzeugen und eine Regelung zu finden.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Es ist gerade einmal ein Jahr her, als wir in diesem Hohen Hause über die Änderung des Glücksspielgesetzes debattiert haben. Über die Fraktionsgrenzen hinweg wurde hier in seltener Einmütigkeit die Bedeutung der Feuerwehren für unser Land hervorgehoben. Nach einigem Zögern der Regierungsfaktionen war es dann auch in den Reihen von SPD, Grünen und SSW unstrittig, dem Vorschlag meiner Fraktion zuzustimmen, dass Teile der Einnahmen aus dem Glücksspielgesetz auch für die immer schwieriger werdende Nachwuchsgewinnung der Feuerwehren verwendet werden sollen.

Vor diesem Hintergrund dieser überparteilichen Einigkeit war die neue Erschwerniszulagenverordnung vom 3. Dezember 2013, in der die Beamtinnen und Beamten der Berufsfeuerwehren bewusst ausgeklammert wurden, ein herber Tiefschlag. Und ich muss es gestehen: Ich war - wie viele - von dieser Entscheidung des Finanzministeriums schwer enttäuscht. Denn dieses Signal war genau das Gegenteil dessen, was der Landtag vor einem Jahr zum Ausdruck gebracht hat.

Meine Damen und Herren, es war nicht nur ein miserables Signal für die Beamtinnen und Beamten der Berufsfeuerwehr, dahinter steckte obendrein offenbar auch noch handwerklich schlechte Regierungsarbeit. Im Innen- und Rechtsausschuss vom 15. Januar dieses Jahres erklärte Finanzstaatssekretär Losse-Müller nämlich, die Landesregierung habe die Behauptung der kommunalen Landesverbände, es könnte möglicherweise Konnexität geltend gemacht werden, überhaupt nicht selbst geprüft.

Es ist ja das gute Recht der kommunalen Landesverbände, ihre Interessen mit den entsprechenden Mitteln durchzusetzen. Dass sich aber Ministerin Heinold so leicht von dieser Behauptung verunsichern lässt, spricht nicht gerade für solides und verantwortliches Regierungshandeln. Ganz im Gegenteil!

(Dr. Heiner Garg)

Denn die Prüfung der Konnexität war tatsächlich nicht so kompliziert, wie es uns das Finanzministerium weismachen wollte. Der Wissenschaftliche Dienst des Landtages hat hierfür - ohne Briefkopf und Schlussformel - ganze fünf Seiten gebraucht. Und die Ausführungen von Staatssekretär Losse-Müller im Innenausschuss lassen im Übrigen auch durchscheinen, dass die Landesregierung selbst zumindest Zweifel an der kommunalen Forderung gehabt hat. Herr Losse-Müller wird im Protokoll des Ausschuss wie folgt zitiert:

„Zur Frage der Konnexität weist er darauf hin, die Aufgabe habe schon vorher bei den Kommunen gelegen.“

Wenn im Finanzministerium diese Erkenntnis schon vorhanden war, wieso war dann noch fraglich, dass ein Ausgleich im Sinne des Artikel 49 Absatz 2 Landesverfassung notwendig sein könnte? Eine zusätzliche Aufgabe, die ausgeglichen werden müsste, war dies also auch aus Sicht von Herrn Losse-Müller nicht.

Ich hoffe sehr, dass das Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein weiß, dass Zulagen - wie in diesem Falle die Erschwerniszulage - rechtlich gesehen in den Bereich der Beamtenbesoldung zu zählen sind. Somit erfüllen diese die verfassungsrechtlichen Anforderungen aus Artikel 49 Absatz 2 nicht. Dass diese Erkenntnis offenbar im Finanzministerium nicht vorhanden ist, ist aus meiner Sicht beunruhigend. Ausweis guten Regierens ist es in jedem Falle nicht.

Meine Damen und Herren, da die Feuerwehren im Land im vergangenen Jahr auf beiden Seiten dieses Landtags viele Freunde hatten, gehe ich davon aus, dass die regierungstragenden Fraktionen diesen Fehler des Finanzministeriums heute beheben helfen. Nachdem der Wissenschaftliche Dienst in dieser Frage eine eindeutige Stellungnahme abgegeben hat, spricht aus unserer Sicht nichts mehr für das Ausklammern der Beamtinnen und Beamten der Berufsfeuerwehren bei der Erschwerniszulagenverordnung. Wir erwarten deshalb eine große Zustimmung zu unserem Antrag.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Die Erschwerniszulagenverordnung regelt Zulagen für besondere Aufgabengebiete die aus dem eigentlichen Raster der Zulagen fallen und in gewissermaßen von einem besonderen Erschwernis zeugen. Dies trifft beispielsweise für den Dienst an Sonn- und Feiertagen zu sowie für den 24. und 31. Dezember zu. Dass die Feuerwehr, zu denen

auch ein Team von Rettungsassistenten gehört, an eben jenen Tagen besonders häufig gerufen wird, muss ich, glaube ich, nicht weiter erläutern. Die Verordnung regelt dementsprechend die zusätzliche Vergütung für sogenannte erschwerte Dienste.

Das mag sich im ersten Moment eigentlich recht unkompliziert anhören, die Praxis zeigt jedoch ein ganz anderes Bild. Den schließlich handelt es sich hierbei um einen beachtlichen Kostenbeitrag, den es erst mal zu definieren gilt. Die genaue Summe hängt natürlich von den Einsätzen ab, und die lassen sich nun mal kaum vorhersagen. Daher bleibt es bis zum Schluss ein unbekannter Betrag.

Ursprünglich wollte man sich mit der Übernahme von Zulagen von Wechselschichten und Ähnlichem nur auf den Polizeibereich beschränken. Dies ist bisher auch der Fall. Diesen Grundgedanken wollte man nachträglich auch auf die Berufsfeuerwehren ausweiten. Die Regelung bei der Polizei zeigt, dass eine Übernahme der zusätzlichen Vergütung grundsätzlich möglich ist.

Doch zu klären bleibt die Frage der Konnexität. Bisher können die kommunalen Landesverbände auf freiwilliger Basis die Kosten für die Zulage übernehmen. Wir vom SSW im Landtag sind der Meinung, dass diese Freiwilligkeit nicht ausreichend und auch nicht besonders zielführend ist. Denn beim Team der Feuerwehr bleiben Arbeitstage - trotz aller Motivation - am 24. und 31. Dezember nun mal unbeliebt. Die Schichten müssen zugeteilt werden, und egal, wie man es dreht, niemand übernimmt gern eine Schicht, wenn Familie und Freunde einen freien Tag genießen, an dem man nicht teilhaben kann.

Durch einen finanziellen Anreiz könnte diese Problematik abgemildert werden. In vielen anderen wirtschaftlichen Unternehmen bestehen seit geraumer Zeit Regelungen, die Arbeitszeiten an Sonn- und Feiertagen besonders vergüten. Dort hat sich eine Selbstverständlichkeit entwickelt. Inhaltlich ist eine Erschwerniszulagenverordnung aus unserer Sicht also völlig richtig. Die Notwendigkeit besteht allein schon, um das massive Ungleichgewicht zwischen Polizei- und Feuerwehrbeamten auszugleichen.

Die Landesregierung hat in Zusammenarbeit mit den Kommunen versucht, eine Lösung herbeizuführen. Die Kommunen haben diesen Lösungsprozess mit dem Verweis auf die Konnexität erst einmal in die Schranken gewiesen. Nun muss weiter an einer Lösung gearbeitet werden. Sofern die Kommunen eine Gesetzesänderung wünschen, werden wir dies

(Lars Harms)

in die Wege leiten. Solange von kommunaler Seite keine Bereitschaft besteht, die Zulagen einzuführen und zu finanzieren, bleibt die Regelung unverändert. Von daher müsste im Ausschuss gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden geklärt werden, ob sie ihren Bediensteten diese Zulage zahlen wollen.

An dieser Stelle muss einmal gesagt werden, dass es ohne Bewegung bei der bisherigen Regelung bleibt. Dies ist der Status quo. Wenn also die kommunalen Landesverbände ihre Feuerwehrleute besser bezahlen wollen, werden wir Änderungen des Gesetzes herbeiführen. Wenn sie es aber nicht wollen, dann werden wir nicht über die Köpfe der kommunalen Landesverbände hinweg entscheiden.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Mit Wirkung vom 1. Januar 2014 ist die Landesverordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen in Kraft getreten.

Wesentliche Neuerung war die Zusammenlegung der Wechselschicht-/Schichtzulage mit der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten für die Beamtinnen und Beamten im Polizeivollzug, im Justizvollzug sowie in der Fischereiaufsicht.

CDU und FDP haben beantragt, den Regelungsbe-
reich des § 4 Absatz 2 Erschwerniszulagenverordnung auch auf die Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamten auszuweiten.

Ich will Ihnen gerne begründen, warum die Landesregierung dieses bisher nicht gemacht hat. Die Zusammenfassung der Wechselschicht-/Schichtzulage mit der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten ist den Erfordernissen eines flexiblen Dienstmanagements geschuldet. Bei den Berufsfeuerwehren

Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster existiert ein solches flexibles Dienstmanagement nicht, vielmehr wird ein Schichtdienst auf Grundlage fester Dienstpläne geleistet.

Und: Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände lehnt eine mögliche Einbeziehung von Feuerwehrbeamtinnen und -beamten ausdrücklich ab, auch unter Hinweis auf die mögliche Frage der Konnexität. Dieses haben die Kommunen bereits im Rahmen der im Verordnungsgebungsverfahren durchzuführenden Verbandsanhörung deutlich gemacht, und mir ist nicht bekannt, dass sich diese Auffassung geändert hat.

Nach Auffassung der kommunalen Landesverbände wird die besondere Erschwernis des Feuerwehrdienstes bereits mit der Feuerwehrezulage nach § 50 Besoldungsgesetz Schleswig-Holstein ausgeglichen.

Meine Damen und Herren, eine Regelung von oben herab ohne Einvernehmen der Kommunen ist nicht Ziel dieser Landesregierung. Außerdem sind bisher auch aus dem direkten Kreis der Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamten keine offensichtlichen Beschwerden über die Differenzierung an die Landesregierung herangetragen worden.

Die Landesregierung schlägt deshalb vor, zunächst Erfahrungen mit dem neuen Modell zu sammeln, diese auszuwerten und dann auf dieser Basis mit den Berufsfeuerwehren und den Kommunen ins Gespräch zu kommen, um zu prüfen, ob es eine Notwendigkeit und ein Einvernehmen für die von CDU und FDP vorgeschlagene Änderung gibt.